

Politische Berichte



25. April 1981
Jg. 2 Nr. 9

Preis:
2 DM

Wer wenig hat, soll weniger haben – wer viel hat, soll noch mehr haben.

CDU

*Alles spricht
für den politischen
Wechsel...*



Der Westberliner Wechselreiter: Bankier Richard Freiherr von Weizsäcker



Französische Präsidentenwahlen: Mit Giscard oder Mitterand für ein „starkes Frankreich in einem starken Europa“? Die Bourgeoisie erwägt beides
Seite 3



Friedensvertrag: Die BRD muß endlich alle Ansprüche gegen die Völker des östlichen Europas fallenlassen
Seite 13



Japan: Frühjahrsoffensive der Gewerkschaftsverbände vor der Entscheidung
Seite 29

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln, Kamekestr. 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich im Verlag GNN m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2 DM

Inhalt

Französische Präsidentenwahlen: Mit Giscard oder Mitterand für ein „starkes Frankreich in einem starken Europa“? Die Bourgeoisie erwägt beides	Seite 3
Wahlsystem, Wahlergebnisse, Parteien	Seite 4
Volksfront 1936 — Mai 1968 — Gemeinsames Programm der Vereinigten Linken	Seite 5

Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet

Seite 6

Lohnbewegung: Ein Abschluß unter der Inflationsrate ist nur noch schwer zu vermeiden	Seite 7
---	---------

Nebenerwerbsbauern: Steigerung der Steuer- und Versicherungslast	Seite 8
---	---------

Gesetzesvorentwurf neue BAFöG-Novelle: Kindergeld wird auf den Bedarf angerechnet	Seite 8
--	---------

Isolationshaft: Änderung der Haftbedingungen nicht sicher	
	Seite 9

Afrika: BRD steigert 1980 den Warenexport	Seite 9
--	---------

Bundeswehr: Wehrbeauftragter verkauft Wehrkraftstärkungsmittelchen	Seite 10
---	----------

VR Polen: Neues Programm von „Solidarität“	Seite 11
---	----------

VR China: Auslandskredite für gestoppte Projekte?	Seite 12
--	----------

Friedensvertrag: Die BRD muß endlich alle Ansprüche gegen die Völker des östlichen Europas fallenlassen!	Seite 13
---	----------

Ostkolonisation unter Bismarck	Seite 14
---	----------

„Roll back“ — Kreuzzug gen Osten	Seite 16
---	----------

„Europastrategien des deutschen Kapitals 1900 bis 1945“	
	Seite 17

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung

Seite 18

Kassiererinnen: Bayerischer Arbeitsminister plädiert für Erhalt der Umpackkassen	Seite 19
---	----------

Hessen: Beschlüsse der GEW-Vertreterversammlung ..	Seite 19
---	----------

Lohnsteuer: Wirkung der Reformen in der Metallindustrie Niedersachsen	Seite 20
--	----------

„Nachrüstungs“-Beschluß: SPD-„Dialog“ mit Friedensbewegung	Seite 21
---	----------

Arztkündigung: Bevölkerung unterstützt LKH-Patienten	
	Seite 21

Westberliner Haushalt: Die Lebensfähigkeit Westberlins als Stützpunkt ist den BRD-Imperialisten teuer	Seite 22
--	----------

Berlinförderung: Extraprofite	Seite 23
--	----------

Stadtsanierung: Kapitalisten profitieren	Seite 23
---	----------

Brokdorf: Verhaftungen wegen „versuchten Mordes“ ..	Seite 23
--	----------

Studenten: Aktionen gegen Mensapreiserhöhungen	Seite 24
---	----------

Böse-Prozeß: Plädoyer der Staatsanwaltschaft	Seite 24
---	----------

Renten: Selbst unwürdige Heimunterbringung für viele Rentner nicht zu bezahlen	Seite 25
---	----------

Stellung der Gewerkschaften zur Rentenpolitik	Seite 26
--	----------

Stichwort: 22. Rentenanpassung	Seite 27
---	----------

Internationale Nachrichten

Seite 28

Japan: Frühjahrsoffensive der Gewerkschaftsverbände vor der Entscheidung	Seite 29
---	----------

Reagan-Regierung: Angriff auf Arbeitsschutzbestimmungen	Seite 29
--	----------

Großbritannien: Streiks bei Finanzämtern und Kriegseinrichtungen	Seite 30
---	----------

Belgien: Neue Regierung auf altem Lohnsenkungskurs ..	Seite 30
--	----------

Naher Osten: Vereinigte Staaten auf Kriegskurs	Seite 31
---	----------

Azania: Die Arbeiterbewegung sammelt ihre Kräfte	Seite 31
---	----------

Jugoslawien: Zur Entstehung und Rolle der Arbeiterselbstverwaltung	Seite 32
---	----------

Unruhen, Ausnahmezustand in Kosovo	Seite 33
---	----------

Aus Kultur und Wissenschaft

Seite 34

Scarface: Der leichengepflasterte Aufstieg eines Einzelkämpfers zum Gangsterboß von Chicago	Seite 34
--	----------

Jacques Mesrine — „Staatsfeind Nr. 1“	Seite 34
--	----------

Die Bekehrung des Schinderhannes	Seite 34
---	----------

Gedichte von Peter Paul Zahl	Seite 35
---	----------

Eigentumsverhältnisse: Wem gehört der Boden in Westdeutschland?	Seite 35
--	----------

Wohnungsfrage: Untersuchungen und Konzepte der westdeutschen Linken	Seite 36
--	----------

TÜV-Hauptuntersuchung: Höhere Sicherheit nur bei teureren Autos	Seite 37
--	----------

Lohnhöhe und Ausbildung (I)	Seite 38
--	----------

Statistische Methoden zur Prüfung von Zusammenhängen	
	Seite 39

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, 5000 Köln, Kamekstraße 19, Telefon 02 21/51 73 76

Verlag GNN m.b.H., 5000 Köln, Kamekstraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 3 – 12): Christiane Schneider; für Spezialberichte (S. 13 – 17) und Auslandsberichterstattung (S. 28 – 33); Wolfgang Müller; für Reportagen und Berichte regional (S. 18 – 27): Angela Lux; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge (S. 34 – 37): Ulrich Grothus; für Sozialstatistik (S. 38/39): Hans Jungcurt; Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln.

Mit Giscard oder Mitterand für ein „starkes Frankreich in einem starken Europa“? Die Bourgeoisie erwägt beides

Zehn Kandidaten treten jetzt am 26.4. zum 1. Wahlgang um das Amt des französischen Staatschefs an. Neben dem bisherigen Präsidenten Giscard d'Estaing, dem Vorsitzenden der gaullistischen Sammlungsbewegung RPR Chirac, dem Sozialisten Mitterand und dem Generalsekretär der PCF Marchais haben zwei weitere Gaullisten, zwei Kandidaten kleinerer sozialistischer Gruppierungen sowie Vertreter der trotzkistischen Organisation „Arbeiterkampf“ und der Ökologiebewegung die von der Bourgeoisie vor der Zulassung errichteten Hürden (s. Pol. Ber. 4, S. 7) überwunden. Quer durch alle politischen Gruppierungen werden Giscard und Mitterand die meisten Chancen eingeräumt, die Stichwahl am 10.5. zu erreichen. Da werde es ähnlich eng wie 1974, meldet die bürgerliche Presse. Damals hatte Giscard – massiv unterstützt von Kapitalisten und Parteien der Reaktion – mit ganzen 300000 Stimmen vor dem Sozialistenchef gesiegt, der auf einem „Gemeinsamen Programm“ von Gewerkschaften und Linksparteien kandidierte.

Trotz Identität der beiden aussichtsreichsten Kandidaten erscheinen die Fronten in diesem Wahlkampf zunächst viel unklarer, verwischter als noch 1974. Die Parteien der gegenwärtigen Regierungsmehrheit treten mit drei Kandidaten an, die „Vereinigte Linke“ von 1974 präsentierte gleich vier Bewerber. Marchais wird nicht müde zu wiederholen, daß die „Wahl des sozialistischen Kandidaten die Gefahr darstellt, daß er mit der Rechten regiert“, und fordert für eine Unterstützung im 2. Wahlgang „kommunistische Minister“, die Mitterand ablehnt.

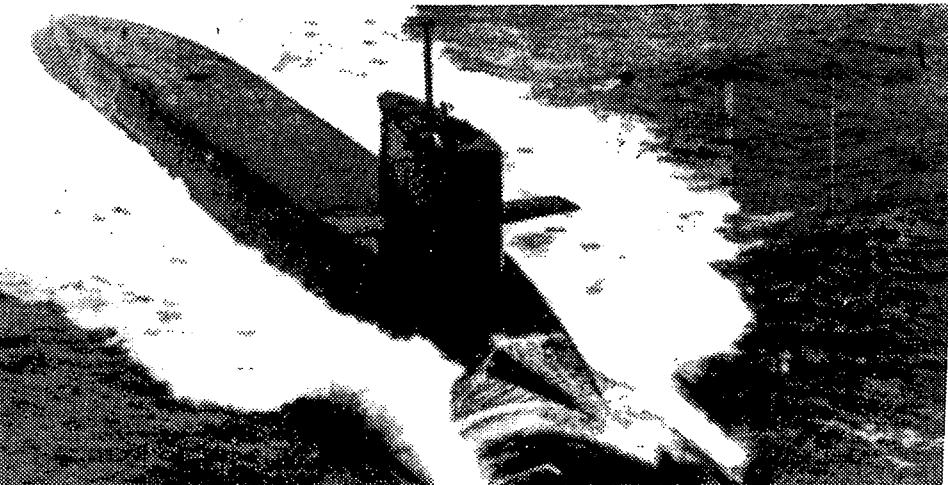
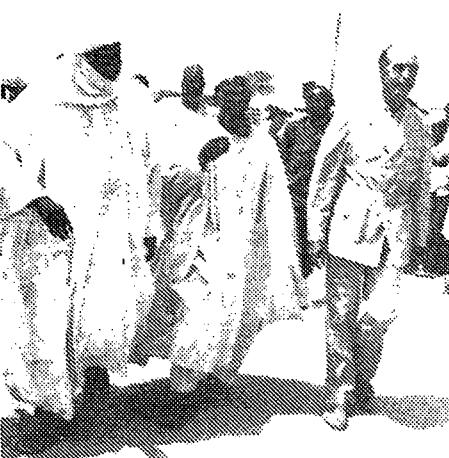
Dem lauten Streit auf der Linken, der sich in die Gewerkschaften hinein fortsetzt, und der immer deutlicheren Kritik Chiracs an Giscards Politik, die „Frankreich in Resignation und Schwäche treibt“, steht eine auffallende Zurückhaltung des Kapitalistenverbandes CNPF gegenüber. Hatten die französischen Patrone noch 1974 laut für Giscard getrommelt und auch den Geldsack nicht geschont, um dem „Ende der Freiheit unter dem Präsidenten des Kollektivismus“ Mitterand zu begegnen, so mögen sie sich heute für keinen Bewerber offen aussprechen. Seit einigen Monaten konfrontieren sie diese stattdessen in gedämpfter Lautstärke, aber durchaus nicht ohne drohenden Unterton, mit ihrem Programm. Unter der Leitlinie „In ge-

meinsamer nationaler Anstrengung die Interessen Frankreichs verteidigen“ finden sich darin drei Forderungen hervorgehoben: Unterstützung der Bestrebungen, die Produktionskosten der Unternehmen zu begrenzen, Hilfe für Modernisierungs- und Rationalisierungsinvestitionen und entschiedene Vertretung französischer Interessen in der Welt, wo nötig auch gegenüber den „Partnern“.

Der Kandidat Giscard hat sich nicht lange bitten lassen, und noch vor Auslaufen seiner Amtszeit konnte der Präsident Giscard Anfang April praktisch darlegen, wie er die Interessenvertretung künftig betreiben möchte. Eine gemeinsame französisch-westdeutsche Staatsanleihe (französischer Anteil: 15

Mrd. FF) soll auf dem Weltkapitalmarkt angeboten werden. Dabei ließ er durchblicken, daß an arabische Kapitalgeber gedacht sei und das so gepumpte Geld in „einen Spezialinvestitionsfonds“ fließen würde. Es sollte nicht allzusehr überraschen, wenn der Löwenanteil der Summe z.B. für den soeben angekündigten Kauf eines Teils des Peugeot-Lastwagensektors durch den Staatsbetrieb Renault oder für die mit Macht betriebene Konzentration der Edelstahlproduktion auf nur zwei Konzerne, Usinor und Sacilor, verwandt würde.

Das Unternehmen hat über die Investitionsgeschenke hinaus jedoch weitergehende strategische Bedeutung. Die sprunghafte Verschärfung der Wi-



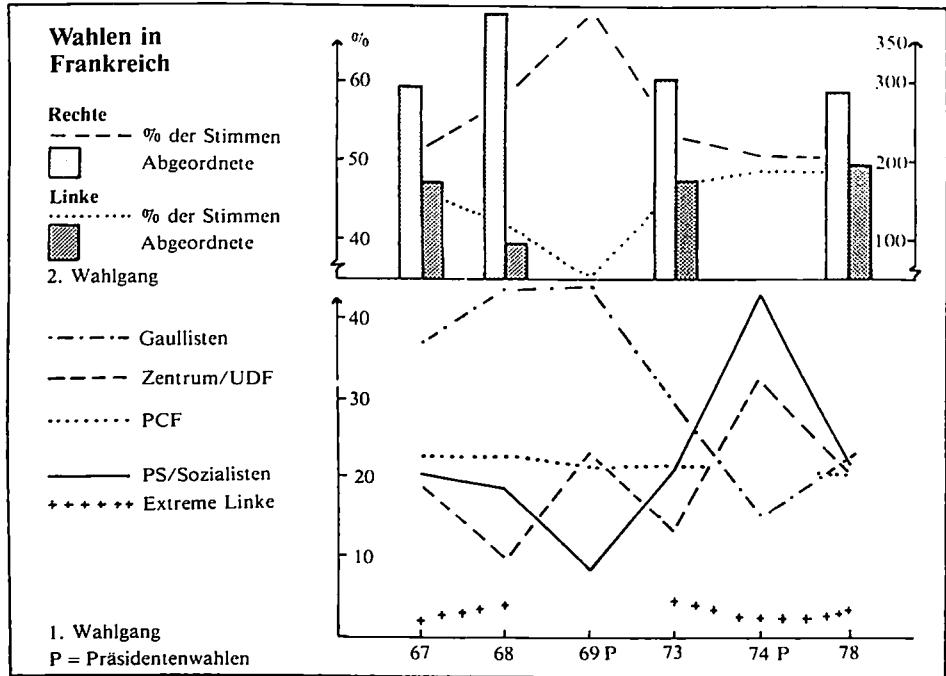
Sechs bewaffnete Interventionen haben die französischen Imperialisten gegen afrikanische Staaten seit dem Amtsantritt Giscards durchgeführt. Staatspräsident Hamani von Niger wurde 1974 mit Giscards Hilfe gestürzt, als er die von französischen Gesellschaften ausgebeuteten Uranminen nationalisieren wollte. (Bild: Kontrollbesuch danach) Mauretanien, Tschad, Zaire (Bild), Zentralafrika kamen in den Genuss französischer „Hilfe“. 15000 Mann Truppen sind ständig in Afrika stationiert. Neben den Eingreiftruppen wurde prozentual am stärksten die strategische Atomwaffe, v.a. U-Boote, entwickelt.

Wahlsystem, Wahlergebnisse, Parteien

Mit der verfassungsmäßigen Konzentration der politischen Entscheidungsbefugnisse beim *Staatspräsidenten* hat sich das französische Finanzkapital einen sehr direkten Zugriff auf die politische Gewalt geschaffen. Alle sieben Jahre in allgemeiner Wahl bestimmt, ernennt der Präsident den Ministerpräsidenten, die regionalen Spitzen der Verwaltung wie auch die obersten Richter. Die Nationalversammlung – auf dem Papier gesetzgebendes Organ und alle fünf Jahre gewählt – kann von ihm aufgelöst werden, bringt sie nicht die entsprechenden Mehrheiten zustande. Der Ministerpräsident ist weisungsgebunden und jederzeit ablösbar.

Das *Wahlsystem* sieht bei Präsidenten- wie Parlamentswahlen jeweils vor, daß zunächst nur gewählt ist, wer mehr als 50% der Stimmen erhält. Ist dies bei niemandem der Fall, wird ein zweiter Wahlgang erforderlich. Dies führt in der Regel zu Koalitionsbildung spätestens vor dem zweiten Wahlgang und Stichwahl der zwei Bestplazierten. Über geschickte Einteilung der Wahlkreise kann bei Wahlen zur Nationalversammlung so zudem eine Minderheit der Gesamtstimmen in eine Mehrheit von Sitzen verwandelt werden.

Auf Grundlage der Zuspitzung des Klassenkampfes und mit Hilfe dieses Wahlsystems haben sich so seit Ende der 50er Jahre vier große *Parteien* bzw. Parteienbündnisse herausgebil-



det. Davon wurden drei erst in den letzten Jahren gegründet. Nur die PCF (Kommunistische Französische Partei) besteht seit 1919. Sie ist bis heute größte Arbeiterpartei. Die PS (Sozialistische Partei) wurde 1969 aus sozialistischen Gruppierungen gegründet. Die gaullistische RPR (Sammlung für die Republik) besteht erst seit 1976. Die UDF (Union für die französische Demokratie) ist ein zur Wahl Giscards 74 geschaffenes Parteibündnis, wie die RPR-Vorgänger zwecks Wahl de Gaulles und Pompidous.

Das *Schaubild* der Ergebnisse der Wahlen seit 1967 zeigt gut den Charakter dieser beiden Bourgeoisparteien als Sammlungsbewegungen für Präsidenten. Der Stimmenanteil der gaullistischen Gruppierungen sinkt nach de Gaulles Rücktritt und der Wahl Pom-

pidous 1969 rapide, die UDF bzw. ihre Bestandteile erzielen nur bei der Präsidentenwahl 74 ein herausragendes Ergebnis. Betrachtet man den oberen Teil der Grafik (2. Wahlgang), so fällt weiter auf: 1. Nach der Wahlniederlage im Juni 68 und dem Desaster bei den Präsidentenwahlen 1969 – kein Kandidat der Linksparteien erreichte den zweiten Wahlgang – verringerte sich der Abstand nach dem „Gemeinsamen Programm“ von 1972 stimmenmäßig auf 1% oder ca. 300000 Stimmen. 2. In Sitzen behalten die rechten Bourgeoisparteien jedoch eine komfortable Mehrheit. 3. Die PS erhält 1978 im ersten Wahlgang erstmals mehr Stimmen als die PCF. (1974 war Mitterrand *gemeinsamer* Kandidat schon im ersten Wahlgang.)

dersprüche zwischen den Supermächten kommt den französischen Bourgeois keineswegs einfach ungelegen. Es entstehen Märkte, so aus dem Getreideboykott der UdSSR durch die USA oder aufgrund der Krise in Polen, und es entwickeln sich politische Bedürfnisse – besonders in der Dritten Welt –, für deren Belieferung und Befriedigung sie sich für prädestiniert erachten. Mit weiteren 4 Mrd. FF sollen sich die französischen Imperialisten nach Giscards Plänen 1981 in Polen festkrallen, um dort „eine große nationale Anstrengung zu ermöglichen“. Der Verkauf von 150 Mirage Kampfflugzeugen an Indien steht kurz vor dem Abschluß, Außenminister Francois-Poncet vermittelt soeben Atomkraftwerke an Südkoreas Generäle.

Solcherlei Ausdehnung der Geschäftstätigkeit erfordert Kapital,

durchaus mögliche politische Kollisionen lassen sich mit einem „Partner“ von gleichgerichteten räuberischen Interessen besser durchstehen. Engere Allianz mit den westdeutschen Imperialisten bietet sich an. Der Kandidat Giscard skizziert die groben Perspektiven so: „Ich habe immer gesagt, daß es schlecht ist, wenn eine der Supermächte schwach ist ... wenn ich aber sage, es ist gut, daß Amerika stark ist, so soll das nicht heißen, daß es uns mit noch stärkerer Stimme unsere Politik diktiert ... Es gibt unter den großen Ländern Europas den Willen, nützlich in die großen internationalen Angelegenheiten einzutreten. Ich bin nicht sicher, daß dieser Wille von allen unseren Partnern geteilt wird. Folglich muß die politische Zusammenarbeit verbessert werden und darf die Stimme Europas nicht immer die der Furchtsamsten

sein. Frankreich hat einen bemerkenswerten Einfluß. Zusammen mit der Bundesrepublik können wir die Haltung Europas, wenn nicht bestimmen, so doch tief beeinflussen.“ Der zusätzliche Hinweis auf die „sehr starke Position in Afrika“ und daß „wir immer interveniert haben, wenn es galt, eine unannehbare Lage dort zu ändern“, unterstreicht bisherige Verdienste und fort dauernde Prioritäten.

Noch nie jedoch haben alte Verdiente die Finanzkapitalisten aus der Reserve locken können, wenn ihnen der Wechsel auf die Zukunft unsicher erschien. Einige Dissonanzen stören sie bei Giscards Zukunftsmusik. Sie wollen nicht recht erkennen, wie die geforderte „Begrenzung der Produktionskosten“, sprich Lohnsenkung, schnell durchgesetzt werden kann. Auf die Reallohnsenkungen von ca. 3% 1976 bis

79 hat die Arbeiterklasse 1980 mit hartnäckigeren Kämpfen und dem Halten des Standards geantwortet, schwere Angriffe auf Sozialversicherung und Gesundheitsversorgung konnte sie zurückschlagen. Die auf 1,8 Mio. angewachsene industrielle Reservearmee drückt zwar, speist jedoch auch Haß und Widerstand gegen Giscard. „Gemeinsame nationale Anstrengungen“ sind da schwer vorstellbar.

Die teilweise drastischen Rückschläge gegenüber der imperialistischen Konkurrenz (s. Pol. Ber. 4 und 6/81) und das Zerbrechen der „Linksunion“ sind den Bourgeois heute weitere Gründe, eine Öffnung zur „linken Mitte“, einschließlich der Ausweitung des Staatspräsidenten, zu prüfen. Hatte die Arbeiterbewegung Mitterand und die Führer der PCF 1972 im „Gemeinsamen Programm“ auf die Auflösung von NATO und Warschauer Pakt, eine Politik mit den Völkern der Dritten Welt und die Abschaffung der

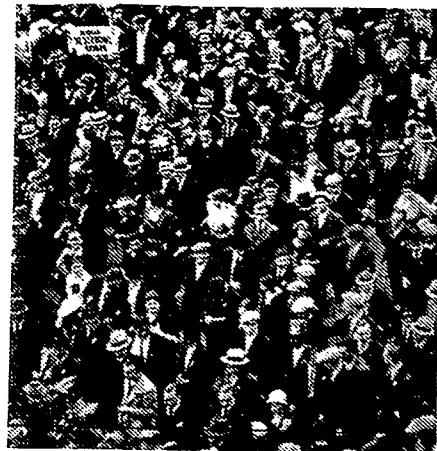
französischen Atomstreitmacht festlegen können, so öffnete der Bruch der Linksunion 1978 wichtige Schleusen für das verstärkte Eindringen von Chauvinismus und für die Schwächung der Aktionseinheit. Der Schwenk der PCF-Führung auf eine offen prosozial-imperialistische Haltung bei gleichzeitiger Entwicklung nationalistischer Positionen (für Atomwaffen, „französisch produzieren“), vollzogen unter dem Druck der SU und in der Furcht, die Kontrolle der Arbeiterbewegung an die PS zu verlieren, verschaffte auch Mitterand Spielraum für Angebote an die Finanzbourgeoisie.

Der Überfall auf das afghanische Volk konnte für die Forderung nach „wachsender Anwesenheit Europas auf der Weltszene“ und nach „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ herhalten. Gegenüber der Konkurrenz der Supermächte fordert das Wahlprogramm der PS gleichgewichtige Abrüstung und „Ausbau der französischen Atomstreitmacht.“ Im Sinne „einer nationalen Wiedergeburt“ erörtern die Sozialisten heute Modelle einer 35-Stundenwoche „ohne Erhöhung der Lohnkosten bei maximaler Auslastung der Maschinerie.“

Die ideologische und politische Schwächung der französischen Arbeiterbewegung ist erheblich. Sie drückt sich auch aus in der Unfähigkeit einer gespaltenen Gewerkschaftsbewegung, ihr Programm, ihre Forderungen gegenüber allen Parteien zu formulieren. Damit hat die Finanzbourgeoisie ein Gutteil ihres Ziels verwirklicht. Die so entstandene Lage lässt *personell* verschiedene Wahlsieger zu. Ein Präsident Mitterand böte die Chance, Teile der Arbeiterbewegung an die Politik weiterer imperialistischer Expansion zu binden. Ohne Risiko wäre das allerdings nicht.

Volksfront 1936 – Vereint gegen Reaktion

Mit einem Generalstreik „gegen die faschistische Gefahr und für die Verteidigung der politischen Freiheiten“ und der Herstellung der Gewerkschaftseinheit reagiert die französische Arbeiterklasse im Februar 1934 auf den Versuch der Bourgeoisie, die inneren Bedingungen für den imperialistischen Krieg zu schaffen. Im Mai/Juni 1936 streiken 3 Mio. Lohnabhängige für mehr Lohn, den 8-Stundentag und Kollektivtarifverträge. Die Forderungen werden durchgesetzt, und die Bildung der Volksfront aus Kommunisten, Sozialisten und Radikalen ermöglicht eine Regierung unter dem Sozialisten Blum. 1938 zerbricht die Einheit an deren



Politik, durch Erhöhung der Rüstung und Unterstützung imperialistischer Koalitionen dem Druck der Reaktion nachzugeben.

Mai 1968: Platz dem Volke!

9,5 Mio. Lohnabhängige streiken drei Wochen lang für mehr Lohn, die 40-Stundenwoche und Verrentung mit 60 Jahren. Die Bauern verlangen Erhöhung der Erzeugerpreise und Steuersenkung. Zehntausende Studenten fordern mit großen Teilen der Arbeiter „Veränderung der Gesellschaft“. Die Regierung ist mehrere Tage handlungsunfähig, de Gaulle droht mit Einsatz der Armee. Die Volksbewegung bleibt jedoch ohne einheitliches Programm und Leitung. Als die Gewerkschaften 10% Lohnerhöhung, bessere Krankenversorgung und v.a. gewerkschaftliche Rechte im Betrieb aushandeln, PCF und Sozialisten auf Wahlen orientie-



ren, wird der Kampf in Unzufriedenheit und Spaltung beendet. Die zerstörte Linke verliert die folgenden Neuwahlen hoch.

Gemeinsames Programm der Vereinigten Linken



PCF wie Sozialisten ziehen aus dem Mai 68 ähnliche Konsequenzen. Die Forderung nach revolutionärer Veränderung sei aktuell nicht zu stellen, die Veränderung müsse über Wahlen gesucht werden, die Linke brauche Einheit in Programm wie Handeln. 1972 wird ein gemeinsames Regierungsprogramm für „fortgeschrittenen Demokratie“ unterzeichnet. Es enthält u.a. Forderungen nach 40-Stundenwoche, Nationalisierung großer Bereiche von Industrie und Handel, Arbeiterkontrolle. Es verlangt Auflösung von NATO und Warschauer Pakt, Abbau der französischen Atomstreitmacht, Beendigung der Atombombenversuche, nur sechs Monate Wehrdienst und ein demokratisches Soldatenstatut. Die Gewerkschaften unterstützen das Programm rückhaltlos, die Wahlen 1973 und 74 gehen ganz knapp verloren.

Ehrenbergs neueste Kostendämpfung

Die Bundesregierung hat einen weiteren, den dritten Krankenhauskostendämpfungsgesetzentwurf verabschiedet. Hauptpunkt: Die Krankenhäuser werden in die „Konzertierte Aktion“ einbezogen, die seit 1977 verbindliche Richtlinien für die Ausgabenentwicklung bei der ambulanten Versorgung und beim Arzneimittelverbrauch festlegt. Die Träger der Krankenhäuser und die Krankenkassen sollen zukünftig die Pflegesätze aushandeln, d.h. in „Selbstverwaltung“ für die verlangten Schnitte bei der Gesundheitsversorgung bürgen. Es steht zu vermuten, daß die Wirkung dieser Maßnahme die der früheren Kostendämpfungsgesetze noch übertreffen wird:

Krankenhäuser für Akut-Kranke

Jahr	Betten pro 10000	Durchschn. Verweildauer
1972 ...	76,9	17,8
1974 ...	78,5	17,2
1976 ...	79,9	16,3
1978 ...	79,1	15,5

Die zuerst noch steigende Bettenzahl täuscht: In der gleichen Zeit ist die Zahl der Krankenhauszugänge absolut um 15% gestiegen. Jetzt sollen 50000 Betten gestrichen werden.

Deutsche Bank im Ostgeschäft

Die Deutsche Bank ist an dem mit 400 Mio. \$ bisher größten Euro-Kredit Ungarns führend beteiligt. Die Banken schlagen aus der Krise in Polen auch im Geschäft mit Ungarn Kapital: Ihr verlangter Zinssatz liegt um 3,5% über Libor, d.h. über der jeweils am Markt herrschenden Zinssrate. Gewöhnlich leihen die Bankiers an „unsichere“ Länder zu höchstens 2% über Libor.

Massenentlassungen bei VW do Brasil

48-Stundenwoche, dazu fast regelmäßig bis zu zwölf Überstunden, Löhne von kaum mehr als umgerechnet 600 DM (1980) — durch brutalste Ausbeutung hat VW do Brasil fast die Hälfte des brasilianischen Automobilmarktes erobert, war von seinem brasilianischen Stützpunkt auch auf andere Märkte in Lateinamerika vor-

gedrungen. Nach dem Streik der Automobilarbeiter vor einem Jahr und mit Beginn der Krise haben die VW-Kapitalisten 1980 9000 Arbeiter entlassen, über 20% der Belegschaft, während die Produktion nur um 6,5% zurückging. Jetzt wollen sie weitere Massenentlassungen durchführen. Die Arbeiter hatten die Einführung von Kurzarbeit bei einer Lohnsenkung von 17 bis 23% in einer Abstimmung abgelehnt.

USA: Bergarbeiterstreik dauert an

Bei den Kapitalisten werden die Erinnerungen an den 111-tägigen Streik von 1978 wach: Nach vier Wochen Streik der Bergarbeiter (s. Pol. Ber. 8/81) sind die geringen US-Kohlelager vollständig erschöpft; die Kohlekonzerne können ihre Lieferverpflichtungen nicht mehr einhalten, und die Kohleimporteur-Vereinigung Atic in Paris befürchtet „ernsthafte Versorgungsschwierigkeiten“. Auch in der dritten Verhandlungs runde blieben die Kapitalisten hart. Wie lange noch?

Gefangene für Angleichung an Tariflohn

Vierzehn Gefangene der JVA Rottenburg sandten folgenden Brief an den DGB, Kreisverband Tübingen: „Wir ... verfolgen mit Interesse die gegenwärtigen Lohnkämpfe. Wir wünschen Euch Erfolg gegen die erklärten Lohnsenkungsabsichten der Unternehmer und speziell bei Euren Bemühungen um eine stärkere Anhebung der Niedriglöhne. Bei dieser Gelegenheit weisen wir auf die „Bezahlung“ der Gefangenen hin, die diesen Namen nicht im mindesten verdient. Viele erhalten kaum mehr als 80 Pfennige in der Stunde, und die höchste Bezahlung liegt bei 1,40 DM. Die „Erhöhung“ zu Beginn des Jahres hat vier bis fünf Pfennige betragen! Auswärtige Unternehmen und die Justizverwaltung mit ihren eigenen Betrieben machen so aus der Arbeitskraft der Gefangenen eine

Goldgrube und üben obendrein Druck auf die Löhne aller Arbeiter und Angestellten aus. Wir fordern Euch daher auf, bei den gewerkschaftlichen Kundgebungen und Demonstrationen zum 1. Mai



Freiburg. Die Aktionseinheit zur Rückgabe des Schwarzwaldhofes als Wohn- und Kulturzentrum in Freiburg hatte am 11.4. zu einer Diskussions- und Kulturveranstaltung in der Stadthalle eingeladen. Über 3000 Menschen beteiligten sich an der Veranstaltung. Der Reinerlös für das Prozeßkonto der Aktionseinheit beträgt 10000 DM. In einer Resolution, die einstimmig von den Anwesenden verabschiedet wurde, heißt es u.a.: „1. Wir halten Hausbesetzungen für ein notwendiges und legitimes Mittel, sich gegen die fortschreitende Vernichtung von billigem Wohnraum zu wehren ...“ Die Aktionseinheit hat beschlossen, für Donnerstag, den 23.4., zu einer Demonstration aufzurufen, die die Forderungen der politischen Gefangenen, die im Hungerstreik standen, unterstützen soll.

auch für eine Erhöhung der Bezahlung der Gefangenen und Angleichung ihrer Bezahlung an die Tariflöhne einzutreten. Wir wünschen Euch für die Aktionen viel Erfolg.“ Welche Einnahmen die Arbeit der Gefangenen einbringt, zeigt folgendes Beispiel: In der landwirtschaftlichen Außenstelle Maßhalderbuch der JVA Rottenburg mit durchschnittlich 30 Gefangenen konnte die Justizverwaltung im letzten Jahr 1,5 Millionen Mark einnehmen. Nach dem Tariflohn in der Landwirtschaft hätte sie den 30 Gefangenen monatlich 51245 DM Lohngelder auszahlen müssen. Tatsächlich wurde die Arbeit nur mit 5927,54 DM entgolten. 45318 DM geraubte Lohngelder flossen in einem Monat in die Landeskasse.

DGB-Mitgliederzahl stieg 1980 weiter

Um 39000 auf 7.883 Mio. ist die Mitgliederzahl des DGB 1980 angestiegen. Eindeutig am stärksten hat die gewerkschaftliche Organisierung unter den weiblichen Arbeitern und Angestellten und damit auch bei den niedrig bezahlten Tätigkeiten zugenommen: Um 55000 (3,6%) wuchs die Zahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder auf 1,6 Mio. oder 20% der DGB-Mitglieder an. Die überwiegend im Beamtenverhältnis stehenden Mitglieder der GEW haben 1980 um 10000 zugenommen. Weniger erfreulich ist ein Mitgliedsverlust der IG Metall um 62000 (- 2,4%).

Soldaten gegen Steuererhöhung

Alle 129 Soldaten der 4. Kompanie des Instandsetzungsbataillons 12 in Hardheim haben in einer Unterschriften sammelung an Bundestagsabgeordnete gegen die Erhöhung der Mineralölsteuer und der Benzinpreise protestiert, die vor allem die Wehrpflichtigen und die Zeitsoldaten treffen.

Verurteilung wegen Wehrkraftzersetzung

Nach nahezu drei Jahren Verhandlungsdauer hat sich die Staatsschutzkammer Flensburg im Wehrkraftzersetzungssprozeß gegen C.U. Monica zu einem Urteil durchgerungen: Sieben Monate Gefängnis, für drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt, wegen presserechtlicher Verantwortlichkeit für zwei Nummern der „Volksmiliz“, Zeitung des Soldaten- und Reservisten-Komitees Flensburg-Westküste. Den Beweis dafür blieb das Gericht allerdings schuldig. Verfassungsschutz, MAD und Vertreter des Bundeskriminalamtes wechselten sich als Zeugen ab, das machte den Prozeß zwar sehr langwierig, förderte aber mehr über die Arbeitsweise der Staatsschützer zu Tage als daß es dem Gericht Beweise lieferte. Im Urteil wird deshalb auch auf jeden Beweis verzichtet. Was übrig bleibt, sind Vermutungen, daß „wer im KBW eine führende Rolle innehatte, auch von den Aktivitäten des SRK wußte und darauf Einfluß nehmen konnte“.

Lohnbewegung

Ein Abschluß unter der Inflationsrate ist nur noch schwer zu vermeiden

Bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe stehen die Ergebnisse sowohl der Verhandlungs runde in Hessen wie der für den 23. April angesetzten Hauptvorstandssitzung der IG Metall noch aus, und das macht die Beurteilung der Lage schwierig. Festzustehen scheinen allerdings zwei Sachverhalte: Die Kapitalisten wollen einen Abschluß, der erheblich unter der Inflationsrate liegt, die derzeit für Nahrungsmittel bei 5,8% steht. Sie sind nicht gewillt, sich mit einem moralischen Erfolg zu begnügen, der bereits erreicht wäre, wenn ein oder zwei Zehntelpunkte unter der Inflationsrate abgeschlossen würde. Sie wollen eine für jeden spürbare Senkung erreichen. Ihr Standpunkt ist, daß ein Abschluß näher bei 4,1% liegen müsse als bei den 5%, die der Hauptvorstand der IG Metall inzwischen als Ziel angibt. Und das wäre das zweite: Der Hauptvorstand der IG Metall hat die Forderung reduziert, und zwar erheblich. Die Forderung war aufgestellt, um einen Abschluß auf der Inflationsrate und für die untersten Löhne und Gehälter darüber zu erzielen. Inzwischen ist fraglich, ob selbst bei Abschluß einer überproportionalen Anhebung der untersten Lohn- und Gehaltstarife für diese eine Annäherung an die Inflationsrate erreicht würde. Wenn man den Pressemeldungen vertrauen darf, ist die IG Metall außerdem bereit, über eine Laufzeitverlängerung zu verhandeln.

Zu hoffen ist allerdings, daß der Hauptvorstand der IG Metall jetzt Schluß macht mit dem langsamem Abbröckeln der Forderungen und seinerseits Bedingungen stellt, die ultimativ sind. Welche Bedingungen könnten dies sein? Erstens müßten die untersten Lohn- und Gehaltsgruppen bis an die Inflationsrate herangeführt werden. Zweitens dürfte eine Verlängerung der Laufzeit keinesfalls über 13 Monate hinaus erfolgen und wäre eine solche Verlängerung nur annehmbar, wenn damit der sog. „Bayernmonat“ beseitigt werden könnte. Drittens dürfte keinesfalls unter dem 4,9%-Angebot, das die Verhandlungskommission der IGM in NRW bereits gemacht hat, abgeschlossen werden. Kaum zu erwarten ist, daß die Kapitalisten einen derartigen Abschluß bei Fortdauern der jetzigen Kampfmethoden der IG Metall machen würden. Bedacht muß werden, daß im Falle eines Streiks die Anforderungen an das Ergebnis durchaus hochgeschraubt werden könnten und

sollten. Das ist überhaupt nicht illusorisch. Wie vielen erinnerlich, gelang genau dies bei der Streikaktion der Seehafenarbeiter, der letzte Abschluß lag weit über ein Prozent höher als das vorher von der ÖTV gemachte niedrigste und den Seehafenkapitalisten abgewiesene niedrigste Abschlußangebot.

Vielen ist nicht begreiflich, wie einerseits der IG Metall eine so große Mobilisierung gelingen konnte und andererseits die Kapitalisten so wenig beeindruckt sind, vielleicht daraus entsteht die Behauptung, selbst das 4,1%-Angebot der Kapitalisten sei ein Erfolg, weil es eine Abdrängung von der „produktivitätsorientierten Lohnpolitik“ bedeute. Aber das Schlagwort war die ganze Zeit bloß eine vornehme Verpackung der Absicht, unter der Inflationsrate abzuschließen, und von dieser sind die Kapitalisten nicht abge-

drängt worden, sondern auf dem besten Wege. Die mangelhafte Wirkung der großen Mobilisierung der IG Metall erklärt sich, weil sie seitens der IG Metall mit der ausgesprochenen Absicht geschah, demonstrativ zu wirken, und zwar bloß demonstrativ. Nun konnte zwar demonstriert, d.h. gezeigt werden, daß die klassischen Vereinheitlichungsprobleme der IG Metall, die aus den Lohnunterschieden zwischen Stadt und Land, Arbeitern und Angestellten, männlichen und weiblichen Arbeitskräften immer entstanden, heute nicht mehr so stark wirksam sind. Aber das war den Kapitalisten nicht neu, das war im Einzelnen auch schon in den Streikkämpfen anderer Branchen in den letzten Jahren zu erkennen, das war auch nicht Ergebnis dieser Warnstreiktaktik, sondern wurde durch sie bloß ausgenutzt. Wenn die IG Metall streiken muß, so wäre zu hoffen, daß sie sich durch eine bundesweite Urabstimmung ein Mandat sichert für eine wirklich bewegliche Taktik, entweder zum Bestreiken bestimmter Konzerne über das ganze Land hinweg oder zu einem wirklich breitliegenden Streik, der dann auch kurz sein könnte.

Deutsche und Ausländer, Arbeiter und Angestellte, Frauen und Männer, jung und alt einig in der Aktion:

Das Lohndiktat muß fallen



Aus der Agitation der IG Metall: Bochum: Die Hinhaltetaktik der Unternehmer macht die Metaller munter. — Hamburg: Die Stahlkocher schalteten den Ofen ab. — Hannover: Kilometerlanger Zug der VW-Kollegen durch die Stadt und klare Sprüche gegen die Arbeitgeber. — Mannheim: Wie hier ziehen die ausländischen Kollegen überall mit. — Hildesheim: „Beuge Dich nicht, halt den Kopf hoch: Warnstreik“. — Waldkraiburg: Mit dem „Bayernmonat“ auch hier neue Beweglichkeit. — Mülheim/Ruhr: Ungeteilte Solidarität mit den unteren Lohngruppen. — Osterode/Harz: „Azubis“ machen mit. — Berlin: Fein und bescheiden, das gilt nicht mehr für Angestellte.

Nebenerwerbsbauern Steigerung der Steuer- und Versicherungslast

Die am 25.6.1980 von der Koalition gegen die CDU/CSU beschlossenen Änderungen des Einkommensteuergesetzes für die Landwirtschaft (§§ 13, 13a, 14 u. 14a EStG) treten jetzt in Wirkung. Für die zum 1. Juli abzuschließende Steuererklärung gilt erstmals die erhöhte Durchschnittssatzgewinnbesteuerung – sie trifft vor allem die Nebenerwerbslandwirte und kleinen Bauern. Außerdem wird der Kreis von mittleren Bauern, für die in den folgenden Wirtschaftsjahren eine vereinfachte bzw. volle Buchführungspflicht gilt, erheblich erweitert.

Ein Beispiel soll die Auswirkungen auf einen Nebenerwerbsbauern deutlich machen. Verheiratet, 2 Kinder, mit einem 10 ha-Hof war er ganzjährig als angelernter Arbeiter in der Metallindustrie beschäftigt und hat dort einen Jahresbruttolohn von 26000 DM erreicht. Der Wirtschaftswert seines Hofes beträgt 12000 DM, der Wohnwert 9000 DM. Die Steuer wird wie folgt errechnet (in Klammern Rechtslage 1980):

zu versteuerndes landw. Einkommen
Gewinngrundbetrag: 1/6 (1/12) des Wirtschaftsw.: 2000 DM (1000 DM)
Wert der Betriebsleitung: 5% (2,5%) des Wirtschaftsw.: 600 DM (300 DM)
Wert der körperlichen Mitarbeit des Betriebsinhabers (Nebenerwerb): 0,4 (0,4) Arbeitskraft
der Ehefrau (4-Pers.-Haushalt): 0,2 (0,2) Arbeitskraft

10000 DM (4400 DM) je Vollarbeitskraft, 0,6 Ak: 6000 DM (2640 DM)

Nutzungswert der Whng: 1/18 (1/18) des Wohnwerts: 500 DM (500 DM)
Durchschnittssatz-

gewinn: 9100 DM (4440 DM) davon ist abzuziehen ein *landwirtschaftlicher Freibetrag* von 4000 DM (2400 DM), so daß sich als *zu versteuerndes Einkommen* ergibt:

5100 DM (2040 DM)

(Der Einfachheit halber sind Pachtverhältnisse und Schuldzinsen außer Betracht geblieben)

Zur Berechnung der gesamten Einkommenssteuer, die der Nebenerwerbslandwirt zu zahlen hat, ist in üblicher Weise das zu versteuernde Einkommen aus Lohnarbeit zu berechnen (Abzug der verschiedenen Freibeträge und Pauschalen). Sieht man auch hier von etwaigen Besonderheiten ab, so steigt die Steuer, die er neben der Lohnsteuer auf sein landwirtschaftliches Einkommen zu zahlen hat, von 356 DM auf 1095 DM. Eine gewisse Übergangsfrist ist noch vorhanden, da das landwirtschaftliche Einkommen je-

weils aus dem Durchschnitt der zwei vorhergegangenen Wirtschaftsjahre berechnet wird.

Nach den Angaben des Agrarberichts '80 der Bayerischen Staatsregierung lag der durchschnittliche Jahresgewinn eines Nebenerwerbsbauern bei knapp 10000 DM. Welch ruinöse Auswirkungen diese nahezu Verdreifachung der Steuer hat, liegt auf der Hand. Die Mehrbelastung aus der gesamten Neuregelung werden für Bayern vom Finanzministerium auf mindestens 50 Mio. DM jährlich geschätzt – wobei die erhöhten Kosten für Buchführungspflicht noch nicht gerechnet

sind.

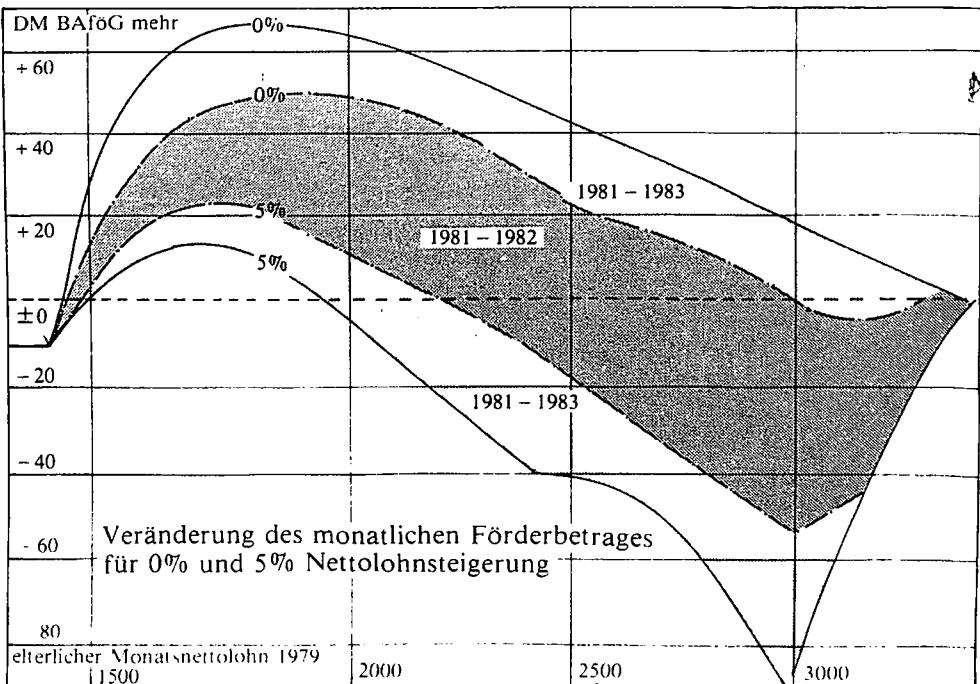
Die weitere Steigerung der Abzugslast bei Nebenerwerbsbauern wird gegenwärtig im Bundeslandwirtschaftsministerium geplant. Die bisher bestehende Sozialversicherungsfreiheit für die Frauen von Nebenerwerbsbauern soll beseitigt werden – sie gelten bisher als mitversicherte Familienangehörige. Die versprochene Rentenanwartschaft wird wenig einbringen – nach Berechnungen des Bauernverbandes würden nach diesen Plänen 40 bis 90 Prozent des Gewinns aus der Nebenerwerbslandwirtschaft von Sozialversicherungsbeiträgen aufgezehrt.

Gesetzesvorentwurf neue BAFÖG-Novelle

Kindergeld wird auf den Bedarf angerechnet

Matthöfer erklärte bei Eröffnung der Hannover-Messe, weniger Geld solle in den Konsum gehen, mehr für Investitionen bereitgestellt werden. Der Gesetzesvorentwurf zur 7. BAFÖG-Novelle liegt nun vor und gewisse Zeitungsschreiber fragen schon, ob er angesichts der hier und da schon geflogenen Steine so schlau ist. Allgemein bekannt wird: die Bemessungsgrundlagen werden nicht zum 1.10.81 angepaßt, sondern erst zum 1.4.82. Der Höchstförderbetrag soll dann um 40 DM auf 660 DM steigen, der Elternfreibetrag um 130 DM auf 1400 DM. Zum 1.10.83 wird das nächste Mal – wieder ein halbes Jahr zu spät – angepaßt, der Elternfreibetrag steigt dann auf 1450 DM.

Unten haben wir das Ergebnis für eine Beispieldorfamilie mit einem Verdienstner, zwei Kindern in förderungsfähiger Ausbildung für je 0% und 5% Nettolohnerhöhung dargestellt: Für 5% jährliche Nettolohnerhöhung zwischen 1979 und 1980 heißt diese Reform, daß 1983 alle über 2000 DM netto weniger bekommen als 1981. Was nämlich verschwiegen wird, ist: Ab 1.1.81 sollen für alle Bezieher von BAFÖG der Förderbetrag um das Kindergeld, das die Eltern bekommen, gekürzt werden, oder wie es technisch aussieht, auf den Bedarf angerechnet werden. Gerade die Kinder von Beziehern niedriger Einkommen, die den Höchstförderbetrag erhalten, bekommen so *das volle Kindergeld gestrichen*.



Lesebeispiel: Verdiente der Vater 1979 2000 DM netto im Monat und steigert sich der Verdienst um 5% pro Jahr (1980: 2100, 1981: 2200) so bekommt er bei Berechnung am 1.4.82 10 DM mehr als bei Antragstellung am 1.4.81, bei Antragstellung am 1.10.83 bekommt er 4 DM weniger als 1981.

Dann wird ab Herbst 81 bei der Auszahlung nicht mehr auf-, sondern abgerundet. Das mache pro Studenten höchstens 99 Pf. aus, kommentiert der Vorentwurf. Aber für den Staat macht es um die Viertelmillion im Monat an Plus.

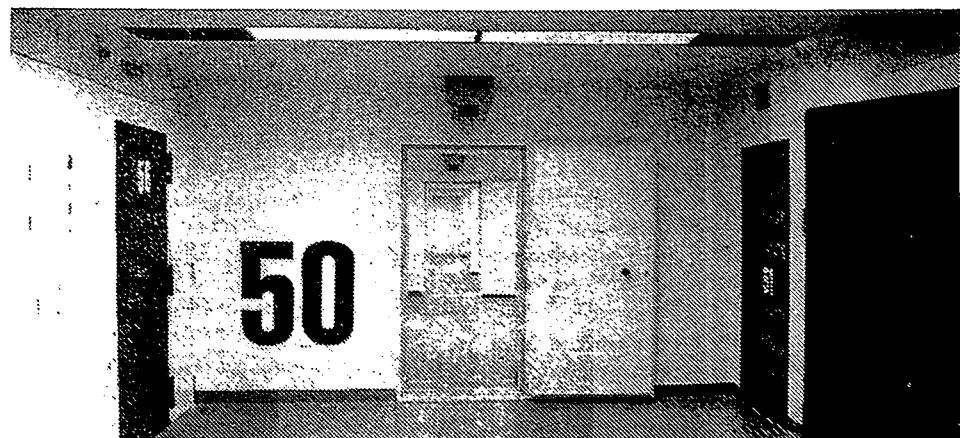
Ganz sozial wird der Vorentwurf bei denen, die länger als drei Monate wegen Krankheit oder Schwangerschaft ausbildungsunfähig sind. Ihnen wird ganz einfach die Überweisung gestrichen. Verrecken werden sie schon nicht, hat sich wohl einer im Ministerium gedacht, schließlich gibt es ja noch Eltern.

Auf der anderen Seite sinkt die Zahl derer, die überhaupt BAFÖG empfangen, und das, was ausbezahlt wird. Zur Zeit maximal 620 DM, ab 1.10.81 abzüglich Kindergeld, also 570 DM maximal, reicht lange nicht hin. Laut einer Erhebung des Deutschen Studentenwerkes aus dem Jahr 1980 verbraucht im Bundesdurchschnitt ein Student – ohne Wohnen und Auto – 685 DM monatlich.

Für den 6.5. zur Zeit der Lesung im Bundestag hat der VDS-Vorstand zu bundesweiten Aktionstagen gegen diese Kürzung aufgerufen.

Isolationshaft Änderung der Haftbedingungen nicht sicher

Nachdem Sigurd Debus gestorben ist, macht sich in der Bourgeoisie einige Unruhe bemerkbar. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ ist gegen „Weichwerden“. Justizminister Schmude macht Andeutungen über Überprüfung der Haftbedingungen. Nur hat das allein nichts zu sagen. Entscheiden tun die entsprechenden Organe der Landesregierungen. Eine bundesweite Regelung gibt es bisher in der Strafvollzugsordnung. Sie legt fest, daß besondere Sicherheitsvorkehrungen möglich sind bei Gefährdung der Sicherheit und Ordnung der Justizvollzugsanstalt oder bei Fluchtgefahr. So wurde Sigurd Debus vom 20.2.78 bis Februar 80 in der JVA Celle mindestens 10 Monate in Isolationshaft gehalten. Das Oberlandesgericht Celle schreibt in einem Urteil vom 8.11.78: „Mindestens seit dem 20. Februar 1978 werden gegen ihn folgende Sicherungsmaßnahmen durchgeführt: Er nimmt nicht an dem Zellenaufschluß teil, die Beteiligung an Gemeinschafts- und Sportveranstaltungen ist ihm untersagt, die gewährte Freistunde wird seit dem 27. Juli 78 ... als Einzelfreistunde durchgeführt.“ Die Aufhebung der Isolationsfolter war vom Leiter der JVA und dem Präsidenten des Justizvollzugsamtes abgelehnt worden. Be-



Hochsicherheitstrakt in der Haftanstalt Berlin-Moabit

gründung der Strafvollstreckungskammer: „Nach Mitteilung des Leiters der hiesigen Justizvollzugsanstalt soll er vielmehr nach wie vor voller Haß gegen diesen Staat und seine Institutionen eingestellt sein.“ Daraus wird Fluchtgefahr gefolgt. Sigurd Debus wurde im Februar 1980 nach Hamburg verlegt.

Das Bundesverfassungsgericht hat unseres Wissens zweimal eingegriffen. Einmal in einer am 17.5.73 veröffentlichten Entscheidung, daß die Untersuchungshaftlinge Baader, Meinhof, Meins und Grundmann seit Juli 72 Besuche nur von ihren Angehörigen und den Verteidigern empfangen durften und daß der Postverkehr nur mit amtlichen Stellen und mit Angehörigen stattfinden durfte. Das war neu in der Rechtsprechung, die bislang kein generelles Verbot von Kontakt in der Untersuchungshaft kannte. Einen anderen Beschuß faßte das Bundesverfassungsgericht 1977 gegen Roland Mayer, der wegen Verdacht auf Angehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung in Untersuchungshaft saß. Ihm wurde Isolationshaft verordnet, „mit Rücksicht auf den angegriffenen Gesundheitszustand und zur Verhinderung von Gesundheitsgefährdung des kreislaufgeschwächten Beschuldigten“.

Wie die Bourgeoisie die Haftbedingungen ändern wird und ob überhaupt, wird sich noch herausstellen. 1977 war während der Schleyer-Entführung rechtlich eine ähnliche Lage. Damals wurde das Kontaktsperrgesetz als Bundesgesetz verabschiedet, das die Kontakte der politischen Gefangenen und Untersuchungsgefangenen mit der Außenwelt und untereinander vollständig unterbinden kann, „wenn nur auf diese Weise ein höherwertiges Rechtsgut (im gegebenen Fall Schleyer, Anm. d. Red.) geschützt werden kann“. Eine andere mögliche Methode zur Lösung ihrer Probleme hat die Bourgeoisie schon 1975 in Kraft gesetzt, den „Besonderen Meldedienst Häftlingsüberwachung“. Beim Bundeskriminalamt wurden eine zentrale Häftlingskartei, Besucherdatei und

Kontaktdaten eingerichtet. Mit ihnen wird eine lückenlose Kontrolle der Häftlinge (Verlegung, Überlassung von Schreibmaschinen, Radiogerät usw.) und der Besucher (Beschaffung von einer Schriftprobe des Besuchers mit Hilfe eines von ihm auszufüllenden Besucheranmeldescheins z.B.) und des Posteingangs und -ausgangs durchgeführt. Die Gesamtzahl der bis 77 überwachten Häftlinge war 172.

Afrika BRD steigert 1980 den Warenexport

Die Bundesregierung eifert nicht nur danach, ihren Einfluß in der Europäischen Gemeinschaft zu vergrößern, sondern auch gegenüber den Ländern der Dritten Welt. Dies ist den statistischen Angaben des Afrika-Vereins e.V. über den Handel zwischen der BRD und den afrikanischen Staaten zu entnehmen. 1980 ist der Außenhandel der BRD mit Afrika überproportional im Vergleich zum gesamten BRD-Außenhandel gestiegen. Die gesamten westdeutschen Exporte stiegen 1980 gegenüber 1979 um 11%, die Exporte in afrikanische Staaten stiegen sogar um 25,5% gegenüber Vorjahr. Der Anteil der afrikanischen Staaten am BRD-Warenexport stieg von 4,9% (1979) auf 5,5% im Jahre 1980.

Die Importe aus afrikanischen Staaten stiegen um 24%. Dazu stellt der Afrika-Verein fest: „Die Erhöhung der deutschen Importe aus Afrika von 21,43 Mrd. DM in 1979 auf 26,59 Mrd. DM ist auf die erhebliche wertmäßige Importsteigerung im Handel mit Algerien, Lybien und Nigeria zurückzuführen. Die drei genannten Länder stellen mit einem Plus von 4,6 Mrd. DM den Löwenanteil der um 5,1 Mrd. DM gestiegenen Einfuhren. Dies ist ausschließlich auf die im Jahre 1980 um mehr als 50% gestiegenen Erdölpreise zurückzuführen.“ Die Importsteige-

nung beschränkte sich also auf drei Staaten, die hauptsächlich Rohstoffe und Mineralien an die BRD liefern. Viele afrikanische Staaten haben nur geringe bzw. gar keine Steigerung der Exporterlöse. Diese Entwicklung ist für die afrikanischen Staaten von Nachteil und führt zur weiteren Verschuldung. Seit 1970 hat sich der Anteil des Exports in afrikanische Staaten am Gesamtexport der BRD erhöht. Der Anteil des Imports aus allen afrikanischen Staaten an allen Importen der BRD ist gleich geblieben bei gleichzeitiger Verschiebung der Anteile der verschiedenen Länder. Ein Vergleich der Bedeutung der einzelnen afrikanischen Staaten für den Außenhandel der BRD verdeutlicht die politischen Absichten des westdeutschen Kapitals.

	Exp. BRD 80 geg. 79	Imp. BRD 80 geg. 79
	Mio DM	Mio DM
Rep. Südafrika ...	+ 1459	- 378
Nigeria	+ 1240	+ 1156
Algerien	+ 225	+ 1076
Libyen	+ 123	+ 2325
Ägypten	+ 254	+ 24
Tunesien	+ 28	+ 172
Marokko	+ 13	+ 14
Kenia	+ 60	+ 36
Zaire	+ 35	+ 12
Liberia	+ 62	+ 14
Elfenbeinküste ...	+ 26	- 44
Tansania	- 21	+ 20
Kanar. Inseln ...	+ 13	+ 4
Sambia	+ 54	+ 2
Kamerun	+ 101	- 33

Bei den Exporten steht das südafrikanische Kolonialregime bei der BRD an erster Stelle. Die Importe dagegen sind zurückgegangen. Bei den Direktinvestitionen ist es anders. Die Auslandsinvestitionen der BRD in afrikanische Staaten stiegen nach Angaben des Afrika-Vereins im letzten Jahr um 6,5% auf 3,4 Mrd. DM. Der Anteil Afrikas an den Direktinvestitionen der BRD sank von 1979 von 4,9% leicht auf 4,6% im Jahre 1980. Diese Zahlen werden nicht stimmen, da der Weltgewerkschaftsbund bedeutend höhere westdeutsche Direktinvestitionen in Südafrika als der Afrika-Verein angibt. Trotzdem wird der Trend stimmen. In das südafrikanische Kolonialregime ist ein großer Teil der Investitionen geflossen. Gleichzeitig hat das westdeutsche Kapital 1980 weitere 60 Mio. DM in Nigeria investiert. Der Afrika-Verein verweist auf das „nach wie vor niedrige Niveau an deutschen Direktinvestitionen in Nigeria, was auf die insgesamt noch schwierigen rechtlichen Rahmenbedingungen für Investitionen in diesem Land zurückzuführen ist.“

Die Bundesregierung wird diesen Hinweis sicher nicht überhören.

Bundeswehr

Wehrbeauftragter verkauft Wehrkraftstärkungsmittelchen

Das Amt des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages wurde zu Zeiten des Aufbaus der Bundeswehr der Öffentlichkeit geprägt als unübertrefflich wirksame Einrichtung zum Schutz des Soldaten vor Mißbrauch der Befehls- und Disziplinargewalt durch militärische Vorgesetzte. Im Lauf der Jahre war eine Tendenz zum Schwerpunktwechsel immer zu spüren, und mit dem jetzt veröffentlichten Jahresbericht für 1980 ist dieser per-

hen. Berkhan nutzt den beträchtlichen Spielraum seines Amtes sogar aus, um die NATO-Mitgliedschaft der BRD in FDGO-Rang zu erheben:

„Wenn ich einmal die Stimmen bei Seite lasse, denen öffentliches Gelöbnis und Zapfenstreich zusammen mit dem Jubiläumsjahr der Bundeswehr offensichtlich nur eine Gelegenheit war für ihre Absage an unseren freiheitlichen demokratischen und sozialen Rechtsstaat, dessen Verfassungsorgane und



Der Wehrbeauftragte Berkhan fordert in seiner jüngsten Studie, daß Vorgesetzte über das „dienstlich Notwendige hinaus“ immer ein offenes Ohr für die Sorgen der wehrpflichtigen Soldaten haben sollen.

fekt. Berkhan stellt sich für einen Job als Seelentröster und Ratgeber mittlerer und höherer Truppenführung bereit.

Selbst im Rahmen eines kreuzbürgerlichen Weltbildes wäre Nachdenken möglich, ob für das anlässlich der öffentlichen Vereidigungen und Gelöbnisse *befohlene* Reklamelaufen von Wehrpflichtigen eine gesetzliche Grundlage überhaupt besteht. Berkhan wird bekannt gewesen sein, daß auch Soldaten, die von dem Recht Gebrauch machen, das feierliche Gelöbnis nicht abzulegen, zu diesen Veranstaltungen mit aufmarschieren müssen, und was will man noch als Verstoß gegen die Menschenwürde rechnen, wenn nicht solch erzwungenes Reklamazzappeln und Zapfenstreichen in der Öffentlichkeit? Selbst dem Bundesminister der Verteidigung war der Rechtsboden so unsicher geworden, daß er die Truppe bat, vorderhand von weiteren derartigen Veranstaltungen abzuse-

unse Einbindung in das Nordatlantische Bündnis, so bleibt aus dieser Diskussion noch vieles aufzuarbeiten ... Dabei sollte neben dem Stellenwert der strittigen Fragen der Zusammenhang zwischen öffentlicher Akzeptanz und Motivation von Streitkräften sowie die Situation des Wehrpflichtigen Richtschnur sein.“

Der Wehrbeauftragte wünscht eine Eingrenzung der Diskussion. Kritik am freiheitlich demokratischen und sozialen Rechtsstaat soll ebenso „bei Seite bleiben“ wie Kritik an der „Einbindung der BRD in das Nordatlantische Bündnis“ — und er wünscht eine Zusitzung der Diskussion auf das Ziel, die Motivation der Streitkräfte zu heben durch „öffentliche Akzeptanz“, und nicht nur durch das:

„Mir kommt es vor allem darauf an, daß der junge wehrpflichtige Soldat sich dabei nicht nur verstandesmäßig, sondern auch emotional richtig angeprochen sieht. Die Erfahrung aus der

mit dem feierlichen Gelöbnis verbundenen Rückkopplung ist im übrigen in jedem Fall für den jungen Soldaten politische Bildung.“

Daß man u.U. jemandem eintrommeln kann, was er sich nicht einreden lassen will, haben vor Berkhan schon andere 'Meister der politischen Bildung' erkannt; jedenfalls ist in der BRD neu und bedenklich, daß der Wehrbeauftragte zur emotionalen Aufpeitschung von Kampfkraft öffentlich aufruft. — So unverfroren Berkhan die Möglichkeiten seines Postens zur Indoktrination nutzt, so schamhaft behutsam geht er ans Werk bei der Interpretation von Soldatenbeschwerden:

„Unzulässige Eingriffe in die grundrechtlich geschützte Sphäre des Solda-

panien einige Gestalten zu finden sind, die auf die leisesten Andeutungen Vorgesetzter zur Mißhandlung anderer Wehrpflichtiger übergehen. Durchweg werden die Mannschaften mit derartigen Leuten dann selber fertig, wenn diese einen wenigstens indirekten Rückhalt bei den Vorgesetzten nicht haben. Dies muß auch Berkhan zugeben:

„Das Vertrauen in den Vorgesetzten, der solche Nötigungen und Mißhandlungen ihm unterstellter Soldaten billigend übersieht, erkennbar duldet oder sogar erst ermöglicht, ist zerstört und nicht mehr wiederherzustellen.“

Die Konsequenz allerdings, die zu ziehen der Wehrbeauftragte die Truppenführung ermuntert, ist eigenartig:

„Die in diesem Abschnitt dargestell-

Vorgesetzte ihrem Ausbildungs- und Erziehungsauftrag gegenüber dem wehrpflichtigen Soldaten auch durch persönliche Hinwendung zu diesem nachkommen ...“

Ja freilich, wenn die Trommel Begeisterung weckt und der Zapfenstreich Andacht und der Vorgesetzte dienende Liebe, kann dem deutschen Volk nichts fehlen.

VR Polen Neues Programm von „Solidarität“

Am 17.4.1981 einigten sich die Vertreter der selbständigen polnischen Bauern, die zur Durchsetzung ihrer Forderung nach Bildung einer Abteilung Land der Unabhängigen Selbstverwalteten Gewerkschaft Solidarität seit Anfang März das Gebäude der Vereinigten Bauernpartei besetzt gehalten hatten, und Vertreter der polnischen Regierung, die nach mehrfacher Ablehnung der Forderung jetzt erneut mehrtagigen Verhandlungen zustimmte. Bis 10. Mai sollen die gesetzlichen Grundlagen für die Bildung einer Gewerkschaft durch nicht lohnabhängige Bauern geschaffen werden.

Daß die Führung der PVAP nachgab, obwohl diese Entscheidung auf Mißfallen innerhalb des RGW stößt, weist auf ihre Schwierigkeiten in der Vorbereitung des Parteitages hin, der schon mehrfach verschoben wurde und jetzt noch im Juli stattfinden soll. Sie hatte ihren Mitgliedern empfohlen, in die neuen Gewerkschaften einzutreten, sicher mit dem Ziel, von dort aus Einfluß auf die Arbeiterbewegung zu erobern, jedoch stimmten auch diese Parteimitglieder in der Mehrzahl den Zielen der Gewerkschaft zu und unterstützten deren Aktionen auf regionaler und betrieblicher Ebene. Die PVAP-Führung muß besorgt sein, wenn schon nicht Einstimmigkeit, so doch Mehrheiten für ihre Anträge auf dem Parteitag zu sichern. Zum erstenmal sollen die Delegierten auf allen Ebenen gewählt werden, und die PVAP braucht baldige Entscheidungen, die ihre Mitglieder binden. Die heftige Kritik ganzer regionaler Gliederungen und von ZK-Mitgliedern nimmt zu. „Säuberung“ wird von verschiedenen Seiten verlangt. Die Hegemonialmacht des RGW, die UdSSR, fordert die Entfernung von unmarxistischen Kräften, die Mitglieder verlangen Ordnung der Partiarbeit. Die Gewerkschaft „Solidarität“ verlangt Entfernung von korrupten Elementen. In der letzten Woche ist sie zudem mit einem neuen Programm aufgetreten, das auszugsweise in der Parteizeitung „Trybuna Ludu“ veröffentlicht wurde. Sie verfügt jetzt



Dank seiner besonnenen Betreuung von Wehrpflichtigen ermöglichte Lt. zur See Müller dem MAD allein 1980 acht gezielte Überprüfungen fragwürdiger Subjekte. Unser Foto zeigt seine Beförderung zum Olt. zur See.

ten haben nach wie vor meine Aufmerksamkeit beansprucht. Ein Schwerpunkt lag bei Eingriffen in die Würde des Menschen und in das Recht auf körperliche Unversehrtheit.

Die Darstellung meiner Erkenntnisse beschränke ich in diesem Bericht auf Mißhandlungen von Mannschaftsdienstgraden untereinander, die alle zugleich schwerwiegende Verstöße gegen die Kameradschaft sind; denn sie verpflichtet alle Soldaten, die Ehre und die Rechte jedes anderen Soldaten der Bundeswehr zu achten und ihm in Not und Gefahr beizustehen (§12 Soldaten gesetz).“

Mit liebevoller Ausführlichkeit schildert Berkhan dann Mißhandlungen, die Wehrpflichtigen durch andere Wehrpflichtige widerfuhren, sachlich Vorgänge, wie man sie aus Kabineninternaten für den Nachwuchs besserer Leute und aus dem Zuhältermilieu kennt. Wer die Armee von innen kennt, weiß, daß in den meisten Kom-

ten und ähnliche von mir im Berichtsjahr aufgegriffene Fälle lassen erkennen, wie wichtig es zur Vermeidung von Mißhandlungen und anderen Übergriffen gegenüber Kameraden ist, daß Vorgesetzte genügende Kenntnis über die Beziehungen der ihnen unterstellten Mannschaften untereinander besitzen.“

Der Schluß liegt nahe, daß der Wehrbeauftragte lediglich einen irgendwie zu seinem Amte passenden Vorwand gesucht hat, um die Vorgesetzten der Bundeswehr zur verstärkten Beobachtung der Mannschaften aufzurufen, liegt doch die Befürchtung nahe, die allgemeine politische Unruhe der Jugend könnte sich überraschend in der Armee bemerkbar machen. Nach einem längeren Sermon über die Verständigungsschwierigkeiten zwischen Vorgesetzten und Wehrpflichtigen lautet Berkhans Empfehlung:

„Für das Beheben derartiger Mängel scheint mir entscheidend zu sein, daß

auch offiziell über eine eigene Zeitung und auch die Zusage wöchentlicher Sendezeiten.

Zwar hat der Sejm, das polnische Parlament, nachdem seine Sitzungen wegen Erkrankung des Ministerpräsidenten Jaruzelski verschoben worden war, ein Streikverbot für die nächste Zeit beschlossen, und die Gewerkschaft ihrerseits hat zugesagt, keine weitreichende Steigerung der Löhne und Sozialleistungen zu verlangen. Aber sie hält an der Sicherung des Durchschnittslohns bei gleichzeitiger Verbesserung der niedrigsten Einkommen fest.

In ihrem Programm erhebt sie zum erstenmal Forderungen zur Verteilung der Steuerlast. Einkommen oberhalb des Durchschnittslohns sollen progressiv besteuert werden, Besitz und Einkommen von Staats- und Parteidienstleistern offen gelegt und Luxusgüter besonders besteuert werden. Der allgemeine Teil des Programms enthält Zugeständnisse an das liberale KOR und die katholische Kirche, ein ausdrückliches Bekenntnis zu den „ethischen Werten des Christentums“ und zum „politischen Ruf nach Demokratie“. Das erstere kann sicher die Verfolgung der Ziele der Arbeiterbewegung nur behindern, das zweite lässt die Möglichkeit verschiedener Richtungen offen.

Die Einmischung der westlichen Imperialisten wird auch in anderen RGW-Ländern kritisiert. Das ungarische ZK-Mitglied Rényi schrieb gegen das Menschenrechtsgefaß anlässlich des Polizeiüberfalls von Bydgoszcz, dies sei eine „rein interne Angelegenheit der polnischen Volksrepublik“. „Was wäre, wenn wir ... ähnlich reagieren würden? Wenn wir beispielsweise die letzten Ausschreitungen in Bayern gegen die Jugendlichen so kommentieren würden wie die westlichen Massenmedien die polnische Aktion?“

VR China Auslandskredite für gestoppte Projekte?

China werde keine BRD-Staatskredite zu niedrigen Zinsen zur Weiterführung der in den letzten Monaten gestoppten industriellen Großprojekte bekommen, verlautete aus dem Bundeswirtschaftsministerium. Zwar stehen chinesische Aufträge für den BRD-Anlagenbau in Höhe von ca. 2 Mrd. DM auf dem Spiel, doch die westdeutschen Großbanken, die wiederholt Chinas geringe Inanspruchnahme von Auslandskrediten beklagt hatten, wollen die Zwangslage der VR China ausnutzen und mindestens die Marktzinsen kassieren. Bleiben die Projekte gestoppt, verlangen die betroffenen Ka-

pitalisten ohnehin Entschädigungen, die nicht weit unter den Vertragssummen liegen. Die VR China müßte dann für halbfertige oder nur projektierte Industrieanlagen Riesensummen zahlen, die ihre gegenwärtigen Wirtschaftsprobleme und die Devisenknappheit noch weiter verschärfen würden.

Die japanischen Imperialisten, als Haupthandelspartner Chinas von den

der den Bedingungen von Chinas Infrastruktur (unzureichendes Transportnetz, Energieknappheit, nicht gesicherte Rohstoffversorgung) noch dem Ausbildungsstand der Arbeitskräfte entsprach. So reicht die gegenwärtig fallende chinesische Ölförderung nicht, die geplanten Chemiewerke zu versorgen. Die Anlagenimporte belasten nicht nur Chinas Devisenkonto, sondern erfordern zusätzlich etwa die



Schwere Feldarbeit in der Produktionsbrigade Dazhai. – Chinas Traktoren- und Handtraktorenproduktion ist in den letzten Monaten gesunken.

Projektstopps besonders betroffen, als alte Kolonialherren und Besatzer aber mit Erfahrung in der Ausbeutung der Arbeitskräfte und Ressourcen Chinas, werden wahrscheinlich auf den Wunsch der chinesischen Regierung nach billigen Krediten zur Weiterführung der Projekte teilweise eingehen. Ende des Monats sollen Verhandlungen über einen langfristigen Kredit in Höhe von 2,6 Mrd. \$ geführt werden. Was Japan als Gegenleistung verlangt, ist nicht bekannt.

Der Baustopp oder die Vertragskündigung betrifft u.a. folgende Großprojekte: Stahl- und Walzwerk Baoshan (Vertragspartner u.a.: Schloemann-Siemag, Mannesmann, Siemens, AEG, Hochtief), Petrochemiewerk Nanjing (Lurgi, Davy-Zimmer), Dongfang-Chemiewerk Beijing, Yanshan-Petrochemiewerk Beijing, Petrochemiewerk Shengli, Methanolwerk bei Qingdao (Lurgi) und ein Petrochemiewerk in Daqing. Die VR China hatte die Anlagen im Rahmen der „vier Modernisierungen“ meist 1978 bestellt.

Mao Zedong und Zhou Enlai hatten schon früh die Modernisierung von Landwirtschaft, Industrie, Landesverteidigung und Wissenschaft und Forschung gefordert, um die rückständigen Produktivkräfte zu entwickeln und Chinas Selbständigkeit zu stärken. Aber nach dem Sturz der „Viererbande“ machte die Führung der KPCh daraus – entgegen dem bisherigen Aufbaukonzept – ein Investitionsprogramm, das zum großen Teil auf Anlagenimporten basierte, die Finanzreserven des Landes weit überstieg und we-

doppelte Summe an Folgeinvestitionen. Die gleichzeitig durchgeführten marktwirtschaftlichen Reformen sowie Lohnerhöhungen und höhere staatliche Ankaufspreise für Agrarprodukte ohne entsprechende Steigerung der Produktion (s. Pol. Ber. 6/81) haben die Defizite im Staatshaushalt 1979 und 80 noch vergrößert.

Das Scheitern der Wirtschaftspolitik der letzten Jahre, das mit den Projektstornierungen faktisch eingestanden ist, hat das Ansehen der VR China unter den Völkern und ihre internationale Stellung geschwächt. Denn die durch harte Arbeit der chinesischen Volksmassen und den Kurs des „Vertrauens auf die eigene Kraft“ erkämpften Aufbaufolge und Chinas wirtschaftliche Unabhängigkeit sind erschüttert.

Ein japanisches Wirtschaftsorgan betonte, trotz der Projektstopps gebe es für Japan keine Alternative zur Unterstützung der gegenwärtigen chinesischen Regierung. Die Hoffnung der Imperialisten, Chinas Wirtschaftsschwierigkeiten zu verstärkter Einflussnahme auszunutzen zu können, ist offenbar von der Sorge getrübt, daß die KPCh wieder zur Politik Mao Zedongs und Zhou Enlaies zurückkehrt. Umso heftiger das Bemühen der Bourgeoisie, die Ursachen der Wirtschaftsschwierigkeiten weit in der Vergangenheit zu suchen. Aber die KPCh hat gerade in den letzten Jahren die bisherigen Säulen der sozialistischen Volkswirtschaft, die Volkskommunen und die über das ganze Land verteilte industrielle Basis aus vorwiegend Klein- und Mittelbetrieben, angetastet.

Die BRD muß endlich alle Ansprüche gegen die Völker des östlichen Europas fallenlassen!

„Wer hat denn nun recht behalten?“, rief der SPD-Abgeordnete Ehmke in der Bundestagsdebatte über die „Lage der Nation“ am 9.4. seinem CDU-Kollegen Barzel zu. „Sie haben früher gefordert, daß erst freie Wahlen abgehalten werden sollten, bevor man mit denen redet. Wir sagen dagegen: Die Stärke liegt auf unserer Seite ... Wo sind denn nun die ideologischen, sozialen Erschütterungen in der Entspannungspolitik eingetreten? Im Osten oder im Westen? Wie sieht es denn in Polen und sonstwo im Ostblock einschließlich der Sowjetunion aus? ... Es wäre sehr viel besser, wir würden einmal von der Tatsache ausgehen, die doch unbestreitbar ist, daß die SED, aber auch die KPdSU zu Zeiten des Kalten Krieges bei ihrer Politik sehr viel ruhigere Zeiten gehabt haben, als sie sie heute nach zehn Jahren Entspannungspolitik haben.“

In der zweiten Hälfte der 60er Jahre war klar, daß die Politik der offenen Bedrohung der Länder des östlichen Europa gescheitert war. Gescheitert war der Versuch, die DDR und die Volksdemokratien durch Subversion zu erschüttern. Gescheitert auch der Versuch, die DDR mittels der Hallstein-Doktrin – dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu allen Ländern, die die DDR anerkannten – politisch zu isolieren und wirtschaftlich zu schwächen. Eine Wende in der Ostpolitik wurde fällig; die Große Koalition bereitete sie vor, die SPD/FDP-Regierung vollstreckte sie.

Bereits in ihrer ersten Legislaturperiode schloß sie Verträge mit der Sowjetunion, der VR Polen, der DDR und der CSSR ab. Im Zusammenhang damit handelten die USA, Großbritannien, Frankreich und die UdSSR das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin aus. Es war nicht zuletzt der tiefe Wunsch der Arbeiterbevölkerung in der BRD und in Westberlin nach friedlichen Beziehungen zu den Ländern im östlichen Europa, nach Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und der DDR, der die SPD an die Regierung gespült hatte. Und die SPD verstand es, mit den Ostverträgen die allgemeine Illusion zu wecken, als habe die westdeutsche Monopolbourgeoisie ihre aggressiven Ansprüche auf die Wiederherstellung des Deutschen Reiches aufgegeben. Sie nahm die DDR als zweiten „Staat in Deutschland“ zur Kenntnis, verpflichtete sich zu Gewaltverzicht, zur Achtung der territorialen Integrität aller Staaten in Europa, der Unverletz-

lichkeit ihrer Grenzen, erklärte schließlich, Gebietsansprüche weder jetzt noch in Zukunft erheben zu wollen.

Welche Wende die „neue Ostpolitik“ einleitete, läßt sich – zum Teil – aus nüchternen Zahlen ablesen: Die westdeutschen Exporte in den RGW stiegen von 440 Mio. DM 1969 auf 1,55 Mrd. DM 1978. Die BRD stieg zu einem der westlichen Hauptgläubigerstaaten der Länder des östlichen Europa auf. Mit der bereitwilligen Vergabe von Milliardenkrediten sicherte sie sich nicht nur einen wachsenden Anspruch auf die Produktion der betroffenen Völker, sondern auch handfeste Instrumente der Einmischung. Vor allem: Als erfahrene Bourgeois spekulierten sie auf ideologische, politische und soziale Erschütterungen in Osteuropa, die sie mit einer Politik à la

Adenauer nur hätten behindern, niemals aber für sich ausnutzen können. Um also ihre Ansprüche wahren zu können, mußten sie die Methoden ihrer Verfolgung ändern.

Tatsächlich sind die westdeutschen Imperialisten mit den Ostverträgen, wie auch noch im Einzelnen zu zeigen sein wird, keinen Fußbreit von ihren Ansprüchen abgerückt. – Im Grundgesetz haben die Trümmer der deutschen Reichsbourgeoisie ihre Wiedervereinigungsgläüste festgeschrieben, und das gleich mehrfach. Nicht nur heißt es in der Präambel, daß das „Deutsche Volk“, indem es „dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland“ beschloß, „auch für jene Deutschen gehandelt (hat), denen mitzuwirken versagt war“. Nicht nur bleibt das „gesamte Deutsche Volk ...“

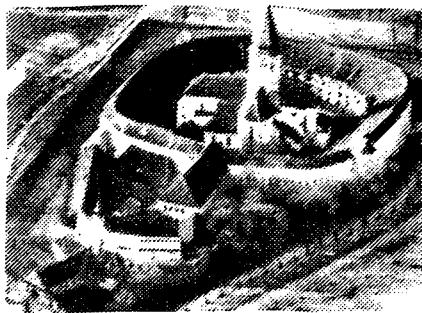


Die angebliche „Westverschiebung“ Polens 1945 beendet die jahrhundertelange Germanisierung und Kolonisation der Ostgebiete.

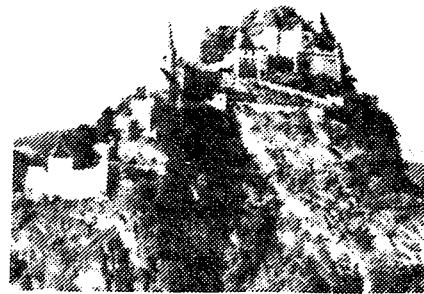
Ostkolonisation unter Bismarck



Gransee in der Mark, typische ostdeutsche Kolonialstadt



Kirchenburg zur Tartlau in Siebenbürgen



Hochosterwitz (Kärnten), Fliehburg im Kampf gegen Slawen, Ungarn und Türken

Quelle: Harms Geschichtsatlas, List-Verlag München, Originalbildunterschriften

In der ersten, zweiten und dritten Teilung Polens war das Königreich Polen Ende des 18. Jahrhunderts vollständig unter Preußen, Russland und Österreich aufgeteilt worden. Der polnische Adel und das Volk hatten große Hoffnungen auf Napoleon gesetzt, der sich für ein selbständiges Großherzogtum Warschau stark gemacht hatte. Die Niederlage Napoleons wurde auf dem Wiener Kongress von 1815 besiegt, auf der Russland, Preußen und Österreich beschlossen, Polen weiter geteilt zu lassen, aber die polnischen nationalen Besonderheiten zumindest in den Gebieten, die zum Herzogtum Warschau gehörten, zu berücksichtigen und dem Herzogtum Warschau, das unter russischer Herrschaft stand, weitgehend Selbstverwaltung zu gewähren. So verfolgte Preußen zunächst in Schlesien, Westpreußen und Pommern eine Germanisierungspolitik und in Posen, das zum Großherzogtum Warschau gehörte, eine notgedrungene Politik der Tolerierung der polnischen Nationalität.

Als dann 1830/31 ein polnischer Aufstand im russischen Teil des Herzogtums Warschau (Kongresspolen) stattfand, der mit der Auflösung des polnischen Heeres, der Schließung der Warschauer Universität und großer Güterbeschlagnahmung beim polnischen Adel endete, schlug Preußen einen offen reaktionären Kurs ein. Eindeutschung über die Schulpolitik fand statt und massenhafte Enteignung von polnischem Grund und Boden.

1846 wird ein Aufstand, der für alle drei besetzten Teile Polens geplant war, niedergeschlagen. Vor dem Kammergericht in Moabit findet ein Prozeß gegen 254 polnische „Verschwörer“ statt. Deutsche Revolutionäre und Liberale unterstützen den polnischen Befreiungskampf. Friedrich Engels er-

klärt auf einem internationalen Treffen in London für die Deutschen Demokraten: „Eine Nation kann nicht frei werden und zugleich fortfahren, andere Nationen zu unterdrücken. Die Befreiung Deutschlands kann also nicht zustandekommen, ohne daß die Befreiung Polens von der Unterdrückung durch Deutsche zustandekommt.“ Als aber ein weiterer Versuch 1848, Posen für die Polen zu erobern, scheitert, bekommen die Reaktionäre Auftrieb. Bismarck im Revolutionsjahr 1848 gegenüber der Wiederherstellung Polens: „Man kann Polen in seinen Grenzen von 1772 herstellen wollen, ihm ganz Posen, Westpreußen und Ermland wiedergeben; dann würden Preußens beste Sehnen durchgeschnitten. Andererseits kann eine Wiederherstellung Polens in einem geringeren Umfang beabsichtigt werden, etwa so, daß Preußen nur den entschieden polnischen Teil des Großherzogtums Posen hergäbe. In diesem Fall kann nur der, welcher die Polen garnicht kennt, daran zweifeln, daß sie unsere geschworenen Feinde bleiben würden, solange sie nicht die Weichselmündung und außerdem jedes polnisch redende Dorf in West- und Ostpreußen, Pommern und Schlesien von uns erobert haben würden. Ein rastloser Feind würde geschaffen, viel gieriger als der russische Kaiser.“ Es zeichnet sich die Eingliederung aller Ostgebiete einschließlich Posens ins Deutsche Reich ab. Bismarck vertritt die Germanisierung des Polentums. Bei einer Auseinandersetzung mit der polnischen Fraktion im ersten deutschen Reichstag 1871 erklärt er, die Polen im preußischen Osten gehörten zu „keinem anderen Volk als zu dem der Preußen, zu dem ich mich selbst zähle“.

Gleich nach der Gründung des Deutschen Reiches läßt er seinen Worten

aufgefordert, in freier Selbstbestimmung Einheit und Freiheit zu vollenden“. Wohlweislich hat die Bourgeoisie, die der FdGO über die Grenzen der BRD hinaus Ewigkeitswert verlieh, den Wirkungsbereich des GG begrenzt: territorial auf die Bundesländer der BRD und „GroßBerlin“ (Art. 23), zeitlich bis zum Tag der Wiedervereinigung (Art. 146). Carlo Schmid, der sich zu den „Vätern des Grundgesetzes“ zählte, erklärte 1948 auch gleich, warum: „Wir wollen durch dieses Grundgesetz keinen separaten westdeutschen Staat schaffen“. Und der spätere Bundespräsident Heuß ergänzte: „Nein, das Deutsche Reich, auch wenn es desorganisiert ist, ist rechtlich und politisch eine Geschichtstatsache geblieben.“

Mit dem Grundgesetz zum Sachwalter des Deutschen Reiches und des Deutschen Volkes ernannt, erhebt die BRD somit Anspruch auf: 13205 km² sowjetisches Territorium – das ehemalige Nord-Ostpreußen; 101091 km² polnisches Territorium – die ehemaligen deutschen Siedlungsgebiete Ostpreußen, Pommern, Schlesien, Ostbrandenburg, zusammen rund ein Drittel des Gebiets der VR Polen; die DDR mit einem Staatsgebiet von 108181 km² und einer Bevölkerung von 16,8 Mio.; Westberlin. Die Einverleibung dieser Territorien samt der sachlichen und persönlichen Hilfsmittel würde die strategische Basis der westdeutschen Imperialisten beträchtlich erweitern und ihren Expansions-

trieb weiter anstacheln.

Die im Grundgesetz verankerten Wiedereroberungsabsichten der westdeutschen Imperialisten verletzen geltendes Völkerrecht, insbesondere das Potsdamer Abkommen vom 2.8.1945. Damit nämlich hatten die Signatarmächte – die UdSSR, die USA, Großbritannien und nachträglich Frankreich – die Grenzen „vorbehaltlich der endgültigen Bestimmung der territorialen Fragen bei der Friedensregelung“ festgelegt. Die BRD indes bestreitet für sich die völkerrechtliche Wirkung des Abkommens. „Deutschland“ habe es nicht unterschrieben, und ein Abkommen zwischen den Siegermächten könne einen Dritten – eben „Deutschland“ – nicht binden.

die Taten folgen. Das preußische Schulaufsichtsgesetz von 1872 entzieht dem polnischen Klerus den Einfluß auf das Schulwesen. Eine Oberpräsidialverfügung von 1873 über den Sprachunterricht in den Volksschulen in Posen und Westpreußen bestimmt: „In allen Lehrgegenständen mit Ausnahme der Religion und des Kirchengesanges ist die Unterrichtssprache die deutsche.“ Es liegt im Ermessen der Kreisschulinspektoren, auch im Religionsunterricht die deutsche Sprache obligatorisch einzuführen, wenn ihrer Meinung nach die Schüler bereits genügend Kenntnisse der deutschen Sprache besitzen. In Oberschlesien, Pommern und Posen gibt es scharfe Auseinandersetzungen um diese Erlasse. Es finden Entlassungen und Verhaftungen polnischer Geistlicher statt, die die Ausführung der Kulturkampfgesetze verweigern. Der polnische Erzbischof von Gnesen-Posen nimmt gegen die Regierung Partei und wird 1874 gewaltsam von seinem Amt entfernt und wie andere Bischöfe und Pastoren zu mehrjähriger Gefängnisstrafe verurteilt.

1876 wird Deutsch zur Amtssprache erklärt. Das 1877 erlassene preußische Geschäftssprachengesetz legt fest, daß vor Gericht, bei den Provinzial- und Landratsämtern, in den Kommunalverwaltungen, Kreistagen, Bürgerschaftsversammlungen sowie bei allen amtlichen Bekanntmachungen Deutsch gesprochen werden muß.

In den 70er und 80er Jahren werden von den polnischen Bauern Bauernvereine gegründet. Allein von 1873 bis 77 105. Zur gleichen Zeit gründen sich gewerbliche Genossenschaften. Polnische Sozialisten organisieren sich. Die Industrialisierung bewirkt einen Zuzug von Polen aus Galizien und den russisch besetzten Gebieten nach Schlesien, Posen und auch Westpreußen. Bismarck wird alarmiert, daß in vielen

Gemeinden polnische Mehrheiten entstehen. Seine Antwort: Ausweisung. Zwischen 1885 und 1887 werden insgesamt 25914 Polen aus Preußen ausgewiesen. Das allein reicht den Preußen nicht. 1886 wird ein Gesetz „Betreffend die Beförderung deutscher Ansiedelungen in den Provinzen Westpreußen und Posen“ erlassen. Die Preußische Regierung stellt sofort einen Fonds von 100 Mio. Mark zur Verfügung zur Förderung der Kolonisation und den Erwerb von polnischem Grundbesitz. Auf bisher polnischem Grund und Boden entstehen neue deutsche Dörfer.

Als Gegengewicht gegen den preußischen Fonds werden in Posen die Verbandsbank der polnischen Genossenschaften gegründet und die Landbank mit überwiegender Beteiligung des polnischen Adels. Polnische Gutsbesitzer, die ihr Land verkaufen oder verkleinern wollen, räumen den Banken das Vorkaufsrecht ein. Die Banken parzellieren und teilen das Land und verkaufen an polnische Bauern.

Die preußische Regierung sieht, daß sie mit den bisherigen Maßnahmen sich nicht hat entscheidend durchsetzen können. Sie greift zu noch schärferen Mitteln. Zwischen 1886 und 1914 werden 120000 deutsche Personen in den Ostprovinzen angesiedelt. Der Kern sind Beamte und Arbeiter der Reichsbahn und der Post. Gegen Ende des Jahrhunderts wird zunächst in einzelnen Gebieten, später durch das Reichsvereinigungsgesetz, die polnische Sprache auf genehmigungspflichtigen Versammlungen verboten. 1908 wird ein Enteignungsgesetz erlassen, das die Enteignung von polnischem Grund und Boden zuläßt.

Das Buch „Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik“ von Martin Broszat enthält weiteres Material. Es ist 1963 im Ehrenwirth Verlag, München, erschienen.

Die deutschen Imperialisten, denen es im Deutschen Reich zu eng geworden war und die, um die Welt neu aufzuteilen, einen Krieg bisher ungekannten Ausmaßes entfacht hatten, waren gerade geschlagen. Am 8. Mai unterzeichnete das Oberkommando der Wehrmacht die bedingungslose Kapitulation. Am 5. Juni übernahmen die vier Alliierten mit der Kapitulations-Deklaration die Regierungsgewalt in Deutschland. Natürlich wissen die westdeutschen Bourgeoisie sehr gut, daß die Siegermächte damit nicht nur die Macht, sondern auch das Recht hatten, Deutschland betreffende und bindende Verträge zu schließen. Ihr Widerstand gegen das Abkommen ist auch nichts weniger als eine juristische

mag, gerade in der Einschränkung der Souveränität der BRD. Im Art. 2 des „Deutschlandvertrages“ vom 23.10.54 erklären diese drei Mächte ihre Verantwortung „in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung“. In Art. 4 (2) leiten sie aus dieser Verantwortung ihre Rechte „in bezug auf die Stationierung von Streitkräften in Deutschland“ ab. In Art. 7 (2) schließlich legen sie ausdrücklich das Ziel ihrer Verantwortung fest: „Bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung werden die Unterzeichnerstaaten zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die der Bundesrepublik, besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist.“

Das Gerede über die „friedlichen Mittel“ kann nicht täuschen. Es besagt nicht mehr, als daß die westdeutschen Imperialisten und ihre Verbündeten die Sache so hinzudrehen gedenken, daß sie als die Angegriffenen erscheinen. Auch dafür hat die BRD bereits wertvolle Vorarbeit geleistet. Unter anderem in ihrer Gesetzgebung, z.B. mit dem Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG).

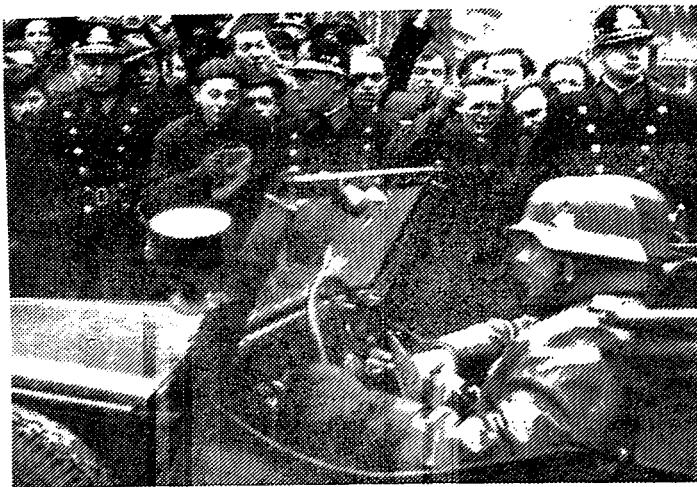
Nach diesem gilt als „Inland“ „das Gebiet des deutschen Reiches in den Grenzen von 1937“. § 25 legt fest, daß kein „Deutscher“, der im RuStAG „Inland“ wohnt, seine Staatsangehörigkeit verliert, wenn er eine fremde Staatsangehörigkeit annimmt. Ein DDR-Bürger bleibt ebenso wie z.B. ein Sowjetbürger deutscher Abstammung in Kaliningrad „deutscher Staatsbürger“. Die „Menschenrechts“kampagne der westlichen Imperialisten erhält von Seiten der Westdeutschen so noch einmal eine ganz besondere Note: Sie liefert, wenn nötig, moralische Gründe für den „Schutz deutscher Staatsbürger“.

Die Bundeswehr ist ausdrücklich auf diese weitgesteckte „Verteidigung“ eingeschworen. Im „feierlichen Gelöbnis“ muß der Wehrpflichtige nachsprechen: „Ich gelobe, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen.“ Nicht einmal also etwa: „... dem deutschen Volk treu zu dienen und die Bundesrepublik Deutschland tapfer zu verteidigen“.

Mit der weiteren Verschärfung des Konfliktes zwischen den beiden Supermächten wird das politische Wirken der Wiedervereinigungsansprüche der westdeutschen Imperialisten zweifellos zunehmen. Der Kampf um einen demokratischen Friedensvertrag mit den Siegermächten des zweiten Weltkrieges

Spitzfindigkeit: Seine Anerkennung nämlich wäre eine Vorentscheidung für einen Friedensvertrag, der die bestehenden Grenzen bestätigt. Die Bourgeoisie will jedoch nicht die bestehenden Grenzen und Staaten, sie will das „Deutsche Reich“ als Ausgangspunkt für Friedensvertragsverhandlungen und als ihr Ergebnis.

Ohne fremde Hilfe hätte die BRD vermutlich längst einen Friedensvertrag mitsamt Gebietsverlusten unterschreiben müssen. Sie wird in ihren Ansprüchen jedoch tatkräftig unterstützt, v.a. durch die USA, in deren Gefolge auch durch Großbritannien und, wenngleich stark widerstrebend, durch Frankreich. Ihre Unterstützung besteht, so widersinnig dies klingen



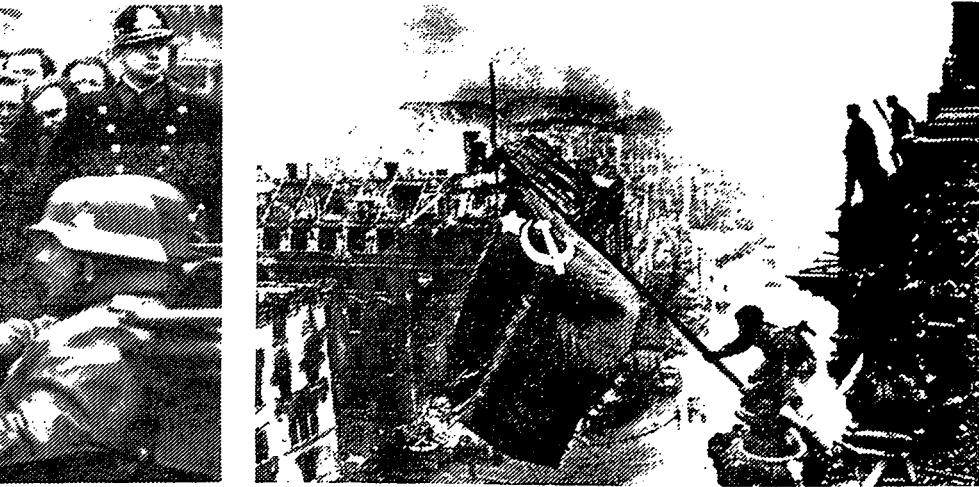
1939: Deutsche Truppen marschieren in Prag ein. 1945, Berlin: Sojwetsoldaten hissen die sowjetische Fahne.

wird zu einer dringlichen Aufgabe der Arbeiterbewegung in der BRD und in Westberlin; schon deshalb, um der Bourgeoisie jeden Vorwand zu nehmen, „das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes“ in der DDR, in Polen oder der Sowjetunion zu „verteidigen“.

Die BRD muß die bestehenden Grenzen und sie muß die DDR anerkennen! Mit den „Ostverträgen“ hat die Bundesregierung dies genau umgangen. Ohnehin hat sie die Verträge unter drei entscheidenden Vorbehalten abgeschlossen: Erstens, daß sie an ihrer „Rechtsauffassung“, den Wiedervereinigungsansprüchen, festhält und daß die Verträge nicht in Widerspruch dazu stehen. Dies haben sowohl die Sowjetunion wie auch die DDR zur Kenntnis genommen. Zweitens, daß die BRD aufgrund des beschränkten Wirkungsbereiches des Grundgesetzes zwar sich selbst, nicht aber „Deutschland“ binden könnte, daß die Fragen „deutscher“ Grenzen deshalb nur durch eine zukünftige Regierung „Deutschlands“ geklärt werden könnten. Drittens, daß die BRD „in bezug ... auf Deutschland als Ganzes“ nicht souverän und damit nicht vertragsfähig sei, die Verantwortung dafür vielmehr bei den „Drei Mächten“ USA, Großbritannien und Frankreich liege.

Was bleibt angesichts dessen überhaupt von den Ostverträgen übrig? Die Achtung der territorialen Integrität und der Unverletzlichkeit der Grenzen einschließlich der Oder-Neiße-Linie und der Grenze zwischen der BRD und der DDR bedeutet nicht die völkerrechtliche Anerkennung der bestehenden Grenzen. Sie bedeutet ausdrücklich nicht einmal den auch nur erklärten Verzicht auf ihre Änderung. „Eine friedliche und einvernehmliche Änderung der Grenzen“, beruhigte der damalige Außenminister Scheel bei der Einbringung der Ostverträge die Opposition, „ist damit natürlich nicht ausgeschlossen.“

Auch der erklärte Verzicht auf Gebietsansprüche bedeutet nicht den tat-



sächlichen Verzicht. Schon zu Zeiten der Großen Koalition bedauerten Kiesinger/Brandt in einer Note an die Sowjetregierung, daß ihre Politik, „die

auf Gewährung des allen Völkern zustehenden Selbstbestimmungsrechts an das deutsche Volk und auf eine friedliche Überwindung der unseligen Tei-

„Roll back“ — Kreuzzug gen Osten

„Ich möchte noch einmal öffentlich betonen, was ich schon früher gesagt habe: Daß wir niemals einen sicheren Frieden oder eine glückliche Welt haben werden, solange der Sowjet-Kommunismus ein Drittel der Menschheit beherrscht ... Deshalb müssen wir immer an die Befreiung dieser versklavten Völker denken. Befreiung bedeutet nicht Befreiungskrieg. Befreiung kann durch Prozesse, die bis an den Rand des Krieges gehen, erreicht werden ... Das alles kann und muß verfolgt werden mit Mitteln, die nicht einen allgemeinen Krieg provozieren oder einen Aufstand, der blutig niedergeschlagen würde.“ Damit läutete US-Außenminister John Foster Dulles 1953 die Offensive („roll back“) gegen das sozialistische Lager ein. Ziel: Zerschlagung der Volksdemokratien in Europa und der VR China, schließlich Vernichtung der Sowjetmacht.

Die benötigten Interventionsvorwände lieferte die Subversionstätigkeit der CIA, von einem Bruder von Dulles geleitet, und der US-Propagandasender. Die Erpressung mit dem US-Atomwaffenarsenal, militärisches Rückgrat des „roll back“, sollte die Staaten des sozialistischen Lagers zwingen, US-Subversion und -Intervention hinzunehmen und die Unterstützung von revolutionären Befreiungskriegen aufzugeben oder atomare Vernichtungsschläge und einen Weltkrieg zu riskieren. „Unsere Politik ... wird sich in erster Linie auf die verstärkte Fähigkeit richten, unverzüglich, und zwar mit den Mit-

teln und an den Orten unserer Wahl, zurückzuschlagen.“ (Dulles)

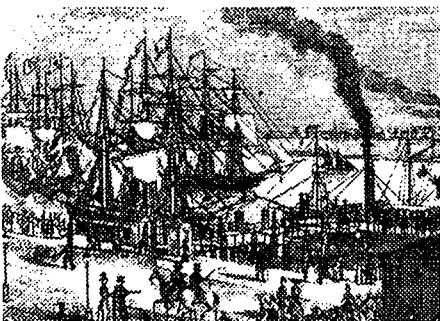
Die monströse Strategie wurde für Europa, Hauptfeld der US-Offensive, modifiziert. Das nahm ihr nichts von ihrer Gefährlichkeit, kam dafür aber umso mehr den aggressiven Wiedervereinigungs- und Hegemonialbestrebungen der westdeutschen Monopolbourgeoisie entgegen. Die NATO gab die „Schwert-Schild-Taktik“. „Schild“ waren starke konventionelle Verbände in Mitteleuropa, ausreichend, um die überlegenen Verbände der SU zu konzentrieren und dem „Schwert“, taktischen US-Atomwaffen preiszugeben; ausreichend, um die vorher durch US-Atomwaffen bombardierten Gebiete im Osten zu besetzen und zu halten.

Dafür war die forcierte Wiederaufrüstung des BRD-Imperialismus unabdingbar. NATO-Oberbefehlshaber Norstad 1956: „Die Vorwärtsstrategie hat den deutschen Beitrag zur Voraussetzung.“ Das deckte sich nahtlos mit den Plänen der BRD-Imperialisten, die in der „Wiederaufrüstung die Vorbereitung einer Neuordnung in Osteuropa“ (Adenauer) sahen und die Chance ergriffen, Großbritannien und Frankreich den Führungsanspruch in Europa streitig zu machen.

Die „roll back“-Strategie scheiterte. Am Kampf der Völker, die ihre Souveränität verteidigten und sich – wie die VR China – nicht erpressen ließen. Aber auch am Farbwechsel der SU zu einer sozialimperialistischen Macht. Gescheitert war damit auch Adenauers „Neuordnung in Osteuropa“ durch „Vorwärtsverteidigung“. Zehn Jahre später entwickelten die BRD-Imperialisten die „neue Ostpolitik“.

„Europastrategien des deutschen Kapitals 1900 — 1945“¹

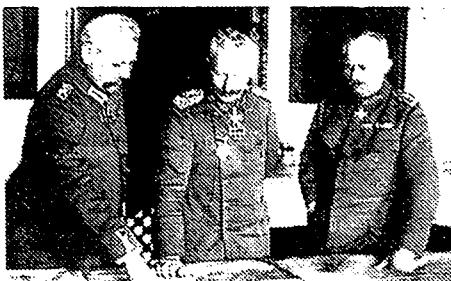
Friedrich List (Betreiber des deutschen Zollvereins) 1841: „Würde dagegen Deutschland mit den dazu gehörigen Seegestaden, mit Holland, Belgien und der Schweiz, sich als kräftige kommerzielle und politische Einheit konstituieren, würde dieser mächtige Nationalkörper mit den bestehenden monarchischen, dynastischen und aristokratischen Interessen die Institutionen des Repräsentationssystems verschmelzen ... , so könnte Deutschland dem europäischen Kontinent den Frieden für lange Zeit verbürgen und zugleich den Mittelpunkt einer dauernden Kontinentalallianz bilden.“



Hamburger Hafen um 1840

Kurt Riezler, 1914: „... gestern lange mit dem Kanzler (Bethmann Hollweg) zusammengesessen, um ihm mein neues Europa, d.h. die europäische Verbrämung unseres Machtwillens, auseinanderzusetzen. Das mitteleuropäische Reich deutscher Nation. Das bei Aktiengesellschaften übliche Schachtelsystem, das deutsche Reich eine AG mit preu-

ßischer Aktienmajorität ... um das deutsche Reich herum ein Staatenbund, in dem das Reich ebenso die Majorität hat wie Preußen im Reich.“



Reichskanzler Bethmann Hollweg, links im Bild

Hans Kehrl, aus einem Vortrag vor der Industrie- und Handelskammer der Niederlausitz über „Großraumwirtschaft“ 1940: „Großraumwirtschaft! Hier müssen wir zwischen zwei verschiedenen Großräumen unterscheiden: zwischen dem deutschen Großraum und dem europäischen Großraum ... Wie groß der europäische Großraum tatsächlich sein wird, lässt sich jetzt noch nicht sicher übersehen“

Carl Goerdeler (für Regierungsposten vorgesehen, falls das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1945 geglückt wäre) aus seiner Denkschrift „Das Ziel“ 1941: „Der Wirtschaftsraum Europa kann mit Aussicht auf langdauernden Bestand nur durch organisatorische Zusammenfassung selbständiger Nationalstaaten und nicht durch Zusammenraffen erreicht werden ... die zentrale Lage, die zahlenmäßige Stärke und die hochgespannte Leistungsfähigkeit verbürgen dem deutschen Volk die Führung des europäischen Blocks.“ Goerdeler 1943: „Als deutsche Grenzen kommen in Betracht: Im Osten etwa die Reichsgrenze 1914“, im Süden die Grenzen des Münchener Abkommens von 1938, einschließlich Österreich und Südtirol.“



Kapitulation der 6. deutschen Armee bei Stalingrad am 31.1.43



... Allein diese Tendenz zeigt schon, daß dieser Großraum nicht nur eine Notwendigkeit für uns, sondern auch für die benachbarten Völker ist, ob sie nun Belgien, Holland, Dänemark, Norwegen, Finnland, Slowakei, Ungarn oder Rumänien heißen.“

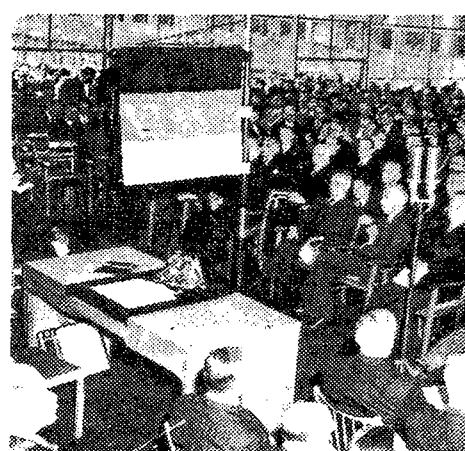
lung der deutschen Nation gerichtet ist, als ‚Territorialansprüche‘ oder als ‚Revanchismus‘ mißdeutet wird.“

Was bleibt, ist der Gewaltverzicht“. Siehe oben. Unter dem Entspannungsglanz verbergen sich ohne jeden Abstrich die alten Ansprüche.

Westberlin muß den Status einer freien und unabhängigen Stadt bekommen! Diese Forderung muß gegen die BRD gerichtet werden, die sich qua Art. 23 GG „Groß-Berlin“ als ihren Vorposten einverleibt hat, und gegen die „Drei Mächte“, die sich ihre Verantwortung mit dem „Deutschlandvertrag“ vorbehalten und mit ihren Besatzungstruppen ausüben.

Die vollen Souveränitätsrechte beider deutscher Staaten und Westberlins müssen ebenfalls durch den Friedensvertrag garantiert werden! Für die BRD und Westberlin heißt das v.a.,

daß der „Deutschlandvertrag“ vom Tisch muß. Weder wird sich die BRD dann weiter auf die „Verantwortung“ ihrer imperialistischen Verbündeten



Unterzeichnung des Grundgesetzes

berufen können, wenn sie ihre Expansionsziele verfolgt, noch gibt es für die „Drei Mächte“ irgendeinen Vorwand, ihre Truppen in Westdeutschland zu stationieren.

Verschiedene Kräfte machen sich seit längerem oder auch seit kürzerem Sorgen über die eingeschränkte Souveränität der BRD. Sie sollten bedenken, daß für die Bourgeoisie die volle Souveränität mit der „Wiedervereinigung“ aufs engste verknüpft ist. Ihre Souveränitätsbestrebungen bedrohen die Völker des östlichen Europa und bestimmen die westdeutschen Volksmassen zum Kanonenfutter für die Expansion.

Quellenangabe: Claus Arndt, Die Verträge von Moskau und Warschau, Bonn-Bad Godesberg 1973; Die Auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland; Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland; Potsdamer Abkommen, Ausgewählte Dokumente zur Deutschlandfrage, Berlin (Ost) 1970; Verträge der BRD mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, mit der Volksrepublik Polen, mit der Deutschen Demokratischen Republik.

Ausbildungsabkommen der NGG

Zwischen dem Kapitalistenverband der Ernährungsindustrie und der NGG in Baden-Württemberg wurde ein neues Ausbildungsabkommen vereinbart. Dieses Abkommen schreibt zwingend die Weiterbeschäftigung für einen Monat vor, wenn der Auszubildende dies innerhalb der letzten drei Monate der Ausbildung verlangt. Mit dieser Regelung ist eine wichtige Voraussetzung erfüllt: Der Jugendliche hat im Falle einer Arbeitslosigkeit Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung, und zwar auf der Basis seines Arbeitseinkommens in diesem letzten Monat. Das Abkommen ist bis zum 31.12.1984 gültig.

BfA: Kampagne für Bayerns Gastronomie

Nachdem Ehrenberg eine Auflockerung des Anwerbestopps für Arbeiter aus Nicht-EG-Ländern abgelehnt hat, ist von der Bundesanstalt für Arbeit in den letzten Wochen bundesweit eine Kampagne „Saisonarbeiter für die oberbayerische Gastronomie“ durchgeführt worden. In „Gruppengesprächen“ bei allen Arbeitsämtern sollten Arbeitslose mobil gemacht werden. Die Lohn- und

Landshut, 11.4.81. Mehr als 500 nahmen an der Gegendemonstration des DGB gegen den Landeskongress der Jungen Nationaldemokraten teil. Das Motto: „Für den Ausbau der Demokratie – gegen Faschismus und Terror!“ IGM-Sprecher Horst Matthes: Ein Verbot von Naziorganisationen allein reicht nicht. Widerstand gegen Nacht- und Nebelaktionen wie in Nürnberg, gegen Betriebsräteüberwachung, gegen Nachrüstung ist nötig. Neben Verbotsforderungen wurden schon Transparente zur Vorbereitung des Antikriegstages am 1.9. getragen.



Gehaltstarife im bayerischen Hotel- und Gaststättengewerbe liegen derzeit bei 960 DM Bruttolohn für Hilfskräfte im Service, für Zimmermädchen und angelernte Kellner bei 1030 DM. Die Bundesanstalt für Arbeit meldet, knapp 1000 Hilfskräfte und 140 Facharbeiter hätten sich aufgrund der Kampagne gemeldet. Wieviel davon allerdings für Arbeit zu solchen Tarifen verpflichtet werden konnten, ist noch nicht heraus. Für die nach Ostern aus Berchtesgaden ausgewiesenen 400 jugoslawischen und türkischen Arbeiter hat die Bundesanstalt in Liverpool 200 Arbeitslose an-

werben müssen. Der Hotel- und Gaststättengewerbe zeigt sich skeptisch über den Erfolg der Kampagne und fordert weiterhin die Einführung eines Saisonarbeiterstatuts für Arbeiter aus Nicht-EG-Ländern, was die Beseitigung tariflicher Regelungen erleichtern würde.

Große Streiks in Portugal

Am 9.4.81 begann eine Reihe von Streiks in den öffentlichen Diensten Portugals. Die größte Organisation der Transportarbeiter führte einen zweitägigen Streik durch, die anderen riefen zu einem viertägigen Streik auf, nachdem ihre Forderung nach einer Lohnerhöhung von 24% abgelehnt worden war. Um die streikenden Transportarbeiter zu unterstützen, führten die Beschäftigten der Straßen- und Untergrundbahnen und anderer Verkehrsbetriebe vierstündige Streiks durch, von denen rund 5,5 Mio. Fahrgäste betroffen waren. In der vorigen Woche begannen die Beschäftigten der Behörden einen dreitägigen Streik. Die Regierung ist entschlossen, nicht mehr als 16% Lohnerhöhung zu zahlen. Das ist die Höhe der Inflationsrate 1980. Dieses Jahr beträgt die Inflation bereits 25%. Die Löhne im öffentlichen Dienst Portugals sind niedrig und drohen durch die geplante EG-Harmonisierung niedrig zu bleiben.



Sowohl die Gewerkschaft ÖTV wie die DAG haben das Scheitern der Manteltarifverhandlungen für das Bodenpersonal und der Lohntarifverhandlungen für alle Beschäftigten erklärt. Am 23.4. wird über die Anrufung eines Schlichters verhandelt. Zwar hatte die Lufthansa ihr Angebot für die Erhöhung der Löhne und Gehälter von 4,78% für die niedrigen Lohngruppen bis zu 3,6% für die höchstbezahlten Gruppen erhöht. Sie war jedoch nicht zur Erfüllung der Forderungen der ÖTV nach Arbeitszeitverkürzung für Schichtarbeiter und für ältere Arbeiter und Angestellte bereit. Die ÖTV fordert außerdem sechs Wochen Urlaub für alle Beschäftigten. Warnstreiks wurden zwischen dem 6. und 10.4. von der ÖTV in München, Nürnberg, Hamburg, Stuttgart, Köln und in der Lufthansa-Basis Frankfurt durchgeführt.

Niedersachsen vorliegende 2. Novelle des Niedersächsischen Hochschulgesetzes vor, mit der das Niedersächsische Personalvertretungsgesetz (PersVG) geändert werden soll. 6000 sind davon betroffen. Grund der Änderung: Verschiedene Gerichte hatten der Auffassung der Landesregierung, daß wissenschaftliche oder künstlerische Mitarbeiter nicht der Mitbestimmung des Personalrats nach § 78 PersVG unterliegen, auf Klagen von Personalräten hin widersprochen. Da diese abhängig wissenschaftlich tätig sind, muß das Mitbestimmungsrecht als Korrektiv dazu bestehen. ÖTV Niedersachsen, GEW-Landesverband und Personalräte haben in einer Eingabe an den Landtag die neue Regelung abgelehnt.

Aktion gegen Teilzeitarbeit

In Freiburg hat die Frauengruppe der IG Druck und Papier auf ihrer letzten Sitzung beschlossen, einen Fragebogen zur Teilzeitarbeit der Frauen in der Druckindustrie zu machen. Im Fragebogen wird nach den Gründen der Teilzeitarbeit, der Kinderversorgung, der Intensivierung der Arbeit, den rechtlichen Einbußen im Betrieb gefragt. Auf der nächsten Landesfrauensitzung am 23. Mai werden dann die anderen Bezirke aufgefordert, diese Aktion zu unterstützen, um einen Schritt in Richtung des Verbotes der Teilzeitarbeit zu erwirken beziehungsweise um die Gründe der Frauen, die in Teilzeitarbeit stehen, zu erforschen. Auf diesem Treffen wird außerdem die Wahl der Vorsitzenden des Landesfrauenausschusses stattfinden.

Personalvertretungsrechte eingeschränkt

Keine Mitbestimmung für Personalräte bei Einstellungen, Zeitvertragsverlängerungen usw. von wissenschaftlichen oder künstlerischen Mitarbeitern sieht die dem Landtag

Kassiererinnen

Bayerischer Arbeitsminister plädiert für Erhalt der Umpackkassen

Vor knapp drei Wochen hat der bayerische Arbeits- und Sozialminister Pirkl die im Auftrag seines Ministeriums erstellte Studie „Ergonomie an der Kasse – aber wie?“ den zuständigen Tarifparteien sowie allen bayerischen Groß- und Einzelhandelsbetrieben geschickt. „An die Stelle gesetzlicher Reglementierung“ soll die Broschüre „Information und Beratung setzen“. Ihr besonderes „Verdienst“ liegt darin, der übelsten Form der Kassen, der Umpackkasse, zu neuen Ehren zu verhelfen. Umpackkassen sind jene Kassen, bei denen die Kassiererin die Ware von Wagen zu Wagen heben muß. Die Gewerkschaft HBV hat berechnet, daß dabei pro Tag bis zu 4 Tonnen gehoben werden müssen, die schädlichen Auswirkungen auf Arm-

Rotation zwischen Laden- und Kassierertätigkeit, ist Zweck der Pirklstudie.

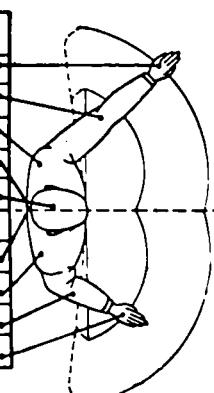
Zunächst soll mit einem Beispiel aus der Mechanik die „leichte Arbeit“ der Kassiererinnen bewiesen werden: Das Heben eines Gewichts zwischen 1 und 5 kg Ware innerhalb 5 Sekunden um 10 cm kostet eine physische Leistung von 1 Watt. „Dies ist auch für Einarmarbeit noch keine besonders hohe Leistungsanforderung“ (S.24/25). Aber auch dann sei die Arbeit einer Kassiererin an der Umpackkasse „schwerlich als „schwer“ zu betrachten“, wenn sie 500 kg Ware 25 cm hoch (= Wagenhöhe) innerhalb einer halben Stunde bewegen müßte. Diese Arbeit könne sogar nach dem Mutterschutzgesetz von schwangeren Frauen ausgeübt werden. (Anm. S. 25/26)

DIREKT ERLEBTE BESCHWERDEN IN DIVERSEN KÖRPERREGIONEN NACH DER ARBEIT

Mittelwerte (\bar{x}) aus Angaben von 20 Kassiererinnen (100%) nach einer 5-stufigen Skala spürbarer Beschwerden

0	1	2	3	4
keine	etwas	ziemlich	stark	sehr stark

	Vpn (%)	\bar{x}	0	2	4
HAND LINKS	25	2.60		██████████	
ARM LINKS	65	1.77		██████████	
SCHULTER LINKS	70	2.14		██████████	
NACKENBEREICH	65	2.15		██████████	
KOPF	30	2.33		██████████	
ALLGEMEINBEFINDEN	30	1.83		██████████	
RÜCKENBEREICH	70	2.29		██████████	
SCHULTER RECHTS	30	2.16		██████████	
ARM RECHTS	15	1.63		██████████	
HAND RECHTS	40	1.12		██████████	



Arbeitsbelastung von 20 Kassiererinnen an Umpackkassen (Pirkl-Broschüre)

und Schulterbereich besonders hoch sind. Sie fordert daher das gesetzliche Verbot der Umpackkassen, zuletzt auf dem Gewerkschaftstag 1980, verbunden mit der Forderung nach Anerkennung von Berufskrankheiten sowie nach 15-minütigen bezahlten Pausen pro Stunde Kassenarbeit. Bereits 1978 mußte das Ehrenbergministerium in einer ähnlichen Untersuchung die Begründung dieser Forderung anerkennen und ein Verbot der Umpackkassen empfehlen.

Die Umpackkassen selbst sind heute noch vor allem in SB-Ladenketten üblich. Dem Handelskapital die teure Umrüstung der Kassensysteme zu ersparen und die Arbeit der Kassiererinnen scheinbar zu erleichtern durch Job

Sodann versucht die Studie, die These von der leichten Arbeit mithilfe von Versuchspersonen zu erhärten. Die Arbeit von 20 Kassiererinnen wird dazu während drei Tagen untersucht, Herzfrequenz und Muskeltätigkeit des linken Oberarms gemessen, die Kassiererinnen befragt. Wie aus untenstehender Tabelle hervorgeht, klagten von diesen 20 Kassiererinnen – die Mehrheit von ihnen nur halbtags beschäftigt – 70% über ziemliche Schmerzen im linken Arm, in der Schulter und im Rückenbereich. „Trotz aller subjektiven, mitunter sogar erheblich hohen Beanspruchung und Beeinträchtigung des Wohlbefindens macht die Arbeit jedoch ausnahmslos viel Spaß“ (S.15). Da reichen nach Pirkl ein paar kleinere

Verbesserungen, die Umpackkasse selbst sei nicht abzulehnen. Daß bei dieser Art „Forschung“ – ohne Untersuchung der Arbeitsbelastung für eine Kassiererin an einem Achtstundentag an 5 Tagen die Woche und ohne ärztliche Untersuchung dieser Arbeit nach Jahren – keine schwerwiegenden Belastungen das Ergebnis sind, ist einsichtig. Auf jeden Fall sollte die Arbeit der Kassiererin nicht zu sehr erleichtert werden, heißt es zum Schluß, um der Kassiererin nicht die „bei körperlicher Arbeit sehr leicht erfahrbare Selbstbestätigung und das Gefühl „Arbeit geleistet zu haben“ zu nehmen (S.37).

Hessen

Beschlüsse der GEW-Vertreterversammlung

Vom 1. – 4.4.81 fand die Landesvertreterversammlung der GEW Hessen statt. Etwa 45% aller Lehrer in Hessen sind Mitglied der GEW bei einer Gesamtzahl von 45300 Lehrern. Laut mittelfristiger Finanzplanung sollen 10% dieser Lehrer bis 1985 aus dem Schuldienst „ausscheiden“. In dieser Lage war es für den hessischen Kultusminister Krollmann, SPD, schwierig, sein Grußwort an die LVV mit Beifall zu verkaufen. Vielmehr wurde gleich zu Beginn ein Antrag gestellt, ihn sofort hinauszusperren. Ebenfalls keine Punkte sammeln konnten eigens angereiste Haushaltsexperten der Landtagsparteien, die auf einer öffentlichen Veranstaltung zur Einschwörung der Delegierten auf die Haushaltspolitik der Landesregierung vom GEW-Bundesvorsitzenden Frister auf der Grundlage eines Mandats der Bundes-VV gesagt bekamen, sofern ihnen Geld fehle, sollten sie es sich über die höhere Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften holen.

Die Landes-VV beschloß in einer mehrere zum gleichen Thema gestellte Anträge zusammenfassenden – Grundsatzvorlage: „Seit dem Herbst 1978 sind die Forderung und der Kampf für Arbeitszeitverkürzung ganz in den Mittelpunkt ... getreten. Vorausgegangene Höhepunkte der Auseinandersetzung mit dem staatlichen Arbeitgeber waren die Arbeitsniederlegung von 15000 Lehrern am 13.11.79 sowie die Vereinheitlichung aller GEW-Landesverbände auf ein umfassendes Forderungspaket und das weitere Vorgehen durch den Beschuß des Gewerkschaftstages in Mainz. Die GEW Hessen begrüßt und begrüßt den einstimmigen Beschuß des Gewerkschaftstages zur Arbeitszeitverkürzung ... Andererseits hat die Gewerkschaft

nach dem 13.11.79 zu lange auf den Erfolg von Verhandlungen gebaut und die Abwehr von Disziplinierungsversuchen gegenüber den materiellen Zielen unseres Kampfes verselbständigt.“

Festgehalten wurde ausdrücklich die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung und gegen Stellenstreichung „mit dem Ziel der Durchsetzung eines Nachtragshaushaltes“. An unmittelbaren Maßnahmen wurde beschlossen: Vorgehen gegen jede Mehrarbeit und Mehrbelastung, keine Zustimmung der Personalräte zu Teilzeitarbeit zu Lasten der Kollegen, Zustimmung zu Versetzungen und Abordnungen durch alle Personalräte nur, „wenn dies nach den Kriterien der GEW unvermeidlich ist“, Kampf gegen Spaltung und Disziplinierung der Kollegien, Abstimmung mit anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes „insbesondere zur Durchsetzung des einheitlichen Personalrechts“. „Ein erfolgreicher Kampf für Arbeitszeitverkürzung muß zur Schaffung von mehr Planstellen führen. Keinesfalls wird die GEW Rationalisierungsmaßnahmen im Schulbereich (z.B. durch die Kürzung der Stundentafeln) zustimmen“. „Die gewollte Arbeitslosigkeit ist ein Problem aller Lehrer, Eltern und Schüler ... Im Bereich jedes Kreisverbandes organisiert die GEW eine zentrale Aktion von Lehrern, Eltern und Schülern gegen Entlassungen, Unterrichtsausfall, Nichteinstellungen und Zwangsversetzung ... darf jedoch nicht übersehen werden, daß dies kein Ersatz gewerkschaftlicher Mittel darstellt“. „Mit allen Maßnahmen im gewerkschaftlichen Kampf bereiten wir uns auf die unvermeidliche Kraftprobe mit dem staatlichen Arbeitgeber vor.“

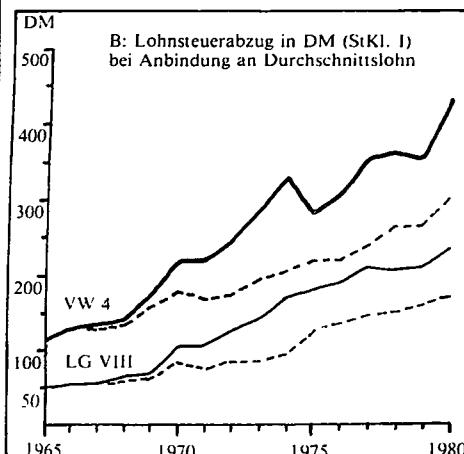
U.a. wurde beschlossen der Abschluß von Dienstvereinbarungen zur Einschränkung von Übergriffsmöglichkeiten der Schulaufsicht, insbesondere im Personalvertretungs- und Prüfungsrecht für Lehrer.



Lohnsteuer

Wirkung der Reformen in der Metallindustrie Niedersachsen

Der Arbeitskreis Steuerschätzung beim Bundesfinanzminister beziffert die Einnahmen aus der Lohnsteuer für 1981 mit 113,1 Mrd. DM, 1979 betrugen sie noch 97,1 und 1977 noch 90,8 Mrd. DM. Trotz inzwischen drei Reformen an der Steuerformel seit 1977 sind 22,3 Mrd. DM mehr an Lohngeldern ins Steuersäckel geflossen. Waren alle drei Reformen von den einzelnen Änderungen in der Steuerformel her auch noch so unterschiedlich, so ist ihnen doch gemein, daß sich die Bundesregierung mit ihnen an der grundsätzlichen Kritik gerade von Seiten der Gewerkschaften vorbeimogeln wollte. Dem drastischen Anziehen der Steuerschraube bei jeder Lohnerhöhung

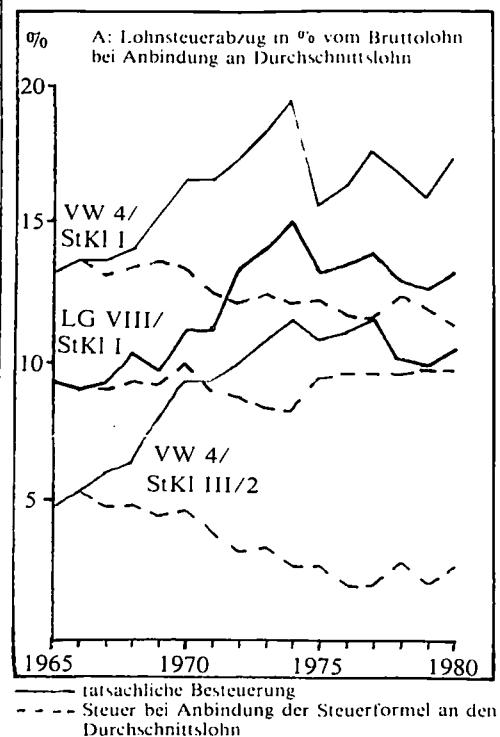


durch die Progression, und sei die Lohnerhöhung auch noch nicht einmal ausreichend zum Ausgleich der Inflation.

In den beiden Schaubildern ist dargestellt, wie sich der Lohnsteuerabzug von 1965 bis 1980 entwickelt hat in bezug auf den Facharbeiterlohn Metallindustrie Niedersachsen (bis 31.12.74 LG VIII, ab 1.1.75 LG VII) und die Akkordlohngruppe 4 VW Haustarif (jetzt Lohnniveau E). Berechnet wurde sowohl der tatsächliche Lohnsteuerabzug in absoluten Beträgen, wie die prozentuale Besteuerung des jeweiligen Bruttomonatslohns. Zugrundegelegt wurden ausschließlich die tariflichen Stundenlöhne. Die immer rascher ansteigende Steuerbelastung des inflationär aufgeblähten Lohnes ist offensichtlich und der eigentliche Kern der Lohnsteuergesetzgebung.

Die Einschnitte bei den Jahren 1975, 1978 und 1979 deuten die jeweiligen Steuerreformen mit ihrer Wirkung auf den betreffenden Lohn an. Bei Steuerklasse III/2 Kinder sind 1975 die Kin-

derfreibeträge durch das Kindergeld ersetzt worden, einschließlich einiger



Korrekturen an den einzelnen Bestandteilen der Steuerformel. Das Kindergeld ist bei der Berechnung nicht berücksichtigt worden. Zum Vergleich: Bei Anrechnung des Kindergeldes ergäbe sich für 1975 eine prozentuale Besteuerung von 5,2 % für VW 4 StKl. III/2. Eine auf längere Dauer angelegte Dämpfung der inflationsbedingten Progression ist bei keiner der Reformen herausgekommen, und darauf war wohl auch keine von ihnen angelegt. Während der Tariflohn in Lohngruppe VIII von 1965 – 1980 auf das 3,25fache gestiegen ist, betrug die Lohnsteuer Kl. I immerhin schon mehr als das 4,5fache. Gerade auch die niedrigen Löhne wurden immer mehr vom Sog der Progression erfaßt.

Dieser tatsächlichen Entwicklung ist gegenübergestellt die Entwicklung des Steuerabzugs, wie sie verlaufen wäre, wenn z.B. die Steuerformel von 1965 mit all ihren Bestandteilen, Freibeträgen, Einkommensgrenzen etc., jährlich um die Entwicklung des Durchschnittslohns aller Sozialversicherungspflichtigen, auch in anderen staatlichen Bereichen eine durchaus gebräuchliche Maßzahl, fortgeschrieben worden wäre. Zwar steigt dann die nominale Höhe des Lohnsteuerabzugs auch weiterhin an, aber prozentual auf

den Bruttolohn bezogen nur noch, wenn die Erhöhung des einzelnen Lohnes höher ist als die des Durchschnittslohns. Umgekehrt: Ist die Erhöhung niedriger, sinkt der Steuerabzug prozentual. Die auffallend unterschiedliche Entwicklung der Steueranbindung bei der VW Lohngruppe und dem Metall-Ecklöhner in Steuerklasse I hat demnach ihren Ursprung in den verschiedenen Verhältnissen, in denen die einzelnen Monatslöhne sich jeweils zum Durchschnittslohn bzw. zu dessen Entwicklung befanden. 1965 lag der VW-Lohn noch bei 114% des Durchschnittslohns, 1979 nur noch bei 96%. Selbst die Lohndifferenzierung mit einer zusätzlichen Lohnerhöhung konnte dies Verhältnis nicht über 98% anheben. Die Ecklohngruppe Metallindustrie konnte das Verhältnis jedoch von 70% im Jahre 1965 auf immerhin 71% im Jahre 1980 verbessern, trotz sogar zweier Lohnpausen 1967 und 1971.

Wenn man in Bezug auf Steuern überhaupt von Gerechtigkeit reden kann, dann wäre eine Kopplung der Steuerformel an die Entwicklung des Durchschnittslohnes allemal das Ge- rechteste.

„Nachrüstungs“-Beschluß: SPD-„Dialog“ mit Friedensbewegung

Was SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz seiner Partei jüngst als Aufgabe stellte – „Dialog mit der Friedensbewegung“ – konnte man in Wiesloch (Rhein-Neckar-Kreis) erleben. SPD-„Linker“ und MdB des Kreises, Weisskirchen, hatte zu einer Podiumsdiskussion „Rüsten ohne Ende?“ eingeladen.

400 Menschen kamen. Sie spendeten jedem Votum gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen heftigen Beifall und machten die Veranstaltung insgesamt zu einer Kundgebung gegen die „Nach“-Rüstungspläne. Dies war jedoch nur die eine Seite des Ereignisses.

Die andere war der vielfältige Versuch des Veranstalters, die Friedensbewegung so oder so auf die Seite des Kanzlers zu ziehen oder sie wenigstens kalt zu stellen und sie an ihrer Weiterentwicklung zu hindern. Die Besetzung des Podiums war sorgsam ausgewählt: Generalmajor a.D. Bastian, Prof. Dr. theol. Brakelmann, der „hessische Friedensforscher“ Thiedke und Erhard Eppler.

Während Bastian sich auf die Darlegung seines bekannten Standpunktes beschränkte, legte der Friedensforscher ein Bekenntnis zur NATO ab:

Gefolgschaftsverweigerung in dem einen strittigen Punkt, aber keinesfalls „Abkoppelung von den USA“.

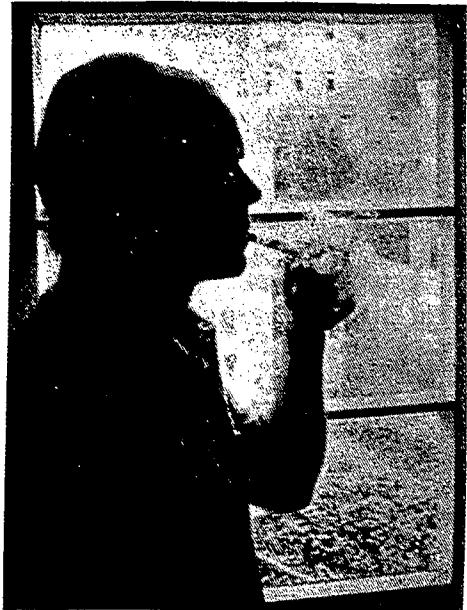
Der Theologe kokettierte damit, im Gegensatz zu den Politikern mehr Fragen als Antworten zu haben und warnte die Bewegung vor unchristlichem Vertrauen auf die eigene Kraft: „Die Entscheidung fällt im Parlament oder gar nicht!“

Und dann Eppler: Brüstet sich seiner „Außenseiterrolle“ im SPD-Präsidium, um dann ein Wort des Kanzlers aufzugreifen: „Weder tot noch unter Fremdherrschaft – da hat der Bundeskanzler ganz recht!“ Nach einigen Klagen über die neue US-Regierung kommt Eppler zum Kern: „Die UdSSR hat echtes Interesse an Abrüstungsverhandlungen, mehr als die USA.“ Wenn deshalb die USA das von Schmidt aus Moskau mitgebrachte Verhandlungsangebot nicht ernsthaft nutzten, dann müsse der nächste SPD-Parteitag in einem Jahr dem US-Präsidenten die Stationierung von Mittelstreckenraketen in der BRD verweigern. – Lachen und Aufstöhnen im Saal. – Weisskirchen setzt nach: „Wir müssen Ansatzpunkte finden, um die USA zu Verhandlungen zu zwingen. Es ist bitter aber wahr: Der Doppelbeschluß ist solch ein Ansatzpunkt.“

Starken Beifall erhielt in der Debatte ein Redner, der das Warten auf SPD-Parteitage entschieden ablehnte. Auf Interesse stießen der Angriff auf das Vorneverteidigungs-Konzept sowie die Forderungen nach Friedensvertrag und Austritt aus der NATO. Mißgestimmt über die große Versammlung und über Epplers wenig überzeugendes Auftreten zitiert die Rhein-Neckar-Zeitung dessen Ruf in den Saal: „Ja wenn ihr mir das nicht einmal glaubt, das fände ich schlimm!“

Arztkündigung Bevölkerung unterstützt LKH-Patienten

Am psychiatrischen Landeskrankenhaus Schleswig ist dem Vorstandsmitglied der „Deutschen Gesellschaft für soziale Psychiatrie (DGSP)“ Klaus Pramann vom Sozialministerium Kiel die Kündigung ausgesprochen worden. Die Begründung: Störung des Betriebsfriedens. Der Arzt hatte gemeinsam mit Kollegen vom Sozialministerium und der Anstaltsleitung die Beseitigung des unverantwortlichen Personalmangels im LKH gefordert. Pramann, der sich stets für die Belange der Patienten eingesetzt hat, war der Initiator der im August 1980 erstmals erschienenen Patientenzeitung „Der Ausblick“. „Der Ausblick, Zeitung entmündigter aber nicht mundtoter Patienten“ hat die



Mißstände im LKH öffentlich bekannt gemacht. Die Zeitung fand großes Interesse bei der Bevölkerung. Die Anstaltsleitung heuchelte nach außen hin „Begeisterung“ über den „Ausblick“, ließ aber mit formaljuristischen Mitteln die Zeitung verbieten und setzte die Herausgeber unter Druck. Trotz Unterstützung von außen ist das Erscheinen der 4. Ausgabe nicht gesichert. Gegen die Kündigung und das Verbot des „Ausblicks“ hat sich in Schleswig die „Initiative für eine menschenwürdige Psychiatrie“ gebildet. Es sind 2000 Unterschriften gesammelt worden, und an der Gründungsveranstaltung nahmen 126 Personen teil. Trotz des Druckes der Bevölkerung erhielt das Sozialministerium die Kündigung aufrecht. Pramanns Klage gegen die Kündigung wurde vom Arbeitsgericht in Flensburg abgelehnt. Der Arzt will Berufung einlegen.

Bei dem Prozeß waren über 100 Gegner der Kündigung anwesend, u.a. Patienten und Kollegen vom LKH, Angehörige, Mitglieder der DGSP, von Initiativen und Patienten-Selbsthilfe-Organisationen. Die Schleswiger Initiative hat begonnen, Kontakt zu Mitarbeitern und Patienten des LKH herzustellen, um die Anstaltsunterdrückung in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Es wurde ein Beschwerde-Telefon zur Unterstützung der Patienten und ihrer Angehörigen eingerichtet. Da die LKH-Kollegen durch Schweigepflicht und öffentliches Dienstrecht gefesselt sind, soll so die Möglichkeit des Eingreifens geschaffen werden. Die Initiative orientiert sich in ihrer Arbeit an den Forderungen der DGSP, die für eine Auflösung der psychiatrischen Großkrankenhäuser eintritt und eine gemeindenähe, teilweise ambulante Versorgung der geistig und psychisch Kranken fordert. Diese Forderungen stützen sich auf Untersuchungen aus den LKHS der gesamten Bundesrepublik.

Die Lebensfähigkeit Westberlins als Stützpunkt ist den BRD-Imperialisten teuer

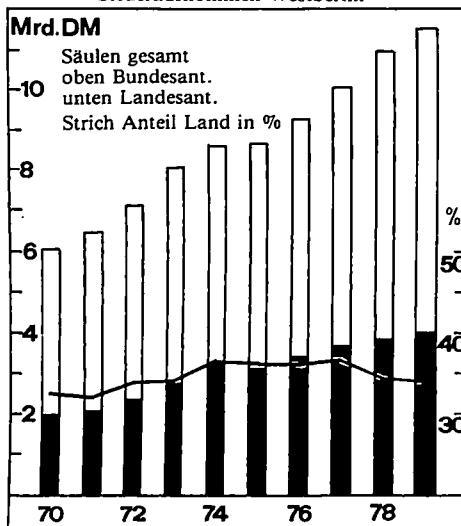
Das Volumen des Westberliner Haushalts hat sich in den vergangenen zehn Jahren mit 245% weit mehr als verdoppelt. Die Einnahmen setzen sich im wesentlichen zusammen aus Steuern, Gebühren, Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit, Gewinnzuweisung der Eigenbetriebe, Schuldenaufnahme und dem Bundeszuschuß, mit 266% in den letzten Jahren am stärksten gestiegen, gefolgt von den Steuern mit 193% und der Kreditaufnahme mit 173%. Bei den Steuern allerdings sind die Steuern auf Kapitalertrag und Vermögen relativ gesunken, während die Lohnsteuer gegenüber 1970 auf 279%, also fast das Dreifache gestiegen ist. Der Teil der Staatsausgaben, der durch Steuern finanziert wird, liegt einschließlich der Subventionen zur Förderung der Kapitalverwertung mit 45% noch weit unter denen vergleichbarer Stadtstaaten wie Bremen (61,2%) und Hamburg (70,7%). Ursache dafür sind der aufgeblähte Verwaltungsapparat und die weit unter dem Durchschnitt liegenden Ausgaben für Sozialhilfe und innere Sicherheit.

Den bedeutendsten Teil der Staats- einnahmen in Westberlin machen der Bundeszuschuß zum Haushalt des Landes sowie die Kapital- und Darlehenshilfen des Bundes aus. Der Anteil dieser „Hilfen“ am Haushalt Westberlins ist in den letzten zehn Jahren von 46,7 auf 55,9% gestiegen, mit einem Maximum von 56,8% im Jahre 1978. Welche Bedeutung dieser Zuschuß für den Etat hat, hat zuletzt die Streichung von 4,5% des Bundeszuschusses für konsumtive Zwecke für das Jahr 1981 im Rahmen der „Sparbeschlüsse“ der Bundesregierung gezeigt. Praktisch der gesamte Haushalt für 1981 ist mit dem Stobbe-Senat zusammengebrochen, und die bereits beschlossenen drastischen Kürzungen bei Personal- und Sachausgaben im ersten Quartal 1981 mit dem ersten Nachtragshaushalt haben die Lage nicht bereinigt. Vielmehr steht jetzt schon fest, daß im Sommer, also nach den Wahlen, ein weiterer Nachtragshaushalt mit weiteren „Einsparungen“ ins Haus steht.

Die Zunahme des Bundeszuschusses, der eine nahezu gleichschnelle Zunahme der vom Bund in Westberlin gehobenen Steuern gegenübersteht, hat zur nahezu vollständigen Abhängigkeit Westberlins von der Bundesregierung geführt. Diese wird noch dadurch ergänzt, daß die Landes- und Gemeinde- steuern, soweit sie die Besteuerung von Vermögen und Kapital betreffen, stetig

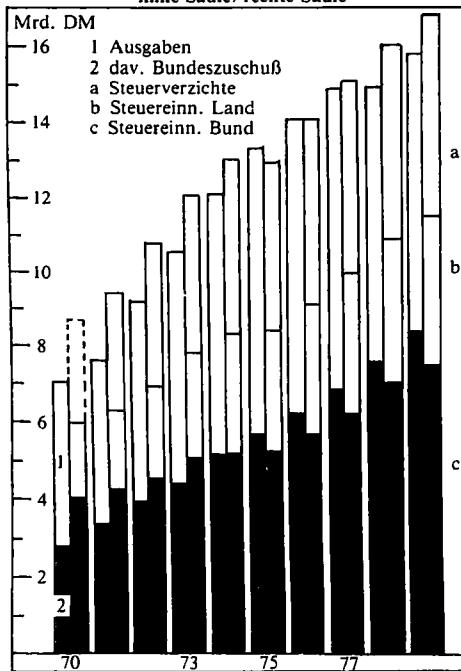
abgebaut werden zugunsten der Steigerung der Gemeinschaftssteuern, die auf Einkommen und Verbrauch gehoben werden und über deren Höhe und Verteilung der Bund per Gesetz befindet.

Steueraufkommen Westberlin



det. So würde eine Veränderung bei der Aufteilung der Gemeinschaftssteuern zuungunsten von Ländern und Gemeinden um 2,5% die gleichen Folgen haben wie die jüngste Kürzung des Bundeszuschusses. Von Finanzhoheit kann in Westberlin also keine Rede

Anteil Ausgaben/Steuern und Steuerverzichte linke Säule/rechte Säule



Das Schaubild stellt die tatsächlichen Ausgaben des Haushalts den Steuereinnahmen plus Steuerverzichten für die Jahre 1970 bis 1979 gegenüber. Die Säulen links stellen die Haushaltshaushalt ausgaben dar, der untere dunkle Teil den

sein. Die „Bindungen Berlins an den Bund“ haben vielmehr bereits die Gestalt völliger Abhängigkeit bis ins Detail der Haushaltsaufstellung angenommen. Nahezu 80% aller Haushaltseinnahmen unterliegen in keiner Weise der Gesetzgebung des Landes Westberlin.

Vom Volumen her reichen die vom bürgerlichen Staat in Westberlin gehobenen Steuern zwar hin, um den Finanzbedarf des Westberliner Staatsapparates zu decken. Tatsächlich aber nehmen die Steuereinnahmen zum einen Teil den direkten Weg in die Kassen der Kapitalisten in der Form von Subventionen und Steuerpräferenzen, zum anderen Teil geraten sie in die Kassen des Westberliner Senates nur über den Umweg durch die Bundeskassen und Bundesgesetz (60%). So betrachtet wäre Westberlin durchaus lebensfähig, auch was den Unterhalt des Staatsapparates angeht. Finanzpolitisch betrachtet verwandelt sich der als Steuer gezogene Teil des Bruttosozialprodukts zum einen in Profit und zum anderen in Geldmittel des Staatsapparates der westdeutschen Monopolbourgeoisie, mit denen diese ihre angemessenen Stützpunktrechte in Westberlin garantiert.

Bundeszuschuß zum Haushalt. Die Säulen rechts von unten nach oben: Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes in Westberlin, dito des Landes und oben die Steuerverzichte. Betrachtet man zunächst die jeweils unteren Säulenabschnitte, so ergibt sich, daß der Bundeszuschuß bis 1974 unter den Steuereinnahmen des Bundes in Westberlin gelegen hat. Ab 1975 übersteigt der Bundeszuschuß die Steuereinnahmen des Bundes in Westberlin, 1979 um ca. 1 Mrd. DM. Nimmt man die Haushaltshaushalt auf der einen und die Steuern plus Steuerverzichte zugunsten der Kapitalisten auf der anderen Seite, erhält man ein realistisches Bild der „Lebensfähigkeit Berlins“. Steuereinnahmen plus Steuerverzichte übersteigen das Volumen des Landshaushalts beträchtlich. Noch nicht einmal berücksichtigt sind hierbei die Gebühren und gebührenähnlichen Einnahmen des Landes, die jeweils ca. 9% der Einnahmen eines Jahres ausmachen. Fest steht in jedem Falle: Der bestehende aufgeblähte Haushalt wäre zu decken, allerdings auf Kosten der Kapitalsubventionen und der Steuerzahlungen an den Bund. Es blieben gar 2 Mrd. DM Rest.

Berlinförderung: Extraprofite

1970 bewilligte sich die westdeutsche Bourgeoisie im Bundestag mit der Neufassung des Berlinförderungsgesetzes (BerlFG) eine gewaltige Quelle von Extraprofiten und sicherte damit ihr Ziel der politischen Eingliederung Westberlins in den Bund ökonomisch ab. Dreier Methoden wird sich im wesentlichen bedient: Subventionierung des Anlage- und Warenkapitalverkehrs, direkte Zuschüsse zum Anlagekapital und Senkung der Lohnkosten für die Kapitalisten durch die relative Entlastung der Löhne bei der Steuer.

In den ersten Paragraphen des BerlFG ist die sog. Umsatzsteuerpräferenz geregelt. Diese besagt, daß für praktisch jede Warenlieferung zwischen der BRD und Westberlin die Umsatzsteuer um zwischen 4,5 und 10% des Warenwertes erlassen wird. Folge ist, daß die so von der Verbrauchssteuer teilbefreiten Waren oder Kapitalanlagen gegenüber den nicht berlingeförderten einen Preisvorteil von eben diesen 4,5 bis 10% haben. Da der Kapitalist auf dem Markt mit den Produkten anderer Kapitalisten zu Bruttopreisen konkurriert, wird er die Waren nicht um den ihm erlassenen Teil der Umsatzsteuer verbilligen, sondern diesen Teil als Extraprofit einstreichen.

Ein weiteres Bein der Berlinförderung sind die erhöhten Abschreibungen und die direkte Investitionszulage. Letztere wird auf jede in Westberlin getätigte Investition ins Anlagevermögen gewährt und beträgt 10 bis 30%. Die erhöhten Abschreibungen bewirken einen schnelleren Umschlag des angelegten Kapitals und eine Anheizung der Spekulation. Kauft ein Kapitalist eine Maschine, die sage 10 Jahre hält, so kann er jährlich 10% des Werts dieser Maschine als Verlust abschreiben, d.h. seinen Gewinn um 10% steuerlich mindern und damit die auf den Gewinn zahlbaren Steuern. Die erhöhten Abschreibungen des BerlFG erlauben nun, dieselbe Maschine in nur drei Jahren zu 75% ihres Wertes abzuschreiben, also pro Jahr mit 25%. Die Maschine funktioniert indessen weiterhin zehn Jahre.

Nach fünf Jahren sind die Vorteile nur noch zu haben, wenn erneut investiert wird, und das ist dann oft anderswo, in „Niedriglohnländern“ noch günstiger.

Stadsanierung Kapitalisten profitieren

Bielefeld. Seit über zehn Jahren betreibt die Stadt Bielefeld die Sanierung des Gebietes „Hauptbahnhof/Nördl. Innenstadt“. Mit 72 ha Grundfläche ist es eines der größten zusammenhängenden Sanierungsgebiete in der BRD und Westberlin. 1968 noch von 3600 Bewohnern bewohnt, gab es daneben 410 Betriebe mit 12700 Beschäftigten in dem Gebiet, darunter einige größere Kapitalisten. Abgesehen von ihnen sowie Bundesbahn, Post und der Stadt selbst besaßen die meisten der 270 Grundbesitzer nur kleinere Grundstücke mit höchstens zwei Häusern. Mittlerweile ist der größte Teil des für die Sanierungsprojekte benötigten Bodens von der Stadt und der als Treuhänderin eingesetzten Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) aufgekauft. 1969 noch ohne Debatte vom Stadtrat beschlossen, 1972 auf Grundlage des neuen Städtebauförderungsgesetzes förmlich festgelegt, hat sich in den letzten Jahren zunehmend Widerstand gegen die Sanierungspläne entwickelt. 5000 Leute demonstrierten am 28.3.

Wesentliche Zielpunkte der Sanierung sind der von der Industrie- und Handelskammer immer wieder verlangte Weiterbau des Ostwestfalen-damms in die Innenstadt, einer vier-spurigen Schnellstraße, sowie die „Neubebauung von Grundstücken nach Durchführung einer Bodenneuordnung“. Verlagerung mehrerer Kapitalisten, die in der Innenstadt in veralteten Fabriken keine Erweiterungs- und Ubaumöglichkeiten mehr hatten, war eine Absicht dieser Bodenneuordnung, des weiteren soll „die Nutzung der Gebiete geändert und intensiviert werden“, verbunden mit einer Ausweitung des innerstädtischen Geschäftsbereichs (Feststellung des Sanierungsgebiets, 1972).

Abgeschlossen ist von dem auf mittlerweile 350 Mio. DM geschätzten Sanierungsprojekt, zu 75% getragen von Bund und Land und zu 25% von der Stadt, nur die Verlagerung mehrerer Betriebe. 74 Mio. DM hat allein die Gildemeister AG für Grundstück und als „Entschädigung“ geschluckt, 62,5 Mio. DM die Kochs Adler AG, beide in neueingemeindete Gebiete an den Stadtrand verlegt. Damit hatten sie nicht nur neue Werke umsonst, sondern konnten in ihren Geschäftsberichten auch noch „sehr hohe betriebsfremde Erträge“ verbuchen.

Es liegt auf der Hand, daß von der Ausweitung des Verkehrsnetzes und der geplanten Ausweitung des Geschäfts- und Gewerbegebiets ebenfalls

die ansässigen Kapitalisten profitieren. Und „Intensivierung der Bodennutzung“ wird vor allem dem grundbesitzenden Kapital zugutekommen. Schon heute werden im Bereich der Kaufhäuser in der Innenstadt Bodenpreise von 5000 DM/qm in der Richtwertkarte des Katasteramtes ausgewiesen. Die Preise im Sanierungsgebiet liegen trotz der Nähe zur Innenstadt dagegen bisher bei 90 DM bis 180 DM, nur am direkten Rand der Geschäftsstraßen bis zu 1800 DM/qm. Ohne Zweifel werden sie mit Abschluß der Sanierung auch im Sanierungsgebiet steigen. Die durch die Neubebauung steigenden Mieten wird das grundbesitzende Kapital kassieren können, denn trotz Vorkaufsrecht werden die alten Grundbesitzer kaum in der Lage sein, ihre Grundstücke zurückzukaufen.

Brokdorf Verhaftung wegen „versuchten Mordes“

Nach der Demonstration in Brokdorf veröffentlichten verschiedene Presseorgane ein Foto, auf dem Demonstranten einen Polizisten mit Knüppel und Schaufel traktieren. Insgesamt 5000 DM Belohnung wurden ausgeschrieben, und unter dem Tatvorwurf „ver-



suchter Mord“ wurde gefahndet. Kurze Zeit darauf wurden ein 19jähriger Schüler aus Averlak und ein Arbeiter aus Bremen in Haft genommen.

Die ganze Aktion seitens des Sonderkommissariats Brokdorf bei der Polizei Itzehoe hatte zum Ziel, im Nachhinein das Polizeiaufgebot vom 28. Februar zu rechtfertigen und einzelne über die Strafverfolgung fertigzumachen, um die Bewegung insgesamt zu treffen. Bald nach der Fahndung wurden die tatsächlichen Umstände des „versuchten Mordes“ bekannt. Der verletzte Polizist Rolf

Schütt, Mitglied eines Sondereinsatzkommandos, war mit seinen „kämpferprobten“ Kollegen vorne an einem Wasserwerfer postiert. Er erklärte seinen Einsatz in den „Elmshorner Nachrichten“ folgendermaßen: „Als die Störer etwa 20 Meter von der Polizeikette entfernt waren, bot sich die Möglichkeit, einige Steinewerfer zu schnappen. ... Auf Kommando drangen wir mit unserem Greifertrupp und den Wasserwerfern vor.“ Schütt ist dann losgesprintet und merkte, daß ihm seine Kollegen nicht folgten. Die Straße war vom Wasserwerfereinsatz sehr rutschig, und Schütt konnte bei der Verfolgung eines Demonstranten, der durch einen breiten Graben flüchtete, nicht mehr abbremsen und stürzte ins eiskalte Wasser. Dort wurde er dann von anderen Demonstranten daran gehindert, die Verfolgung fortzusetzen. Dies nennt die Staatsanwaltschaft jetzt „versuchten Mord“.

Auf dem bundesweiten Koordinierungstreffen der Bürgerinitiativen wurde beschlossen, sich gegen derartige politische Angriffe zu verwahren und die Inhaftierten zu unterstützen. Dort wurde erklärt, daß gerade die Sondereinsatzkommandos der Polizei bei Demonstrationen und Räumung besetzter Häuser besonders rücksichtslos vorgehen. Solche Beamten müßten damit rechnen, daß sich angegriffene Demonstranten wehren, um sich und andere zu schützen. Weiter wurde beschlossen, in Neumünster, wo der Schüler einsitzt, eine Demonstration zum Gefängnis zu machen. An dieser Aktion beteiligten sich 500 Leute.

Studenten Aktionen gegen Mensa- preiserhöhungen

Hamburg. Zu Semesterbeginn hat das Studentenwerk die Essenspreise um 20 bis 50 Pf. erhöht. Der Hamburger Senat hatte „wegen tariflich bedingter Mehrausgaben bei Löhnen und Gehältern“ dem Studentenwerk sog. Verstärkungsmittel in Höhe von 855 000 DM für 1981 gestrichen. Davon sollen durch Mensapreiserhöhungen in diesem Jahr 165 000 DM von den Studenten wieder hereingeholt werden. In einem Brief an die Studenten hatte Hochschulsenator Sinn diese und andere Maßnahmen angekündigt: „Ich bitte Sie aber, sich nicht entmutigen zu lassen, denn es gibt sehr viele Aufgaben in unserem Land und in unserer Gesellschaft, ferner Aufgaben außerhalb unseres Landes, denen wir uns stellen müssen ...“

Mit Beginn der Preiserhöhungen haben die ASten eine Aktion „alte Prei-



se“ organisiert. An den Essenskassen wurden die alten Preise gezahlt. Die ASten hatten Wechselkassen aufgebaut. Das Studentenwerk jammerte über hohe Verluste und machte nach wenigen Tagen die Mensa der Universität dicht. Einen Tag lang haben die Studenten die Mensa besetzt. Auf einer Universitätsvollversammlung wurde beschlossen, die Aktion „alte Preise“ an einzelnen Tagen unangekündigt fortzusetzen, um zu verhindern, daß das Studentenwerk erst gar nicht kocht und die Menschen schließt. Außerdem wird eine Unterschriftensammlung an allen Universitäten durchgeführt. Eine erneute Universitätsvollversammlung Anfang Mai beschließt das weitere Vorgehen.

Das Studentenwerk behauptet, das Essen sei „gut und preiswert“. Tatsache ist, daß die Benutzung der Mensen zurückgeht und die Studenten auf die billigsten Essen ausweichen. Essen 1 (Eintopf) wurde 1974 76861, 1979 146180 mal im Jahr verlangt. In der Mensa der Universität, die 2/3 aller Mensaessen in Hamburg ausgibt, wurden 1976 1385704 Portionen und 1979 1267480 Portionen gegessen – bei enorm gestiegenen Studentenzahlen. Bei der Kapazitätsplanung für die Menschen ging das Studentenwerk davon aus, daß etwa 60% der Studenten während der Vorlesungszeit regelmäßig in der Mensa essen. In der Uni-Mensa, mit einem Einzugsbereich von 22 300 Studenten (1979) aßen 1979 nur 38% der Studenten regelmäßig.

Böse-Prozeß: Plädoyer der Staats- anwaltschaft

Am 15. April fand am Landgericht Freiburg das Plädoyer der Staatsanwaltschaft gegen den Krankenpfleger Böse statt, dem vorgeworfen wird, sieben Patienten zu Tode gespritzt zu haben (s. Pol. Ber. 1/80, 3/80). Die Staatsanwaltschaft fordert 15 Jahre

Freiheitsstrafe (Höchststrafe bei Totschlag), lebenslanges Berufsverbot und Aufrechterhaltung des Haftbefehls bis zur Urteilsverkündung Anfang Mai.

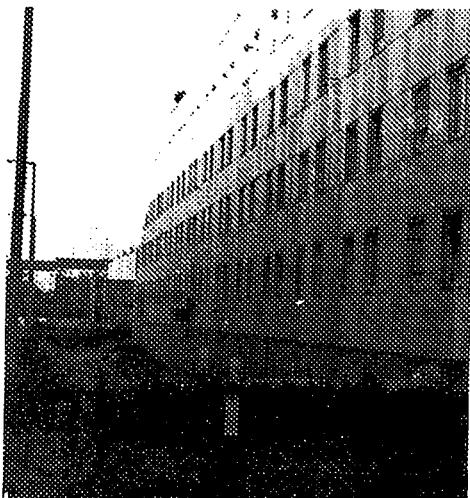
Ziel und Zweck des Plädoyers ist es, die Verhältnisse am Kreiskrankenhaus Rheinfelden – festgelegt durch die gesetzliche „Wirtschaftlichkeit“ und im Laufe des Prozesses mehrfach angegriffen – für allgemein üblich und rechtens zu erklären. Dazu ist Staatsanwalt Moers jedes Mittel recht.

So waren auf der Intensivstation von 12 Planstellen nur 9 besetzt, in einer Schicht arbeiteten höchstens 2 bis 3 Pflegekräfte, durchschnittlich mußte eine Pflegekraft 6 Patienten versorgen. Moers dazu: Der Personalschlüssel einer Intensivstation sei 1:1, und er wurde eingehalten. Immerhin muß er zugeben, daß sich die Pflegekräfte zeitweise an der Grenze der Belastbarkeit befunden haben. Weiter behauptet Moers, es habe sich nur um eine Intensivbeobachtungsstation gehandelt. Wahr ist, daß die Einstufung der Intensivstation als Beobachtungsstation lediglich Kostendämpfung bezweckte. 50% waren dort immer Behandlungspatienten. Zu den Doppelverabreicherungen von Medikamenten, die es bedingt durch Personalmanagel, Arbeitsetze und auch den Umstand gab, daß auf dieser Station kein Stationsarzt war, der Staatsanwalt: „Diese Mängel sind allgemein üblich.“ Und: „Auch sei es übertrieben, daß auf solch einer Station ständig ein Arzt anwesend sein müsse.“ Es gab damals und gibt auch heute keinen Anästhesisten (Narkosearzt) am Krankenhaus. Es dauerte bis zu einer dreiviertel Stunde, bis der Vertragsarzt in Notfällen da war. Dazu Moers: „Um einen Rundumdienst zu gewährleisten, hätte der Landkreis mindestens drei Anästhesisten einstellen müssen, das war dem Landkreis zu teuer.“

Punkt für Punkt wird durch die Staatsanwaltschaft die Kostendämpfung abgesegnet, für die Folgen werden die Beschäftigten verantwortlich gemacht. Gegen den Krankenpfleger Böse kann selbst Moers kein einleuchtendes Motiv finden, außer daß er feststellt: „Böse wollte helfen“. Entlastende Argumente, die durch Zeugenaussagen gestützt werden, wie, daß Herzglycoside auch während der Reanimation gespritzt worden seien, wischt die Staatsanwaltschaft einfach vom Tisch. Stattdessen konstruiert sie eine Kette von Indizien, wie: Böse habe immer Dienst gehabt, er habe auf Medikamentenbestellung gedrängt, er habe in der größten Hektik den Abfalleimer geleert. Solche und ähnliche Beobachtungen hält Moers für ausreichend, um R. Böse wegen Totschlags für 15 Jahre ins Gefängnis zu bringen.

Selbst unwürdige Heimunterbringung für viele Rentner nicht zu bezahlen

„Für mich ist das Wichtigste, warum ich in diesem Heim bin, daß ich mir mein Essen selbst machen kann und selbst einkaufen.“ Die Rentnerin, die das sagt, wohnt in einem Altenwohnheim mit Pflegestation in München. Sie hat ihr ganzes Leben als Haushaltshilfin gearbeitet. Von ihrer Rente (534.- und 72.- Wohngeld, abzüglich der 150.- Miete) muß sie sich Kleidung und Essen kaufen, davon also leben. Bei ihrem Eintritt hatte sie 3000 DM einzuzahlen und erwarb sich damit per Vertrag das Recht, für 150 DM monatlich Miete ein ca. 12 qm großes Zim-



Altenheim in München

mer mit Kochcke zu bewohnen. Sie wollte nicht in ein Wohnheim ziehen, wo 4 – 5 Menschen auf einem Zimmer liegen und es ständig Reibereien gibt. Die Heimbewohner helfen sich gegenseitig, so gut sie können. Da sie bei Eintritt in das Wohnheim nur 1000 DM Ersparnes hatte, stotterte sie die restlichen 2000 DM ab, indem sie in der Küche des Heimes half und dafür umsonst dort gegessen hat.

Ähnlich geht es einer anderen Rentnerin. Sie war ebenfalls Hausgehilfin und berichtet, daß sie mit 400 DM hinkommen muß und keinesfalls das Mittagessen, das in dem Heim mit 9,10 DM berechnet wird, essen will. In diesem Wohnheim besteht zwar die Möglichkeit, sich selbst mit den eigenen Möbeln auszustatten, sofern das auf ca. 12 qm möglich ist. Aber z.B. bei der Zimmerrenovierung, von der sie einen Teil zahlen müssen und die alle zwei Jahre vorgeschrieben ist, muß die Wand weiß gestrichen werden. Eigene eventuelle Farbwünsche werden nicht geduldet. Die beiden Frauen befinden sich in der „günstigen“ Situation, auf

niedrigstem Niveau der Reproduktion noch über ein gewisses Maß an Selbständigkeit verfügen zu können. Sobald man aber auf längere Sicht nicht mehr für sich selbst sorgen kann, muß der Rentner in die Pflege.

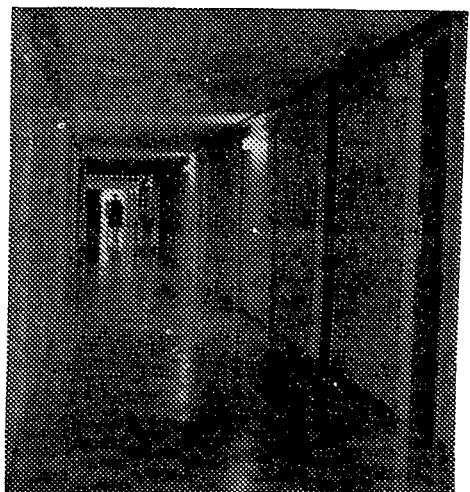
Eine Rentnerin, die ihr ganzes Leben lang gearbeitet hat, zuletzt 20 Jahre in einer Lederwarenfabrik, berichtet uns, daß ihr, nachdem sie auf der Pflegestation ist, gerade noch 80.- übrigbleiben (der Pflegesatz liegt bei 1480 DM), obwohl sie ihre eigene und den entsprechenden Teil der Rente ihres verstorbenen Mannes mitzieht. In den meisten Fällen liegt die Rente niedriger als der Pflegesatz, so daß die Sozialhilfe unter Einbehaltung der Rente den Pflegesatz und ein „Taschengeld“ zwischen 85 und 128 DM zahlt. Dafür können sich diese Rentner nicht einmal das bei der wenig vitaminhaltigen Kost nötige Obst oder ähnliches kaufen. Vorher hatte diese Rentnerin fünf Jahre selbständig in dem Altenwohnheim gewohnt. Da Personalmangel herrscht, ist jetzt aber auch niemand da, der ihr behilflich ist, wenn sie raus möchte. Nach Erhebungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (1979) liegen 46,5% der Haushaltseinkommen von Rentnern zwischen 750 und 1250 DM. Natürlich fahren die Heime am besten, wenn sie dann die Rentner in „Pflege“ nehmen.

Die „Verweildauer“ auf diesen Pflegestationen ist dementsprechend am



Rentenauszahlung

kürzesten. Vier Jahre rechnet man, und „von diesem Wert wird auch bei künftigen Planungen auszugehen sein“. So das bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung. In Altenwohnheimen geht man noch von acht Jahren durchschnittlicher Verweildauer aus und in Altenheimen von fünf Jahren. Der Unterschied liegt im wesentlichen darin, daß in den Altenwohnheimen die Rentner die Möglichkeit haben, in Appartements weitgehend selbständig zu leben, soweit die Rente reicht. In Altenheimen werden häufig Mehrbettzimmer eingerichtet



Flur im Altersheim

und ist die Bewegungsfreiheit z.B. in bezug auf das Kochen erheblich eingeschränkt.

Der Unmut über die in den Heimen angebotene Ernährung ist begründet. In den Küchen sind selten ausgebildete Kräfte tätig, und der Etat ist auch entsprechend schmal angesetzt. Bei der Kostenkalkulation von Wohnheimen und Pflegeheimen wird den Rentnern oft bis zu 40% ihrer Rente für Essen abgezogen und insgesamt gerade mit ca. 5% veranschlagt. Das Essen ist reichlich, was Kohlehydrate und Fette angeht. Die Diät wird oft nicht richtig eingehalten, und was die alten Menschen eigentlich ausreichend brauchten, nämlich Vitamine und Mineralstoffe, gibt es kaum. Für ca. 100.- im Monat kann man sich das Notwendige auch nicht dazukaufen. Der Verfall des Körpers wird so beschleunigt. Der Pflegesatz in dem oben genannten Fall liegt noch relativ niedrig, es gibt auch Heime, die 2300 DM ansetzen und auch bekommen. In jedem Fall hat der Rentner, wenn er auf Pflege gesetzt ist, alle Verfügungsgewalt über ein eigen-

ständiges Einkommen verloren. Er muß von der Sozialhilfe unterstützt werden.

Entsprechend rechtlos ist die Lage der in Heimen lebenden Rentner. Nach dem neuen Heimgesetz muß zwar in jedem Heim mit über 20 Insassen ein Heimbeirat existieren, doch die Druckmöglichkeiten auf die Rentner sind enorm. In einem Heim in München müssen z.B. die Heimbewohner nebenbei noch unentgeltlich an der Pforte und in der Waschküche aushelfen. Es ist die Regel, daß in den Wohnheimen geradezu damit kalkuliert wird, daß die noch etwas rüstigeren Rentner den anderen helfen. Zweimal jährlich findet in Altersheimen eine Kontrolle des Sozial- und Gesundheitsamtes statt, die nicht dazu dient, bessere Heimbedingungen zu schaffen. Der Personalschlüssel wird häufig frisiert.

Über 400000 Menschen leben in Altenheimen (1979: 405052). Da die Heime zum überwiegenden Teil von den karitativen Verbänden (Caritas, Innere Mission etc.) gestellt werden, können diese die Situation auch weitgehend bestimmen. In Bayern sind von 76005 Heimplätzen 47915 (Bayr. Stat. Landesamt) von karitativen Trägern. In einer Studie des Sozialreferats München wird darauf hingewiesen, daß Altenheime unter denselben Kosten-Nutzen-Verhältnissen gesehen werden sollten, wie andere gewerbliche Betriebe auch. Daher geht auch die Tendenz dahin, die Bewohner von Altenwohnheimen gleich alle „in Pflege“ zu nehmen und die „offene Altenhilfe“ mit Sozialstationen auszubauen. Gegen diese völlig elende und unwürdige Situation setzen sich die Rentner, so gut sie können, zur Wehr. Im Saarland ketteten sich Rentner vor einem Amtsgericht an, um gegen die Prügelstrafe in einem Heim zu demonstrieren. In den Heimen wird oft mit Schikanen versucht, Ruhe zu halten. Die Organisationen der Lohnabhängigen, insbesondere die Gewerkschaften sind gefordert, mit den Rentnern gegen diese Zustände vorzugehen. Zum einen gegen die völlige Unterbelegung auf den Stationen (nicht selten kommen auf 25 Rentner und Pflegefälle gerade drei Kräfte, die noch von den rüstigeren Rentnern unterstützt werden) und zum anderen gegen die niedrige Rente, die für diese Situation Tür und Tor öffnet.

Es ist unbedingt erforderlich, daß sich die Gewerkschaften gegen die Pläne der Regierung zur Wehr setzen, über die Einführung eines Krankenkasenbeitrags (bei Nebeneinnahmen) die Rente weiter zu senken: sie bedeuten für einen nicht unbedeutlichen Teil von Rentnern das nackte Elend.

Stellung der Gewerkschaften zur Rentenpolitik

Auf den Gewerkschaftstagen 1980 der IG Metall, IG Chemie und ÖTV bildete die Rentenpolitik einen Schwerpunkt der Anträge zur Sozialpolitik. Rund 6% aller Anträge befaßten sich mit Renten. Den größten Anteil bildeten die Anträge auf Senkung des Rentenalters auf 60 Jahre, bei besonderen Belastungen auf 55 Jahre.

Beschluß ÖTV-Gewerkschaftstag, Antrag 949

„... Der gHV wird beauftragt, sich beim Gesetzgeber für die Herabsetzung der Altersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung auf das 60. Lebensjahr einzusetzen ... Für Arbeitnehmer, die in den letzten 20 Jahren überwiegend Wechselschichtarbeit geleistet haben, soll die Altersgrenze ... auf das 55. Lebensjahr herabgesetzt werden ...“

Bezüglich der Höhe der Rente sind sich IGM, IG Chemie und ÖTV einig, daß der erreichte Lebensstandard gesichert werden soll. Die Bruttolohnbezogenheit der Rente wird gefordert. IG Chemie und IGM halten eine Rente von 90% des Nettolohns für nötig, die ÖTV spricht an anderen Stellen von einer Absicherung des vollen Nettolohns.

Beschluß ÖTV-Gewerkschaftstag, Antrag 948

„... Wichtigstes gewerkschaftliches Ziel ist die Absicherung des erreichten Lebensstandards und die regelmäßige Anpassung der Renten an die Einkommensentwicklung der Arbeitnehmer ...“

Die IGM fordert eine neue Rentenformel, in der 90% des Nettolohns als Rente zugrundegelegt werden. IG Chemie und ÖTV fordern als sofortige tarifliche Regelung eine zusätzliche betriebliche Altersversorgung für alle Arbeitnehmer.

Beschluß der IG Chemie, Antrag 292

„... Selbst nach einem langen Erwerbsleben reicht die Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung heute noch nicht aus, den erreichten Lebensstandard aufrechtzuerhalten ... Deshalb muß für alle Arbeitnehmer eine betriebliche Altersversorgung geschaffen werden ...“

Zur Reform der Hinterbliebenenversorgung fordern alle drei Gewerkschaften die Einführung der Teilhaberrente mit 75% der gemeinsamen Ansprüche. Der Benachteiligung der Frauen in der Rentenversicherung soll entgegengewirkt werden.

IG Metall, Antrag 541

„2. ... für entstandene Benachteiligungen (müssen) Ausgleichsregelungen geschaffen werden; a) einheitliche Tabellenwerte ..., b) Anerkennung der Zeiten der Kindererziehung (3 Jahre pro Kind), c) Ausgleich für jahrelange Lohndiskriminierung, d) Wiederaufleben der Arbeitgeberanteile, die durch Heiratserstattung den Rentenversicherungsträgern geblieben sind ...“

Auf keinem Gewerkschaftstag konnte sich die verschiedentlich gestellte Forderung nach Zahlung der Versicherungsbeiträge ausschließlich durch die Kapitalisten durchsetzen. Gefordert wird ein „Rationalisierungsausgleich“.

IG Metall Antrag 540

„4. Bedingt durch die strukturellen Veränderungsprozesse als Folgewirkung von Rationalisierung und technologischen Veränderungen muß der Arbeitgeberbeitrag zur Alterssicherung belastungsgerechter gestaltet werden ...“

Alle Gewerkschaftstage fordern die Selbstverwaltung der Sozialversicherungen durch die Versicherten.



Rentner in Saarbrücken protestieren gefesselt, mit zugeklebtem Mund gegen Mißhandlungen in Altersheimen.

Beschluß ÖTV-Gewerkschaftstag, Antrag 1047

„... Begründung: Um eine Gesundheits- und Sozialpolitik im Interesse der Versicherten zu ermöglichen, müssen die Versicherten über ihre Kassen selbst bestimmen können ...“

Am 1. April hat die Regierung den Gesetzentwurf für die Anpassung der Renten 1982 beschlossen. Der Anpassungssatz, der jedoch nicht für alle Renten in voller Höhe zur Anwendung kommt, beträgt 5,8% Rückkehr zur „Bruttolohnbezogenheit“ in Worten. Gleichzeitig sieht der Gesetzentwurf eine ab 1983 gültige Reform der Krankenversicherung der Rentner vor, die 2 bis 2,5 Mio. Lohnabhängige direkt mit etwa 1 Mrd. DM höheren Beitragsslasten für die Krankenversicherung belasten wird.

„Einnahmen zum Lebensunterhalt“ – Neuer Krankenversicherungs-Grundlohn

Kernstück der Neuregelung der Krankenversicherung der Rentner ist die Erweiterung des „Grundlohns“, nach dem die Beiträge zur Krankenversicherung bemessen werden:

„Dem §180 wird angefügt: (5) Für die in §165 Abs. 1 Nr. 3 bezeichneten Versicherten (versicherungspflichtige Rentner, d. Red.) gilt als Grundlohn der auf den Kalendertag entfallende Teil 1. des Zahlbetrags der Renten der gesetzlichen Rentenversicherung, so weit diese den in Abs. 1 Satz 3 (Beitragssbermessungsgrenze, d. Red.) genannten Betrag nicht übersteigt, 2. des Zahlbetrags der Rente vergleichbaren Einnahmen (Versorgungsbezüge) ... 3. des Arbeitseinkommens ...“

(6) Für Versicherungspflichtige, die eine Rente der gesetzlichen Rentenversicherung oder Versorgungsbezüge erhalten und nicht nach §165 Abs. 1 Nr. 3 versichert sind, gilt als Grundlohn auch der auf den Kalendertag entfallende Teil 1. des Zahlbetrags der Renten der gesetzlichen Rentenversicherung, 2. des Zahlbetrags der Rente vergleichbaren Einnahmen (Versorgungsbezüge) ... 3. des Arbeitseinkommens ...“

(7) Für freiwillig Versicherte, die eine Rente der gesetzlichen Rentenversicherung beziehen, gilt Abs. 5 entsprechend.

(8) Als Rente der gesetzlichen Rentenversicherung gelten die Renten der Rentenver-

sicherung der Arbeiter und der Angestellten ... (ausgenommen: durch Nachzahlung „gekauft“ Anwartschaften, d. Red.), sowie die Renten der knappschaftlichen Rentenversicherung. Als der Rente vergleichbare Einnahmen (Versorgungsbezüge) gelten, soweit sie wegen einer Einschränkung der Erwerbsfähigkeit oder zur Alters- und Hinterbliebenenversorgung erzielt werden,

1. Versorgungsbezüge aus einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis oder aus einem Arbeitsverhältnis mit Anspruch auf Versorgung nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen mit Ausnahme lediglich übergangsweise gewährter Bezüge sowie mit Ausnahme unfallbedingter Erhöhungen oder Leistungen der Beschädigtenversorgung,

2. Bezüge aus der Versorgung der Abgeordneten, Parlamentarischen Staatssekretäre und Minister,

3. Renten der Versicherungs- und Versorgungseinrichtungen für Berufsgruppen,

4. laufende Geldleistungen und Landabgaberenten nach dem Gesetz über die Altershilfe der Landwirte mit Ausnahme einer Übergangshilfe, wenn sie neben Rente der gesetzlichen Rentenversicherung oder neben Versorgungsbezügen gewährt werden,

5. Renten der betrieblichen Altersversorgung einschließlich der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst und der hüttenknappschaftlichen Zusatzversicherung ...“

Die Krankenkassen werden Überwachungs- und Registraturbehörden

Mit dieser Neufassung des „Grundlohns“ in der Krankenversicherung werden die „Einnahmen zum Lebensunterhalt“ Grundlage der Beitragsshebung. Dies gilt für Rentner, die aus ihrem früheren Bruttolohn Renten- und Versorgungsansprüche haben und nebenbei zuverdienen müssen (Abs. 5 s.o.) wie für die „Aktiven“, die zum Brut-

tolohn Rentenansprüche haben (Abs. 6 s.o.). Dies ist ein entscheidender Schritt (weiter) weg von einer einheitlichen Sozialversicherung. In deren Mittelpunkt muß der Bruttolohn bzw. das Bruttolohneinkommen stehen, weil sich alle Versicherungsansprüche aus der Vernutzung der Arbeitskraft durch die Kapitalisten ergeben: Versicherungsschutz für

Versichertenrenten am 1. Januar 1981 nach anrechnungsfähigen Versicherungsjahren, Anzahl und durchschnittlicher Höhe

Versicherer- jahre	Arbeiter			Angestellte			DM/ Monat
	Män- ner*	DM/ Monat	Frau- en*	DM/ Monat	Män- ner*	DM/ Monat	
– 5	22,6	89	9,0	64	2,8	125	3,5
5 – 10	53,3	232	315,3	131	17,7	312	75,8
10 – 15	62,8	367	280,0	190	25,2	418	60,5
15 – 20	164,9	469	699,4	229	83,5	647	278,1
20 – 25	151,0	611	438,2	324	72,6	877	183,3
25 – 30	160,5	747	334,2	453	76,7	1106	161,7
30 – 35	177,0	886	245,8	608	86,7	1334	139,3
35 – 40	325,5	1063	193,7	735	158,1	1498	145,2
40 – 45	454,4	1265	149,4	881	202,2	1712	153,0
45 – 50	716,0	1487	51,8	985	367,0	1926	57,0
50 u.m.	26,2	1559	0,6	1054	18,8	1980	0,8
Ges.	2314,2	1085	2717,5	377	1111,1	1496	1258,2
							699

* in Tsd. – Quelle: Rentenbericht der Bundesreg. v. 1.4.81

Erwerbsunfähigkeit im Alter ebenso wie für Krankenhilfe.

Durch Streichung in §380 werden die Träger der Rentenversicherung ausdrücklich aus der Verantwortung für die Krankenhilfe bei Invalidität entlassen: „Die nach §180 Abs. 5 und 6 zu bemessenden Beiträge trägt der Versicherte.“

Der Beitragssatz für die Renten soll 11,8% betragen und ist nach den Vorstellungen der Regierung alle drei Jahre „anzupassen“. Für die weiteren Einkünfte soll nach der Neufassung des §385 RVO gelten: „Für die nach §180 Abs. 5 Nr. 2 und 3 und nach Abs. 6 Nr. 2 und 3 zu bemessenden Beiträge für Versicherungspflichtige gilt als Beitragssatz die Hälfte des allgemeinen Beitragssatzes der zuständigen Krankenkasse ...“

Mit der durch Änderung von §317 (Meldepflicht der Arbeitgeber) ins Auge gefaßten Ausdehnung der Meldepflicht auf die Träger der Rentenversicherung und die Versicherten

werden die Krankenkassen zur Registraturbehörde für die Einkünfte, die gegenwärtig dem Zugriff der Finanzämter noch nicht systematisch erschlossen sind: „Versicherungspflichtige, die eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung oder in §180 Abs. 5 Nr. 2 oder Abs. 6 Nr. 2 genannte Versorgungsbezüge erhalten, haben der zuständigen Krankenkasse die Höhe und die Zahlstelle der Versorgungsbezüge sowie ihr Arbeitseinkommen zu melden.“ (Ergänzung zu §317)

Zur Einbehaltung bzw. Abführung der Krankenkassenbeiträge werden durch Neufassung des §393a der RVO verpflichtet: die Träger der Rentenversicherung, die Zahlstellen von Versorgungsbezügen und für beitragspflichtig gewordenes „Arbeitseinkommen“ die Versicherten. „Die nach §180 Abs. 5 Nr. 3 und Abs. 6 Nr. 3 zu bemessenden Beiträge hat der der Versicherte einzuzahlen.“

Tradition der Rentenkürzung seit 1977 – Regierung hat Weiteres in Vorbereitung

Die Kapitalisten sind somit nicht bloß von jeglicher Verpflichtung für die Krankenversorgung der verrenteten Arbeitskraft entbunden. Nach den dargestellten Änderungsabsichten der Regierung gibt es auch ein Arbeitsentgelt, für das die Kapitalisten noch nicht einmal mehr den halben Beitragssatz zu entrichten brauchen (§180 Abs. 5 Nr. 3 und Abs. 6 Nr. 3), sondern für das ausschließlich die Lohnabhängigen und sonstige Versicherte zahlen. Das Regierungsverständnis von „Beitragsgerechtigkeit“ ist also klar ausgeprägt: Entlastung der Kapitalisten, Belastung des Lohns, Kürzung der Renten. Die nächsten Schritte auf diesem Weg sind bereits in Vorbereitung ...“ (Regierungserklärung)

tung: Das Bundesverfassungsgericht bahnt mit einem Urteil zur „Steuergerechtigkeit“ der Renteneinkünfte die Erweiterung des Zugriffs der Finanzämter an. Und als Regierungsplan steht seit dem 24. November 1980: „Nach 1984 wird bei der Anpassung dem Gesichtspunkt der gleichgewichtigen Entwicklung des Anstiegs der verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer und der Rentner ... Rechnung getragen. ... daß die Rentner ab 1985 schrittweise bis zur Höhe des halben auf ihre Rente entfallenden Krankenversicherungsbeitrages – wie Arbeitnehmer – an der Finanzierung ihrer Krankenversicherung beteiligt werden ...“ (Regierungserklärung)

Zusammenarbeit SU – Südafrika

Die Sowjetunion intensiviert ihre Zusammenarbeit mit südafrikanischen Bergwerksmonopolen. Das britische Fernsehen BBC nannte Beispiele und Beweise. Seit Jahren ist die Zusammenarbeit zwischen der SU und den Diamantenkonzernen De Beers bekannt. Über eine kleine Londoner Firma verkauft die SU Rohdiamanten zum Weiterverkauf an die zentrale Verkaufsorganisation von De Beers. De Beers gehört der Anglo American, der größten Bergwerksgesellschaft für Gold- und Platinförderung in Südafrika. Die bisher informellen Absprachen über Gold- und Platinverkaufspolitik wurden offensichtlich Ende 1980 auf eine neue, offizielle Ebene gestellt: Gordon Waddell, einer der Geschäftsführenden Direktoren von Anglo American, besuchte in offizieller Funktion Moskau. Kurz vorher, im September, war Beckett von Consolidated Gold Fields (Südafrika, Anteil der Anglo American: 29%) in Moskau. Beckett ist für Verkaufspolitik und langfristige Planung zuständig. Cons. Gold verhandelt auch über den Ankauf eines sowjetischen Schmelzverfahrens für sein Blei- und Silber-

Vereinigungsgespräche ZANU – ZAPU

Nach den blutigen Auseinandersetzungen der letzten Monate zwischen ehemaligen Guerillakämpfern der ZANU und der ZAPU, die in Lagern auf ihre Eingliederung in die Nationalarmee von Zimbabwe warten, haben die Führungen von ZANU und ZAPU Verhandlungen über den Zusammenschluß der Befreiungsbewegungen aufgenommen. Das bestätigten Mugabe und Nkomo, die Führer von ZANU bzw. ZAPU, am 11.4. anlässlich der Trauerfeier für den verstorbenen Postminister von Zimbabwe, Silundika (Bild).



Nkomo: „Wenn wir uns als ein Volk nicht einigen, dann verraten wir George Silundika und all die anderen, die für ihr Land starben.“ Mugabe: „Sein Vermächtnis verlangt nicht unsere Tränen, sondern unsere Einheit.“ U.a. ethnische Widersprüche – die ZANU hat ihre Basis vor allem

bergwerk nahe Kapstadt. Als Verkaufsagent für die SU tritt Klöckner-Humboldt-Deutz auf. – In der SU und Südafrika werden 75% der Weltgoldproduktion gefördert.

Gemeinsame Manöver USA – Japan

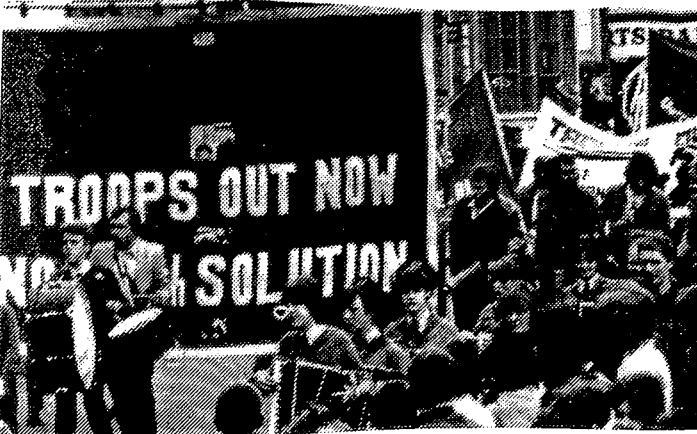
Für den Herbst haben die USA und Japan ein gemeinsames Manöver angekündigt, das erste seit dem zweiten Weltkrieg. Die Stärkung der japanischen Militärmacht, von den USA schon lange gefordert, ist auch Hauptthema des Antrittsbesuchs des japanischen Minis-

terpräsidenten Suzuki bei Reagan im nächsten Monat. Die japanische Bourgeoisie ist bereit. Allerdings verbietet Japans Verfassung von 1947 die Aufstellung von Land-, See- und Luftstreitkräften sowie die Wehrpflicht. Aber durch die Aufstellung der Selbstverteidigungsstreitkräfte, einer hochgerüsteten Freiwilligenarmee von 250000 Mann, hat die Bourgeoisie das Verfassungsverbot längst durchlöchert. Mit US-Rückendeckung will die regierende LDP jetzt die nötige $\frac{2}{3}$ -Mehrheit für eine Verfassungsänderung sammeln.

Nordirland: Unterstützung des Hungerstreiks!

Bei Redaktionsschluß gingen die schweren Kämpfe zwischen irischen Jugendlichen und der britischen Armee und Polizei in Derry (Nordirland) noch weiter. Sie hatten Ostern begonnen, als überall in Irland Tausende in Erinnerung an den bewaffneten Aufstand Ostern 1916 für ein einiges, unabhängiges Irland demonstrierten. Bei Angriffen auf die Demonstration in Derry brachte die Armee zwei junge

Iren um, als ein Armeefahrzeug mit Geschwindigkeit in die Menge fuhr. Die Armee verschießt Tausende von Plastik- und Gummigeschossen auf die Demonstranten, die Jugendlichen setzen v.a. Benzinbomben und Steine ein. – Eine Hauptlösung aller großen Demonstrationen in Nordirland war die Unterstützung für die Forderungen des Hungerstreiks von Bobby Sands. Als Teil der Kampagne für die



Wiederherstellung der Rechte, die die britische Regierung den seit 1976 verurteilten politischen Häftlingen entzogen hat, ist Sands seit dem 1. März in Hungerstreik. Vor zwei Wochen wurde er mit mehr als 30000 Stimmen als Abgeordneter ins britische Parlament in London gewählt. Das Parlament hat Sands bisher nicht ausgeschlossen, die großen Parteien einigten sich vielmehr darauf, nichts zu unternehmen. Sie warten auf Sands Tod. Die Regierung plant ein Gesetz, das „verurteilten Kriminellen“ die Parlamentskandidatur in Zukunft unmöglich machen soll. Drei Parlamentsabgeordnete aus der Republik Irland besuchten Bobby Sands am 20. April. Sie forderten von der britischen Regierung dringend Zugeständnisse und wollten die europäische Menschenrechtskommission einschalten. Premierministerin Thatcher lehnte nicht nur jedes Zugeständnis ab, sondern weigerte sich auch, mit den drei irischen Abgeordneten zu sprechen.

unter den Angehörigen der Schona-Stämme, die ZAPU unter den Ndebele – und die Anlehnung der ZAPU-Führung an die Sowjetunion hatten bislang den Zusammenschluß der beiden Befreiungsbewegungen, die gemeinsam die Regierung des unabhängigen Zimbabwe stellen, verhindert und auch nach der Unabhängigkeit immer wieder zu Auseinandersetzungen geführt. Über die Bedingungen und die programmatischen Ziele des Zusammenschlusses, der die Volksmacht stärken und die Bedingungen für die nötigen politischen und sozialen Umwälzungen verbessern kann, ist noch nichts bekannt.

Quebec-Partei festigt Mehrheit

Bei den Wahlen zum Parlament der mit 6,3 Mio. Einwohnern zweitgrößten Provinz Kanadas gewann die Parti Québécois (PQ) Mitte April mit 80 von 122 Sitzen. Vor knapp einem Jahr war die PQ in einer Volksabstimmung über ihren wichtigsten Programmpunkt gescheitert: Abtrennung der Provinz Quebec von Kanada. In den Mittelpunkt ihres jetzigen Wahlkampfes stellte die PQ: Ablehnung der Erweiterung der Befugnisse der kanadischen Bundesregierung, soziale Reformen, weitere Verstaatlichung von Betrieben, darunter einer Tochtergesellschaft des US-Konzerns General Dynamics.

Kampuchea: Besatzer verschieben „Wahlen“

Zuerst waren sie für den Jahresanfang angekündigt, jetzt sollen sie noch in der ersten Jahreshälfte stattfinden – die „Wahlen“, die dem von Vietnam eingesetzten Heng Samrin-Regime in Kampuchea den Anstrich von Legitimität verleihen sollen. U.a. soll es Schwierigkeiten geben, Vietnam treu ergebene kampucheanische Kandidaten zu finden. Die Regierung des Demokratischen Kampuchea erklärte dazu: „Wie kann man von „Wahlen“ sprechen, solange die 250000 Mann starken Aggressionstruppen Le Duans und mehr als 50000 vietnamesische Verwaltungsagenten ... Kampuchea besetzen halten?“ Die ASEAN erklärte, die Wahlen nicht anzuerkennen, „da hier fremde Streitkräfte dem kampucheanischen Volk Kandidaten aufzwingen“.

Frühjahrsoffensive der Gewerkschaftsverbände vor der Entscheidung

900000 Arbeiter und Angestellte der Privatwirtschaft führten am 2.4., dem ersten Aktionstag der „Shunto“, der Frühjahrsoffensive der japanischen Gewerkschaftsverbände, Warnstreiks und Demonstrationen für höhere Löhne durch. Die Schalter von 404 Bahnhöfen der Staatsbahnen waren ebenfalls geschlossen; das Lokpersonal machte Dienst nach Vorschrift. Postarbeiter verweigerten Überstunden.

Nach den Planungen des Komitees für die Frühjahrsoffensive soll in den Tagen nach dem 22. April der gesamte Transportsektor lahmgelegt werden. In den Kämpfen der letzten Jahre haben die Streiks der Transportarbeiter oft den Ausschlag gegeben und die Kapitalisten zum Nachgeben gezwungen, weil die Wirtschaft im Inselstaat Japan besonders vom öffentlichen Transport-

beitrag für die internationale Arbeitseinheit zu leisten? Dafür hat der Ausgang der diesjährigen Frühjahrsoffensive wesentliche Bedeutung.

Die Kapitalisten haben sich auf Lohnabschlüsse zwischen 7 – 8% festgelegt. Das würde netto wegen steigender Lohnsteuern und Versicherungsbeiträge kaum mehr als 6% bringen, bei einer Inflationsrate von fast 8% weiterer Lohnabbau. Ob die Streiks im Transportsektor aber die von den Gewerkschaftsverbänden als Mindestmarke angesetzten 10% Lohnerhöhung erzwingen können, unter der keine Einzelgewerkschaft abschließen soll, ist fraglich. Die Zersplitterung in 73000 Betriebsgewerkschaften erschwert ohnehin einheitliches Handeln und setzt die Gewerkschaften dem Druck und den Spaltungsmanövern



Kundgebung am 1.4. in Tokio

netz abhängig ist und z.B. die Großindustrie wegen geringer Lagerhaltung bei einem Streik sofort Versorgungsschwierigkeiten bekommt.

Kann die japanische Kapitalistensklasse den Reallohnabbau des letzten Jahres (nach Regierungsangaben -1,4%) fortsetzen und die Gewerkschaften auf ihre Ziele im Handelskrieg gegen die USA und die EG verpflichten? Oder gelingt es der japanischen Arbeiterklasse, die Aufholbewegung der letzten 10 Jahre, die den Abstand zum Lohnniveau in anderen imperialistischen Ländern deutlich verringert hat (s. Pol. Ber. 6/81), weiterzuführen und damit einen wichtigen

des Rentenalters auf 60 Jahre. Damit wollen die Gewerkschaften eine Flanke schließen, durch die die Kapitalisten Druck auf das Lohnniveau und die Reproduktionsbedingungen der ganzen Arbeiterklasse und besonders der älteren Arbeiter ausüben. Gegenwärtig liegt das Rentenalter in den meisten Betrieben zwischen 55 – 57 Jahren. Da nur 70% der verrenteten Lohnarbeiter Anspruch auf betriebliche oder Sozialrente haben, die Rentenhöhe äußerst niedrig ist und die meisten Betriebsrenten in Form einer einmaligen Abfindung gezahlt werden, die durch die Inflation entwertet wird, müssen gegenwärtig 80% der gerade Verrenteten einer weiteren Arbeit nachgehen. Zu weit niedrigeren Löhnen als vorher. Mehr als die Hälfte der Rentner über 60 steht dem Arbeitsmarkt noch zur Verfügung.

Der japanischen Großindustrie erlaubt dieses brutale System die ständige Verjüngung ihres Arbeiterkörpers. Nur 22% der männlichen und 16% der weiblichen Beschäftigten der Großindustrie sind über 45, in den Kleinbetrieben dagegen 29 bzw. 33%. Das Heer der alten Arbeiter ist für die Kleinbetriebe, die im Lohnniveau 30% unter der Großindustrie liegen, eine Quelle billiger Arbeitskraft.

Die Gewerkschaftsforderung soll zunächst Weiterbeschäftigung ohne Lohnneinbußen bis zum 60. Lebensjahr sichern. Wieweit damit auch der Zwang, nach Verrentung noch einen Arbeitsplatz suchen zu müssen, bekämpft werden kann, hängt von der Durchsetzung einer ausreichenden Rentenhöhe und der Verallgemeinerung der gesetzlichen Sozialversicherung ab.

Pauschalabfindungen für Arbeitnehmer

Betriebsgröße	Abfindung (10000 Yen)	Lohnrel. (Monate)
Techniker	732	30,9
üb. 1000 Besch.	1223	43,5
300 – 999	885	36,0
100 – 299	757	32,5
30 – 99	703	29,6
 Arbeiter	 644	 31,8
üb. 1000 Besch.	1001	45,5
300 – 999	781	37,8
100 – 299	657	34,1
30 – 99	623	30,4

Unternehmen n. Art d. Rentenabfindungen

Unternehm.	Pausch- gröÙe	betrag	Rente	Kombi- nation
über 1000		40,2	3,4	56,5
300 – 999		50,3	9,1	40,6
100 – 299		63,0	11,3	25,8
30 – 99		71,3	14,6	14,1

Quelle: Japan. Arbeitsministerium, 1975: Überblick über das System der Abfindungen

von einzelnen Kapitalisten aus. Außerdem hat der fast zwei Mio. Mitglieder starke Gewerkschaftsverband IMF-JC, der die Arbeiter der Stahl- und Metallindustrie organisiert und dessen Abschlüsse großes Gewicht für die der anderen Branchen haben, nur 9,3% gefordert – das sind etwa 184 DM für einen 35jährigen Arbeiter. Die Praxis der großen Konzerne in diesen Branchen, nach dem jährlichen Tarifabschluß Sonderzahlungen zu leisten, hat zum Ausschwenken des IMF-JC aus der Front der Gewerkschaftsverbände beigetragen.

Eine weitere Forderung der Frühjahrsoffensive ist die *Heraufsetzung*

Reagan-Regierung Angriff auf Arbeitsschutzbestimmungen

in diesem Jahr sollte der Oberste Gerichtshof der USA auf Antrag von Vertretern der Textilindustrie die Entscheidung eines Bezirksgerichts in Columbia überprüfen. Dieses Gericht hatte entschieden, daß die Standards für Baumwollstaub der Gesundheitsbehörde gültig sind. Die Reagan-Regierung hat jetzt bekanntgegeben, daß der Oberste Gerichtshof dazu angehalten worden ist, seine Entscheidung erst einmal nicht zu fällen. Die Textilkapitalisten argumentieren, daß die Einführung von teuren Geräten wie Absauganlagen und Staubmessern viele kleine Textilkapitalisten in den Ruin treiben würden und daß schließlich Gasmasken für die Arbeiter ausreichen würden.

Die Reagan-Regierung argumentierte ähnlich. Alle Arbeitsschutzbestimmungen sollen überprüft werden nach Kostenprinzipien, Ziel ist, wieder mehr Ohrenstöpsel und Gasmasken einzuführen anstatt Maschinerie zu installieren.

Die Arbeiter der Textilindustrie hatten nach langen Kämpfen die gültigen Werte für Baumwollstaub durchsetzen können. Die Textilgewerkschaft hatte gefordert, daß 100 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft nicht überschritten werden dürfen. Gültig waren 1000 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft. Das Arbeitsministerium erließ schließlich eine Richtlinie über 200 Mikrogramm, die aber von der Carter-Regierung weiter abgeschwächt wurde auf die jetzt geltenden 200 Mikrogramm für Baumwollmühlen, 500 für die Lager und andere Abteilungen und 700 für die Webereien.

Die 1970 per Gesetz eingeführte staatliche Gewerbeaufsicht OSHA hatte unter der Carter-Regierung, wenn auch vorsichtig, mit den Gewerkschaften zusammengearbeitet. Die Reagan-Regierung hat einen Kapitalistensohn aus Florida eingesetzt, der nicht nur für die Aufhebung des Baumwollstandards eintritt, sondern sich auch zum Ziel gesetzt hat, die Lärmwerte, die Richtlinien bei der Arbeit mit krebserzeugenden Stoffen zu ändern im Interesse der Kapitalisten. Genauso ist schon angekündigt, daß die Transportkapitalisten die schon gesetzlich geregelten Vorrichtungen gegen Luftverschmutzung in die Laster nicht einzubauen brauchen.

Die Position der Gewerkschaften: Die staatliche Gewerbeaufsicht öffne ihre Tür der Industrie.

Großbritannien

Streiks bei Finanzämtern und Kriegseinrichtungen

Mehr als 450000 der 530000 „Civil Servants“, der Regierungsangestellten bzw. Regierungsbeamten, streikten am 14.4. für ihre Forderung von 15% Gehaltserhöhung und gegen den Streikbruch durch die Marine in der Clyde-U-Boot-Basis. Seit dem 9. März führen die Civil Servants-Gewerkschaften Warnstreiks und Schwerpunktaktionen gegen ein 7%-Angebot Thatchers durch. U.a. streiken Beschäftigte in Abhörstationen, Rüstungsfabriken und Computerzentren des Verteidigungsministeriums. Im Streik ist auch Personal in den U-Boot-Basen.

Die Gewerkschaften beschlossen, das am 13. April in die Basis am Fluß Clyde in Schottland eingeläufene U-Boot „Resolution“ ebenfalls zu be-



Die Krankenhausbeschäftigte – Bild: Gewerkschaftsdemonstration gegen die Thatcher-Regierung im März 1980 – mußten einen 6%-Abschluß hinnehmen.

streiken, d.h. nicht zum Wiederauslaufen fertigzumachen. Die „Resolution“ ist eines der vier britischen U-Boote mit atomaren Polaris-Interkontinental-Raketen. Thatcher tobte von „Bedrohung der Sicherheit des Königreichs“ durch den Streik und setzte die Marine, also uniformierte Einheiten, als Streikbrecher ein. Die Gewerkschaften antworteten mit dem allgemeinen Warnstreik am nächsten Tag, einem Streik aller 1000 Beschäftigten der Basis bis zum 21.4. und dem fortwährenden Streik 57 der direkt betroffenen Angestellten.

Die Aktionen beschränken sich nicht auf Militäreinrichtungen. Durch Streiks in den Computerzentralen in den Finanzämtern verliert die Regierung über 40% ihrer Steuereinnahmen, etwa 700 Mio. Pfund jede Woche. Zoll- und Paßbeamte in Häfen und Flughäfen organisieren Schwerpunktstreiks, ebenso die Fluglotsen, von denen viele einen Streik aller Fluglotsen fordern. Die Streikenden legen Gerichte, Firmenregister, Arbeitsämter, Katasterämter, Führerscheinbehörden, das zentrale Paßamt und Abteilungen einzelner Ministerienämter lahm.

Bis Oktober 1980 waren die Gehälter der Civil Servants direkt an die Einkommensentwicklung ähnlich qualifizierter Angestellter im privaten Bereich gebunden. Die Regierung hat diese Regelung einseitig aufgekündigt und erklärt, Obergrenzen für Gehaltserhöhungen würden jetzt durch Haushaltssätze festgelegt. Dieses Jahr sind es 7%. Dagegen gibt es einen „tiefen und verbitterten Widerstand unter Regierungsangestellten“, erklärte Campbell Christie, Generalsekretär der größten beteiligten Gewerkschaft.

Der Widerstand gegen die 7% – bei 12% Inflation eine glatte Lohnsenkung – wird genährt durch die „noch nie so tief gesunkene Moral im Civil Service“, die die „Financial Times“ beklagt. Die Rationalisierungs- und Streichungsmaßnahmen der Regierung, z.B. bei den Arbeitsämtern, verbunden mit niedrigerem Arbeitslosengeld und höheren Arbeitslosenzahlen, führen zu einem unerträglich gesteigertem Druck auf die Beschäftigten.

Das Problem der Civil Servants ist ihre Trennung von den anderen Tarifgruppen im öffentlichen Dienst. Gera de vorletzte Woche haben die 250000 Krankenhausarbeiter mit 6% abgeschlossen, die Gewerkschaft von 160000 Postarbeitern will mit 8% abschließen. Nur einzelne Gruppen, wie die Gas- und Elektrizitätsarbeiter, konnten mehr als 12% durchsetzen.

Die Zeitungen versuchen, in einer großen Kampagne gegen „die Beamten“ zur Isolierung der Civil Servants beizutragen. Seit dem 3. März hat die Regierung nicht mehr verhandelt. Die Gewerkschaften sammeln Geld und beschlossen am letzten Montag, ihre Aktionen auszuweiten.

Belgien

Neue Regierung auf altem Lohnsenkungskurs

Am 31.3. stürzte der belgische Premierminister Martens über den Versuch, den Lohnindex, die Anpassung der Löhne an die Preissteigerungen, abzuschaffen. Am 4./5. verlangten die EG-Finanzminister und Notenbank-Gouverneure die Beseitigung des Lohnindex in Belgien und Italien und berieten über eine entsprechende EG-Gesetzgebung. Mit dieser Rückendeckung konnte der neue Premierminister Eyskens, zuletzt Finanzminister, davor u.a. für die belgische Kreditbank und die westdeutsche AEG tätig, am 7.4. sein Regierungsprogramm verkünden.

Neu ist es wahrlich nicht. Wie Martens will Eyskens den Staatshaushalt „sanieren“ und rund 2,1 Mrd. DM einsparen, v.a. durch Streichung von Ansprüchen der Arbeiterbevölkerung. Wie Martens will er die Kapitalisten noch weiter von allen Zahlungen entlasten und die Volksmassen noch weiter belasten.

Von der Zahlung von 3,7 Mrd. DM Sozialversicherungsbeiträgen sollen die Kapitalisten allein noch in diesem Jahr

befreit werden, dies sind nach unserer Schätzung 15–20% ihrer Jahresbeiträge und 10–15% der Beitragseinnahmen der Sozialversicherungen. Da diese durch jahrelange Plünderung ohnehin nahezu bankrott sind, werden drastische Einschränkungen ihrer Verpflichtungen nicht auf sich warten lassen.

Bisher hat die Regierung v.a. die Kürzung des Kindergeldes, das in Belgien aus Kapitalistenbeiträgen und über die Sozialversicherung gezahlt wird, ins Gespräch gebracht. Zugleich kündigte sie neue Tariferhöhungen an, u.a. für die Mehrwertsteuer und für Strom und Gas.

Vor allem aber hält Eyskens an der Absicht der Finanzbourgeoisie fest, die Löhne auf gesetzlichem Wege direkt zu kürzen. Zwar verhinderte er in seiner Regierungserklärung, den Lohnindex direkt anzusprechen, doch verhandelt er bereits mit den Sozialisten über entsprechende Änderungen für 1982. Doch wird Eyskens gelingen, woran Martens scheiterte: den starken Widerstand der Gewerkschaften zu brechen?

In zahlreichen Betrieben sind die Belegschaften bereits in verbitterte Kämpfe um den Lohnstandard verwickelt. 2400 Arbeiter der Werft Boel/Temse streiken gegen den Plan der Kapitalisten, 128 Arbeiter zu entlassen und den Lohn um ursprünglich 10%, nach dem „Kompromiß“ vorschlag des staatlichen Schlüchters um 4–5% zu senken. Auch die Stahlkapitalisten in Wallonien und bei Sidmar/Gent verlangen eine Lohnkürzung von 10%.

Andere Kapitalisten verlängern die Arbeitszeit, ohne einen Pfennig mehr Lohn zu zahlen. Nach den Erfahrungen des Winters, als die Gewerkschaften den Angriff auf ihr Tarifrecht zurückschlugen, versuchen die Kapitalisten jetzt, sie in einzelnen Kämpfen zu zersplittern und zermürben. So oder so kann hier die Vorentscheidung fallen.



Die Beschäftigten der Boel-Werft streiken gegen drohende Lohnkürzung

Naher Osten Vereinigte Staaten auf Kriegskurs

Direkter Erfolg war US-Außenminister Haig bei seiner Nahost-Reise Anfang April nach Ägypten, Israel, Jordanien und Saudi-Arabien nicht beschieden. Doch soll man sich davon nicht täuschen lassen: Die USA steuern auf Kriegskurs, und Haigs Reise, nicht auf kurzfristigen Erfolg berechnet, sollte das Terrain sondieren.

Rechtzeitig vor seinem Reiseantritt führte Israel den seit letztem Sommer schwersten Angriff gegen den Libanon durch, mit ausdrücklicher Rückendeckung durch den US-Außenminister. Haig bekräftigte in Jerusalem Israels „vitale Rolle bei der Wahrung strategischer amerikanischer Interessen“, u.a. auch durch weitere Aufstockung der US-Militärhilfe. Die US-Imperialisten lassen keinerlei Zweifel darüber, daß sie mithilfe des Kolonialregimes den Libanon teilen, die palästinensische Befreiungsbewegung isolieren und ihre Stützpunkte in Libanon vernichten wollen.

Unter diesen Vorzeichen trat Haig seine Reise an – und wurde nicht nur von Sadat, sondern auch vom jordanischen König Hussein und Außenminister Saudi-Arabiens Prinz Saud empfangen. Ganz offensichtlich zielt der von Haig beschworene „strategische Konsens“ gegen das Vordringen der Sowjetunion darauf ab, Ägypten, Saudi-Arabien und Jordanien in einen Militärpakt mit den USA und dem israelischen Kolonialregime zu zwingen, um so die mit dem Camp-David-Abkommen erzielte Spaltung zwischen den arabischen Ländern noch zu vertiefen.

Nicht umsonst war Ägypten die erste Station seiner Reise. Das Land soll vollends zum militärischen Stützpunkt der USA ausgebaut werden. Auf Sinai will Reagan ab April 1982, dem Termin, zu dem die zionistischen Truppen abziehen, anstelle der im Camp-David-Abkommen vereinbarten UN-Truppen eine „internationale Friedenstruppe“ vorwiegend aus US-Streitkräften stationieren. Sadat jedoch schwankt. Er hat sich so weit in die US-Politik gegen die arabische Nation verstricken lassen, daß er kaum noch zurück kann. Zugleich muß er dem Widerstand im eigenen Land Rechnung tragen, denn es ist klar, daß die Stationierung von US-Truppen auf Sinai v.a. die Aufgabe hat, Ägypten selbst zu kontrollieren. So versuchte er zu lavieren, kündigte eine Initiative in der UNO an, um doch noch die Entsendung von UN-Truppen zu erreichen, und versprach zugleich für den Fall des – nahezu sicheren – Scheiterns seine Zustim-

mung zu den US-Plänen. Um den Widerstand im Inneren zu beruhigen, lehnte er jedoch ab, den USA nach dem Marinestützpunkt Ras Banans am Roten Meer auch noch zwei moderne Luftstützpunkte auf Sinai zur Nutzung zu überlassen.

Entschiedener verweigerten sich Saudi-Arabien und Jordanien dem „strategischen Konsens“. Saudi-Arabien bekräftigte seine Ablehnung der Stationierung von „westlichen“ Streitkräften am Golf; außer den USA drängt v.a. auch Großbritannien seit langem darauf. König Hussein von



Sinai: Anstelle von israelischen Besatzungstruppen bald US-amerikanische?

Jordanien ließ nach der Unterredung mit Haig erklären, nicht die Sowjetunion, vielmehr die nationale Unterdrückung des palästinensischen Volkes durch Israel sei die Ursache von Unruhe und Instabilität im Nahen Osten. Dennoch zeigte sich Haig zufrieden. Er rechnet auf die Wirkung der Peitsche. Nach einem „Erfolg“ im Libanon dürfte mit Sicherheit Jordanien das nächste Aggressionsopfer werden. Diese Drohung ist jedoch risikobeladen. Sie kann die Beilegung der Differenzen zwischen den arabischen Ländern beschleunigen.

Azania Die Arbeiterbewegung sammelt ihre Kräfte

Über 7000 azanische Bergarbeiter demonstrierten am 7. April in Germiston, 20 km östlich von Johannesburg: Sie protestierten gegen die drastische Erhöhung der Mieten für die staatlichen Baracken, in denen sie zusammengepfercht leben. In den Tagen zuvor hatten bereits Tausende schwarzer Arbeiter in mehreren Vorstädten von Johannesburg gegen den Mietwucher demonstriert. Rund 14,5 Rand statt

wie bisher 8,5 Rand pro Monat muß ein einzelner Arbeiter für ein winziges Loch zahlen; teilweise wurden die Mieten sogar auf 23 Rand erhöht.

Angesichts von Niedrigstlöhnen, die ohnehin nicht einmal das amtlich festgestellte Existenzminimum gewährleisten, treffen die Preissteigerungen die azanische Bevölkerung doppelt hart. Auf durchschnittlich 16% ist die Inflationsrate inzwischen angestiegen. Doch für die azanischen Massen liegt sie noch weit höher. Die Preise für Nahrungsmittel schnellten in den letzten zwölf Monaten um über 30% in die Höhe; am 1. April wurde der Zuckerpriß um 11% erhöht, und ab dem 1. Mai wird Mais, eines der Hauptnahrungsmittel, wieder um 15 bis 20% teurer. Noch ärger als für die Arbeiter in den Barackenstädten am Rande der weißen Zentren sind die Lebensbedingungen für die azanische Bevölkerung in den sog. „homelands“. Hier sind allein im letzten Jahr mindestens 50000 Kinder an Unterernährung und über 100000 infolge von Mangelerkrankungen und fehlender ärztlicher Versorgung gestorben. Die südafrikanischen Gefängnisse sind überfüllt mit Schwarzen, die dem Elend der „homelands“ zu entkommen suchen und dabei gegen die rassistischen Paß-Gesetze verstossen: Von je 100000 der Bevölkerung sind 440 inhaftiert, davon 176 aufgrund der Paß-Gesetze.

Doch das Kolonialregime hat allen Anlaß zur Furcht, trotz seiner ausgefeilten brutalen Unterdrückungsmaschinerie. Furcht bereitet ihm vor allem die Gewerkschaftsbewegung der azanischen Arbeiter, die aus der großen Streikbewegung des letzten Sommers gestärkt hervorging. Ende Februar verkündete Arbeitsminister Botha einen noch härteren Kurs gegen die schwarzen Gewerkschaften, die sich nicht registrieren und von den Kolonialisten kontrollieren lassen. Doch seine „letzte Warnung“ blieb ohne sichtbares Ergebnis. Der Einfluß der schwarzen Gewerkschaften wächst unaufhaltsam, und die Kette der von ihnen geführten Streiks und Demonstrationen reißt nicht ab. Im Februar demonstrierten in Port Elizabeth 8000 Arbeiter, die der Automobilarbeitergewerkschaft Macwusa angeschlossen sind, gegen Rassengesetzgebung und Unterdrückung der schwarzen Gewerkschaften. Im März streikten u.a. 1500 Bauarbeiter, ebenfalls in Port Elizabeth, gegen den Regierungsplan für ein neues Rentengesetz. Am 30.3. legten 2500 Bauarbeiter in der Hafenstadt Durban die Arbeit nieder, um 14tägliche statt monatliche Auszahlung des Lohns durchzusetzen. In Dalton in der gleichen Provinz traten 600 Arbeiter einer Zuckerraffinerie in den Streik, als die Kapitalisten die Zahlungen in Naturalien kürzten, ohne mehr Geld zu zahlen.

Jugoslawien

Zur Entstehung und Rolle der Arbeiterselbstverwaltung

Nach der Befreiung Jugoslawiens von den deutschen Faschisten wurde in der ersten, heute als „administrativ“ bezeichneten Phase die Wirtschaft nach dem Modell der SU aufgebaut. Bis 1948 waren sämtliche Betriebe nationalisiert, mit Ausnahme kleiner Handwerksbetriebe und der Landwirtschaft. In der Agrarreform 1948 wurden ca. 800000 ha Land den Großgrundbesitzern und reichen Bauern weggenommen und unter 316000 besitzlose Bauernfamilien aufgeteilt.

Die Verwaltung des staatlichen Sektors war zentralistisch: jedes Wirtschaftsministerium richtete in seinem Rahmen mehrere Haupt- und Generaldirektionen zur unmittelbaren administrativen und operativen Leitung der Unternehmen ein. Im Rahmen eines 5-Jahr-Planes war jedem Unternehmen vorgeschrieben, was zu produzieren und zu welchem Preis zu verkaufen sei. In der Landwirtschaft stieß der Versuch einer Kollektivierung auf Widerstand.

Die Konzentration der Mittel brachte die Möglichkeit einer beschleunigten Entwicklung des rückständigen Landes (1945 arbeiteten 75% der Bevölkerung in der Landwirtschaft). Es zeigten sich aber bald Nachteile in dem von der SU kopierten zentralgeplanten Wirtschaftssystem. „Die grundlegende Frage bestand im Grunde in folgendem: Ist das materielle und moralische Interesse des assoziierten Arbeiters die grundlegende treibende Kraft im sozialistischen Gesellschaftssektor oder die Aktivität und Kontrolle des Staates?“ (Soz. Theorie und Praxis 2/81) Die jugoslawischen Kommunisten berufen

sich bei der Einführung der Selbstverwaltung in Betrieben, Gemeinden und dem gesamten Staatsapparat auf die Vorstellung des Rätesystems, wie es Marx u.a. im Kommunistischen Manifest entwickelt hat, auf die Arbeiterräte der Pariser Commune und 1917/18 in der SU. Sie sehen die Möglichkeit einer Überwindung der Entfremdung des Arbeiters von den Produktionsmitteln und dem Produkt seiner Arbeit nur in einer Bestimmung der Arbeitskollektive selbst über Art und Umfang der Produktion und Verwendung des Mehrprodukts bzw. des Gewinns bei Weiterbestehen des Marktes. Nur so könnte schrittweise das Absterben des Staates erreicht werden und der Gefahr der Herrschaft einer „Bürokratenkaste“ über die Arbeiter begegnet werden, wie sie notwendig aus einer zentralistischen Wirtschaftsverwaltung entstehe.

Seit 1950 wurde die Selbstverwaltung erst in Betrieben, dann auf Gemeinde- und Staatsebene eingeführt, verbunden mit Dezentralisierung im politischen und ökonomischen Bereich. Die Unternehmen wurden nach der Wirtschaftsreform von 1965 als autonom erklärt, der Markt freigegeben, zentral werden nur noch Rahmenpläne erstellt. „Das Unternehmen ist der grundlegende Träger der gesellschaftlichen Reproduktion“, heißt es im entsprechenden Gesetz von 1965. Die Investitionsfonds des Bundes, der Republiken und Gemeinden wurden abgeschafft, die direkte Besteuerung der Unternehmen aufgehoben. Vorher mußten sie bis zu 50% ihres Reingewinns an den Staat abführen.



Sitzung eines Arbeiterrates in einem Metallbetrieb

Im „gesellschaftlichen Sektor“ (1978 betrug sein Anteil am Bruttosozialprodukt 86%) werden heute in allen Betrieben direkt Arbeiterräte gewählt, die aus ihrer Mitte einen Verwaltungsausschuß wählen. Eine von der Gemeinde und dem Arbeiterrat halbparitätisch besetzte Kommission wählt den Direktor. Für alle Gewählten gilt, daß sie nach ihrer Amtszeit höchstens einmal wiedergewählt werden können und jederzeit abwählbar sind. Über sämtliche Geschäftstätigkeiten des Unternehmens wie Verteilung des Gewinns, Neuinvestitionen, Art und Umfang der Produktion, Verteilung des Lohnfonds etc. bestimmen die direkt gewählten Gremien der Arbeiter, wichtige Fragen können per Referendum (Umfragen in der gesamten Belegschaft) entschieden werden.

Standardargument bürgerlicher Ökonomen: Die Selbstverwaltung sei „ineffektiv“ und wesentliche Ursache der gegenwärtigen Wirtschaftskrise.

Dem widersprechen schon die hohen Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts nach Einführung der Selbstverwaltung: mit durchschnittlich 8,6% von 1953 bis 1964 zählten sie zu den höchsten der Welt.

Allerdings trugen auch Probleme und Entartungen der Selbstverwaltung zur gegenwärtigen Krise bei: z.B. setzten einzelne Arbeitskollektive nach Freigabe von über 50% der Preise 1970 die Preise ihrer Produkte künstlich hoch, um höhere Gewinne zu erzielen. Die Einkommensunterschiede in Betrieben derselben Branche sind hoch, nicht immer wird das Prinzip „Bezahlung nach Leistung“ eingehalten. Bei den Streiks, die seit 1960 zunahmen, führten 60—80% der Arbeiter als Grund zu geringes oder ungerecht verteilt Einkommen an. Da die Arbeiter bei Konkursen selbst haften, werden Betriebe oft trotz Verlust weitergeführt: 1968 arbeiteten 1716, d.h. rund 10% der Betriebe mit Verlust.



Kapazitäten werden nicht voll ausgenutzt, die Arbeitsproduktivität ist zu niedrig. Die fast vollständige Freigabe des Marktes könnte das Nord-Süd-Gefälle im Land verschärfen, die Freigabe für ausländische Investoren bedroht die Selbstverwaltung in diesen Betrieben. Bessere Ausbildung der Arbeiter und Stärkung der Basis sollen zur Lösung der bestehenden Probleme wesentlich beitragen.



Fast alle leben von der Landwirtschaft.

Unruhen, Ausnahmezustand in Kosovo

Nach Demonstrationen von ca. 2000 albanischen Studenten im März und Anfang April, bei denen elf Menschen getötet wurden, herrscht seit dem 4. April der Ausnahmezustand in der autonomen Provinz Kosovo, Teil der Republik Serbien. Es ist dies der erste Ausnahmezustand seit Bestehen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien. In den Demonstrationen und vereinzelten Streiks wurde neben sozialen Verbesserungen die Errichtung einer albanischen Republik in Jugoslawien gefordert.

Jugoslawien hat mit dem Kosovo ein schwieriges Erbe übernommen.

Von den insgesamt etwa 3,5 Mio. Albanern leben nur 2,3 Mio. in Albanien. Fast 1 Million lebt im Kosovo (ca. 80% der Bevölkerung), die übrigen in Mazedonien und Montenegro. Bis 1913 war das Kosovo unter türkischer Besatzung, dann wurde es als Ergebnis der Balkankriege dem Königreich Serbien zugeschlagen. 1918 wurde Serbien ein Teil Jugoslawiens. Im 1. jugoslawischen Staat (1918-1941) bestimmten die serbischen Großgrundbesitzer und Bourgeoisie die Politik. Unter dem Ziel eines Großserbentums wurden andere Nationalitäten blutig unterdrückt. Bis 1945 wurde das Kosovo so rückständig gehalten. Der Gebrauch der albanischen Sprache war verboten, 95% der Bevölkerung waren 1945 Analphabeten, über 90% lebten von der Landwirtschaft, im ganzen Land gab es keine Asphaltstraße und gerade 40 Ärzte.

Tito versprach dem Kosovo volle Autonomie und einigte sich mit den Kommunisten Albaniens, das Kosovo im jugoslawischen Staatsverband zu belassen. Aber erst 1966 setzte eine systematische Förderung des Kosovo ein.

Heute zahlen die entwickelten Republiken 1,83% ihres Bruttosozialprodukts in einen Fonds, aus dem unterentwickelte Gebiete gefördert werden. U.a. wurde 1970 das Universitätszentrum in Pristina errichtet mit heute 35000 Studenten. Die albanische Kultur wird gefördert, einige Industriebetriebe wurden errichtet. Dennoch ist das Kosovo heute nach wie vor rückständig: Mit 1,5 Mio. Einwohnern, einem Zwölftel der Bevölkerung Jugo-

slawiens, wird nur ein Fünzigstel des Nationalprodukts produziert.

In mehreren Erklärungen betonen die jugoslawischen Kommunisten, daß die Unruhen im Kosovo von konterrevolutionären Kräften aus dem Ausland gesteuert seien und sich nur eine Minderheit der Bevölkerung daran beteiligt hätte. Am 12. April beschloß die Regierung des Kosovo Maßnahmen zur Erhaltung des Lebensstandards: Senkung der Preise für alle Grundnahrungsmittel, die Erzeuger sollen staatliche Ausgleichszahlungen erhalten. Die Mieten in den Studentenwohnheimen werden eingefroren, bessere Arbeitsbedingungen sollen an der Universität geschaffen werden. Der Ausnahmezustand besteht noch, die seit Anfang April geschlossenen Schulen wurden wieder geöffnet.



Markt in Pec



Scarface

Der leichengepflasterte Aufstieg eines Einzelkämpfers zum Gangsterboß von Chicago

„Mach es als erster, mach es allein, mach es weiter – und die Welt gehört Dir.“ Nach diesem Motto schießt sich Tony Camonte – zum Boß der Unterwelt von Chicago, zum Herrscher über den lukrativen Alkoholschmuggel während der Prohibitionszeit hoch. Tony – gefühllos, brutal, furchtlos – stammt aus dem Subproletariat italienischer Einwanderer. Er ist Leibwächter bei einem der Mafiabosse, die die Stadt und ihre Kneipen unter sich aufgeteilt haben. Den erledigt er als ersten, auf Rechnung eines anderen Gangsterbosses, dem er anschließend Geschäft und Frau abnimmt. Den Alkoholabsatz der Wirts treibt er mit der Pistole in die Höhe. Bei Weigerung, von Tony beliefert zu werden, fliegt die Kneipe in die Luft. Sein Geschäftsgebaren führt schließlich zum blutigen Straßkrieg der mächtigsten Banden, den er durch Einsatz von Maschinengewehren für sich entscheidet. Der erfolgreiche Einzelkämpfer endet, als er doch einmal Gefühle zeigt und in rasender Eifersucht den Gangster Rinaldo niederschießt, der sich in seine Schwester verliebt hat. Für die Staatsmacht der lang gesuchte Beweis, Tony zu erledigen. Eingekesselt von der Polizei, winselt er um Gnade, wird aber im Geschoßhagel niedergestreckt.

Der Film, 1930 von Howard Hawks gedreht, hält sich in weiten Teilen an die Lebensgeschichte von Al Capone und ist einer der ersten amerikanischen Gangsterfilme. Die Zen-



sur erzwang den Untertitel „Schande einer Nation“ und die Änderung der Schlusszenen, in denen ursprünglich nicht die Polizei obsiegte, sondern Tony im Bandenkrieg zur Strecke gebracht wurde. Der Film ist – trotz Zensurauflagen – alles andere als eine moraltriefende Anklage gegen das organisierte Verbrechen. Die Polizei erscheint genauso brutal und ohne Moral, als ein Feind unter vielen. Die Öffentlichkeit in Gestalt der Presse verfolgt den Bandenkrieg so wie eine Börsenschlacht. Der Aufstieg des Einzelkämpfers Tony Camonte

vollzieht sich ja auch entsprechend der Wolfsmoral der Kriminalistenklasse. Anders als die meisten späteren Gangster- und Polizeifilme aus den USA ertränkt „Scarface“ die Darstellung des Verbrechers und seiner Taten nicht in einem Wust bürgerlicher Heuchelei, scheidet nicht nach „Gut“ und „Böse“. Zu den gesellschaftlichen Ursachen des Verbrechens stößt der Film nicht vor, er setzt sie als gegeben voraus. Der Ölmillionär Howard Hughes hat den spannend gemachten und aus eindrucksvollen Szenen gestalteten Film finanziert.



Jacques Mesrine – „Staatsfeind Nr. 1“

In den Jahren 74 und 75 schrieb Jacques Mesrine – in Frankreich und Kanada gejagt als „Staatsfeind Nr. 1“ – im Gefängnis seine Lebensgeschichte. 1977 erläßt die französische Regierung ein Gesetz, nach dem „kein Krimineller den Gewinn aus der Veröffentlichung seiner Verbrechen erhalten darf“. Das Buch verschwindet aus dem Handel bis zum Tode Mesrines.

Mesrine schildert seine Jugend und, „wie alles angefangen hat“, wie er vom kleinen Pariser Ganoven zum professionellen Bankräuber wird. Er beschreibt die Vorbereitung und Durchführung seiner Aktionen, die Gesetze des „Milius“, die Organisierung seiner Verbindungen, den fintenreichen Kampf gegen die Polizei, die Verhaftungen, die Haftbedingungen, die spektakulären Ausbrüche. Drei Jahre war er im Hochsicherheitstrakt untergebracht. Er tritt mit Erklärungen und Aktionen gegen die Isolationshaft auf. Eine Strafaktion gegen einen Richter mißlingt ihm. Im Januar 79 gibt er der Zeitung „Libération“ ein Interview: „Ein Mensch kann unmöglich seine geistige Vernichtung akzeptieren. Seine Strafe abbüßen, ist eine Sache, sich vernichten lassen, eine andere, ... da ich nun frei bin, (darf ich) nicht verraten, was ich war und erreichen wollte.“ Die Reporterin wird anschließend verhaftet. Am 24. Oktober 79 wird Mesrine von einem Sonderkommando der Polizei in seinem Auto erschossen.

Mesrine, der Todestrieb, Nautilus / Nemo Press, Hamburg 1980, DM 26

Die Bekehrung des Schinderhannes

Carl Zuckmayers Drama „Schinderhannes“ wurde 1927 in Berlin uraufgeführt, eins seiner „Volksstücke“, wie er sie selber verstand. Johann Bückler, genannt Schinderhannes, war ein Räuber, der im Hunsrück lebte. Zuckmayer macht aus ihm einen deutschen Robin Hood, der die Reichen plündert, die Armen beschützt. Das Stück spielt zur Zeit Napoleons. Verarbeitet sind Erfahrungen des Verfassers, die er als Freiwilliger aus gutbürgerlichem Haus im ersten Weltkrieg machte. Ihn beeindruckte die enge Berührung mit Menschen, die nicht seiner Klasse angehörten. Er

studierte ihre Auffassungen und Sprechweise. Im „Schinderhannes“ sprechen die Räuber und das Volk rheinhessischen Dialekt.

Bückler, der bis dahin Blutvergießen abgelehnt hat, wird von seiner Geliebten Julchen beschworen, nicht den als Verständigung an sich selbst verstandenen Kampf gegen die einrückenden französischen Truppen und die mit ihnen zusammengehenden Vertreter der herrschenden Klasse auf dem Land aufzunehmen. Sie verläßt ihn. Die Räuber und verbündeten Bauern, Handwerker und Industriearbeiter erleiden eine vollständige Niederlage. Durch die Geburt eines Kindes bringt Julchen den Schinderhannes zu seinem besseren Selbst, d.h. zur Ablehnung von Gewalt, zurück. Er versucht hauptsächlich, am Leben zu bleiben, und tritt auf der rechten Rheinseite in die preußische Armee ein, wird verraten, eingesperrt und mit neunzehn anderen guillotiniert. Die letzte Nacht bringt der Schinderhannes mit Julchen, teilt halbwegs frohgemut seine Henkersmahlzeit mit ihr und ist zufrieden, in seinem Kind weiterzuleben. Der Schluß versöhnt jeden mit jedem und demonstriert das richtige Leben und Sterben eines Unpolitischen, der individuell seine richtige Beziehung zum unantastbaren Leben wiederhergestellt hat. Obwohl Zuckmayer die unterdrückten Klassen mit Sympathie und Realismus darstellt, nimmt er keineswegs für ihren Kampf gegen in- und ausländische Unterdrücker Partei. Vielmehr endet er in einer ziellosen Natur- und Lebensmystik.

Carl Zuckmayer: Der Fröhliche Weinberg. Schinderhannes. Zwei Stücke, Fischer TB 7007. Frankfurt a.M. 1968. 3,80 DM.

Gedichte von Peter Paul Zahl

Er wurde 1972 eingesperrt, 1974 zu vier Jahren Haft verurteilt. Noch im selben Jahr erklärte die Staatsanwaltschaft die „gefährliche Körperverletzung und schweren Widerstand“ zu „zweifachem versuchten Mord und Widerstand“ und setzt 15 Jahre Gefängnis durch, hauptsächlich, um seine Gesinnung als Unterstützer der RAF zu bestrafen.

Seine Gedichte haben keine Reime und kein festes Versmaß, sind aber streng gebaut durch verschiedene kurze Verszeilen, die sich nach Satzzeilen und Sinneinheiten gliedern.

Die Form füllt sich meist zum Mittelteil hin leicht, verläuft dann zugespitzt zum Schluß hin und endet oft mit einer Pointe. Ein sehr kurzes Beispiel:

Weihnachten

frohes fest
sagte der wärter
und schloß
meine Zellentür
er dachte
sich gar nichts
dabei

Zahl legt Wert auf die Einteilung der Rede, um den Inhalt hervorzuheben. Seine Texte sind kunstvoll der laut gesprochenen normalen Sprache angenähert. Mehrere Gedichte hat er Personen gewidmet, die für die Kämpfe eines bestimmten Volkes oder für eine staatsfeindliche Richtung in der BRD stehen, z.B. Ulrike Marie Meinhof. Auf den Tod der RAF-Häftlinge schrieb er 1976 das Gedicht „freitod“, in dem die Tätigkeit des „selbstmörder“ verfolgt wird:

den selbstmörder steckt
den schlüssel ins schloß
das vorher gut geölt
der selbstmörder geht
an die arbeit ...

Andere gelten Opfern des Strafvollzugs, die sich nicht wehren konnten, z.B. „für H.P. Vast, erschlagen in der JVA Mannheim“, in dem er nicht nur die Behandlung der Strafgefangenen angreift, sondern auch die Gründe, aus denen die Bourgeoisie sie einsperrt:

sie schlagen dich tot / sie buchen dich um
sie tragen dich aus / bereinigen die Lisen
gelegenheitsdieb erstickte an knast

Zahl unterstützt Kritik an der unmenschlichen Form, die die Sozialeinrichtungen im Kapitalismus annehmen, z.B. das Gesundheitswesen:

sagen Sie ehrlich / herr doktor
es waren placebos / nicht?
ich dachte es mir
sie helfen auch nicht

Schließlich enthalten einige Gedichte auch herbe Kritik an der Unfähigkeit der Linken, den Klassenkampf zu führen, z.B. in „probleme des klassenkampfs“:

marx sagte schon
jes.43,11 wie recht er hat
aaO.aaO.op.cit.
ebenda ebenda
aoao

Zahl arbeitet mit Zitaten, verdeckt sie aber nicht, sondern erklärt sie durch Fußnoten. Er stellt sich so ausdrücklich in die Tradition anderer aufrührerischer Verfasser von Gedichten und Liedern.

Peter Paul Zahl, Schutzimpfung. Rotbuch 132, Berlin 1975, 6,00 DM. ders.: Alle Türen offen. Rotbuch 178, Berlin 1977, 8,00 DM.

Eigentumsverhältnisse

Wem gehört der Boden in Westdeutschland?

Die Frage, wem der Boden in Westdeutschland gehört, läßt sich nur näherungsweise beantworten, weil der bürgerliche Staat keine genauen Untersuchungen über diese Eigentumsverhältnisse vornimmt. Es gibt keine vollständige Erfassung des Eigentums an Grund und Boden in Westdeutschland. Es gibt lediglich Teiluntersuchungen und Hochrechnungen.

Nach umfassenden Untersuchungen von G. Epping sind heute $\frac{2}{3}$ des Bodens im Privatbesitz und $\frac{1}{3}$ hat sich der bürgerliche Staat angeeignet, während 1937 noch $\frac{3}{4}$ im Privatbesitz und $\frac{1}{4}$ öffentlich waren. Allerdings sind selbst diese groben Zahlen mit Vorsicht zu genießen, weil 1937 nur 92,6% des Bodens erfaßt wurden. Gerade die Städte und andere Siedlungsflächen wurden nicht erfaßt. Gerade dort ist aber der öffentliche Eigentumsanteil mit bis zu der Hälfte der Grundfläche besonders hoch. (Mit steigender Gemeindegrößenklasse steigt auch der öffentliche Anteil am Boden: unter 10000 Einwohner 13%, über 1 Mio. Einwohner 46%). Die Angaben über den staatlichen Besitz sind von 1973 jedoch genau, weil darüber Statistiken geführt werden. Auf jeden Fall hat der Staat seinen Besitz erheblich ausgedehnt auf Kosten von privaten Einzelpersonen. Ebenso die Kirchen, Banken, Versicherungen und Wohnungsbaugesellschaften.

Bodenutzung in der BRD (Vergleich 1937 und 1973)¹

	1937 Mio.ha %	1973 Mio.ha %	in %
1. Landwirtschaftl. Nutzfläche	14,8 59,6	13,7 55,3	— 1,7
2. Wald	7,5 28,3	7,2 29,0	+ 5,3
3. Gebäude- u. Hoffläche	0,4 1,8	1,1 4,5	+ 36,9
4. unkultivierte Moorfläche	0,3 1,2	0,2 0,7	— 10,9
5. sonst. Öland	0,9 3,7	0,7 2,7	— 6,9
6. Verkehrsfl., Grünanlagen, Sport- u. Flugplätze, Militär. Übungsplätze, Gewässer	1,3 5,3	2,0 7,9	+ 11,4
Summe	24,9 100	24,9 100	

1) Nach den Bodennutzungserhebungen der Jahre 37 und 73; Quelle: Stat. Jahrbuch 1938 und 74.

Grundeigentümer in der BRD (Vergleich 1937 und 1973)

	1937 ¹ Mio.ha %	1973 ² Mio.ha %	Differ. in %
1. Natürliche Personen	17,1 75	16,1 65	— 10
— Einzelpersonen	16,1 70	14,7 59	— 11
— Gemeinschaftseigentum	1,1 5	1,4 5,5	+ 1
2. Jur. Pers. d. priv. R.	0,3 1,5	0,8 3	+ 1,5
— Banken, Versicherungen	0,01 0,0	0,01 0,0	—
— Wohnungs- u. ä. Gesell.	0,03 0,1	0,2 0,8	+
— sonst. Unternehmen	0,3 1,1	0,5 2	+ 1
— ohne Erwerbscharakter	0,0 0,1	0,9 0,4	+
3. Jur. Pers. d. öff. Rechts	5,5 24	8,0 32,2	+ 8
— öff. Hand	5 22	6,7 27,1	+ 5
— Religionsgemeinschaften	0,3 1,5	1,0 4	+ 2,5
— sonstige	0,2 1	0,3 1	+
Summe	23,1 100	24,8 100	

1) Land- und Forstwirtschaftliche Erhebung von 1937 (umfaßt 92,6% der Gesamtfläche); 2) Hochrechnung nach Auswahlflächen (0,2% des Bundesgebietes) mit Hilfe der Landwirtschaftszählung 1971, den genauen Angaben der Gebietskörperschaften; Quelle: G. Epping, Bodenmarkt und Bodenpolitik in der BRD, 1977, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Band 67.

Wie aus dem Vergleich der Bodennutzungen hervorgeht, ist ein Grund die Ausdehnung der Siedlungsflächen und der Verkehrs-, Militär- und Flugplatzflächen auf Kosten der landwirtschaftlichen Nutzfläche und der unkultivierten Moorflächen sowie des sonstigen Ölandes. Wie wir andererseits aus den landwirtschaftlichen Untersuchungen wissen, vollzieht sich jedoch auch ein Strukturwandel in der Landwirtschaft, der zur Vernichtung der

Kleinbauern und zur Ausweitung der Großbauern führt. Andrerseits vollzieht sich ein Strukturwandel in den Siedlungsflächen, der die Zunahme des Kleineigentums beinhaltet.

1973 waren 34% des Bundesgebietes im Besitz der Land- und Forstwirte, 22% waren sonstige natürliche Personen, und 2% waren Handwerker und Kaufleute, und 0,4% hatten freie Berufe. 1937 hatten 37,5% der Gesamtfläche natürliche Personen mit einem Gesamteigentum von unter 20 ha und 32,3% mit 20 und mehr ha in eigenem Besitz.

Mit den obigen Angaben läßt sich nur erahnen, wer neben dem bürgerlichen Staat und den Kirchen am meisten Grundrente einstreicht, weil bei dieser Betrachtung nur die Größe der Fläche, nicht jedoch die Beurteilung der Grundstückseigentümer nach der Grundstücksgröße und des Wertes des Bodens pro qm berücksichtigt wurde. Städtische Grundstücke haben einen 100 bis 1000-fach höheren Wert als einfache unkultivierte Flächen. Untersuchungen über die landwirtschaftlichen Flächen und die Siedlungsflächen sind notwendig, um diese Fragen genauer zu klären.

Kommunistische Partei Deutschlands: „... In Mannheim sind derzeit 10000 bis 12000 Menschen ohne Wohnung ... In einem Zeitraum von 8 Jahren erhöhte sich der Preis für eine Sozialwohnung (in einem Neubaugebiet) um 98% ... an eine sinnvolle Sanierung ist nicht gedacht. Dazu subventioniert die Stadt Mannheim noch Projekte, wo Spekulanten Häuser verfallen lassen ... Für eine bessere Wohnungs- und Sanierungspolitik. Gegen die Profitpolitik der Konzerne!“ (Volkskorrespondenz in Roter Morgen, 3.4.1981)

Kommunistischer Bund Westdeutschland: „Wohnungsnot hat konkrete Gründe, vor allem in der staatlichen Wohnungspolitik, die durch eine Reihe von Maßnahmen zur Förderung des Wohnungseigentums Hundertausende von Mietwohnungen ihrer bisherigen Nutzung entzogen und ausreichenden Neubau verhindert hat ... (Es ist) aber die unterschiedlich hohe Grundrente je nach Lage entscheidend für die Mietunterschiede. Der Mieter muß dabei mit dem Kapitalisten konkurrieren ...“ (Kommunistische Volkszeitung, 22.12.1980) „Tatsächlich können die sogenannten auf einen Neubau berechneten ‚Kostenmieten‘ am Markt nicht durchgesetzt werden, weil die Preise der Bestandwohnungen drücken ... Es müßten in den Anfangsjahren Verluste in Kauf genommen werden, die die Unternehmen nicht auf sich nehmen wollen.“ (Kommunistische Volkszeitung, 16.3.1981)

Grüne: Der Abgeordnete im baden-württembergischen Landtag Hasenclever führte in der Haushaltsdebatte laut Staatsanzeiger aus: „Die Antwort der Landesregierung auf die drängenden Probleme, z.B. die Bodenprobleme und die Probleme der Zweckentfremdung von Wohnraum, aber sei ‚der Knüpfel‘. Damit werde die Wirkung bekämpft. An die Ursache, an den Grund der Bodenspekulation gehe die Regierung nicht. Anstatt durch ein neues Bodenrecht der Spekulation Einhalt zu gebieten, werde mit Polizeieinsatz geantwortet ... Für Hasenclever ist die Wohnraumproblematik vor allem ein Verteilungsproblem. Deshalb halte er nichts von großartigen Zubauten ...“

Daß die Wohnung Ware ist und im Wohnungsbau Profit gemacht wird, kann die Versorgungskrise nicht erklären. Hierin liegt kein Unterschied zu anderen Konsumgütern. Das Monopol, das es dem Grundbesitzer erlaubt, Rente zu ziehen für das Zurverfügungstellen von Boden, macht aber die Mieten wie kaum einen anderen Preis staatlicher Beeinflussung zugänglich. Die Politik der Kapitalistenklasse in Westdeutschland war es zunächst, die verausgabte Lohnkost für Wohnraum niedrig zu halten. Daraus resultierten Restriktionen gegen den Grundbesitz, insbesondere die Preisbindung der Altbaumieten. Geht man von der Abschreibung der alten Gebäude aus, wird ja hier fast nur Grundrente gezogen.

Da eine solche Restriktion den Profit auf neuangelegtes Kapital nicht beeinträchtigt, war keine Beeinträchtigung des Mietwohnungsbaus, wohl aber des Eigenheimbaus, wie mangelhafte Instandhaltung des Altbaubestandes die Folge. Da sich die ziehbare Rente durch das je niedrigste Niveau des Wohnungsbestandes bestimmt, hat die Freigabe der Altbaumieten eine generelle Tendenz zur Anhebung der Grundrente, damit der Mieten, und damit auch des Strebens nach eigenem Haus- und Grundbesitz die Folge. Für das Angebot von Mietwohnungen hatte dies solange keine dramatischen Folgen, wie mit steigenden Reproduktionserfordernissen und steigenden Lohnzahlungen zugleich eine Nachfrage für Wohnungen mittlerer, jedenfalls steigender Qualität vorhanden war. Der Eklat trat ein, indem mit dem Absinken des Lohnstandards die Nachfrage nach Wohnungen solcher Qualität nicht mehr zahlungsfähig war und soweit sie das war, den Erwerb von Wohnungseigentum versuchen mußte. Zugleich bekommt eine Gruppe von Nachfragern, die überhaupt nicht zahlungsfähig ist, Jugendliche in Ausbildung, größeres Gewicht. In dem Maße nun, wie Wohnungen überster Qualität in Benutzung bleiben oder sogar wieder in Nutzung gebracht werden können, steigt wiederum das Niveau der Mieten insgesamt, da das untere Niveau, das die realisierbare (Differential-)Grundrente bestimmt, absinkt. In der Folge werden nur noch größere Teile der Arbeiterbevölkerung in Elendsquartiere gedrängt. Eine Förderung des Neubaus von Mietwohnungen, der nur durch hohe Rendite auf in Wohnungsbauten neu investiertes Kapital reizvoll wird, braucht hiervon gar nicht auszugehen, es sei denn, es wird wieder möglich und lohnend, Baracken aufzuschlagen. Die Spekulation in Sanierungsgebieten kommt verschärfend hinzu, so daß das Sinken des Lohnstandards in der Form der Wohnungsnot einen seiner krassesten Ausdrücke finden kann – ohne daß dies etwa zur Gegenwehr einer geeinten Arbeiterbevölkerung führen müßte.

Zu den Problemen der Instandsetzerbewegung wie zu den politischen Forderungen in der Wohnungsfrage äußern sich die Hausbesetzer selber wie auch die DKP ausführlich:

Instandbesetzer: „... 4. Sofortige Instandsetzung aller besetzten Häuser ... 6. Gelder, die für die Instandsetzungen und Standardverbesserung der Häuser notwendig sind, sollen ... an einen von den Besetzern ausgewählten Treuhänder bezahlt und von diesem verwaltet werden. 7. Wesentlicher Bestandteil der Verträge muß das Prinzip der Selbsthilfe und Eigenleistung sein. 8. Anwendung des Zweckentfremdungsverbots gesetzes, Verwendung aller Instandhaltungspauschalen der Mieter für

Wohnungsfrage

Untersuchungen und Konzepte der westdeutschen Linken

Kann die so heftige Bewegung gegen die Wohnungsnot über die ideologische Bedrängnis der bürgerlichen Parteien hinaus einen Beitrag zur Sicherung des unabsehbaren Reproduktionserfordernisses „Wohnen“ leisten? Die wohnungsbaupolitischen Konzepte der Bundesregierung wie der CDU/CSU lassen eher das Gegen teil befürchten. Handfest ist bereits die Gefahr, daß konservative Strömungen, die sich aus dem Besitz von Grund- und Haus eigentum nähren, für eine tiefgehende politische Spaltung der Arbeiterbevölkerung genutzt werden können, woran die CDU/CSU mit Energie laboriert. Die Sympathie, die das soziale Anliegen der Hausbesetzer in der Gewerkschaftsbewegung findet, ist durchsetzt mit Zweifeln bezüglich der Wirkung von deren Aktionen.

Wir wollen dokumentieren, wie die Linke in Westdeutschland diese Entwicklung analysiert, worin sie ihre Ursachen sieht und mit welchen Konzeptionen sie vorgeht – zunächst Äußerungen über Ursachen und Charakter der gegenwärtigen Wohnungsprobleme.

Deutsche Kommunistische Partei: „Der ‚Wohnungs-Markt‘ funktioniert nicht ... Die tiefe Ursache hierfür ist das bei uns herrschende kapitalistische System, in dem alles, auch die Wohnung, zur Ware wird, in dem alles dem Gesetz des Profits unterworfen wird ... 4,5 Mio. Wohnungen entsprechen nicht den heutigen Anforderungen an durchschnittlichen Wohnkomfort ... 800000 Wohnungen drohen zu verfallen. Die Eigentümer röhren keinen Finger für deren Erhalt, da sie aus Profitgründen am Abriß ... interessiert sind ... Die Mieten steigen ... Millionen Menschen, die Anspruch auf eine Sozialwohnung haben, sind auf den freien Wohnungsmarkt angewiesen, weil der Bau von Sozialwohnungen ... nahezu eingestellt wurde ... Viele Milliarden gehen jährlich über ‚Bauherrenmodelle‘ verloren. Nutznießer sind ... wenige Reiche. Alle 10 Jahre verdoppelt sich der Wert des Wohnungs- und Grundbesitzes ... Die den Wohnungsmarkt beherrschenden Kräfte ... sind sich einig, das Wohnungswesen noch stärker der Geschäftemacherei und der Profitjagd auszuliefern ...“ (Vorschläge der DKP „Für eine demokratische und soziale Wohnungs politik ...“, Eigenbeilage der UZ, 28.3.1981).

Komitees für Demokratie und Sozialismus: „Für westberliner Verhältnisse jedenfalls gilt, daß die Strategie, Häuser zu entmieten und verkommen zu lassen, in Erwartung einer anschließenden Freigabe zwecks Abriß bzw. Modernisierung sich als das ... am weitesten anwendbare Mittel zu Erzielung maximaler Profite herausgestellt hat ... Ein großer Teil der westberliner Bevölkerung ist aufgrund seiner materiellen Lage auf billigen Wohnraum angewiesen ... Tatsächlich wurden die unterlassenen Instandsetzungen ... mit öffentlichen Mitteln überhaupt erst produziert.“ (Hefte für Demokratie und Sozialismus, März 1981).

Kommunistischer Bund: „Der Staat ist nicht mehr in der Lage, das Grundrecht auf Wohnen allen Bevölkerungssteilen zu garantieren ... Mit der langangelegten ‚Liberalisierung‘ des Wohnungsmarktes gab der Staat den Forderungen des Haus- und Grundbesitzes nach, Wohnungen zu Marktmieten zu vermieten, Wohnraum durch Abrisse zu verknappen, die Mieten hochzutreiben und Renditen zu erzielen, wie sie Abrisse auf anderen Kapitalmärkten üblich sind ... (Es) wurde eine Subventionspolitik entwickelt, die den Reichen noch mehr gibt und die armen Bevölkerungsschichten noch mehr auspreßt ... Die Monopolstellung privater und öffentlicher Grundbesitzer ... führt zu massiven Eingriffen in das Recht der freien Entfaltung der Persönlichkeit ...“ (Wohnungskommission in Arbeiterkampf, 5.1.1981).

die Häuser. Erhalt der Mietpreisbindung, gegen jeden Wohnraumleerstand . . .“ (Rororo-aktuell: Besetzung – weil das Wünschen nicht geholfen hat)

Komitees für Demokratie und Sozialismus: Sie beklagen als Problem der Instandbesitzerbewegung: „In dem Maße nämlich, wie die Begeisterung für ‚alternative Lebensformen‘ bloß noch als Selbstorganisation des gesellschaftlichen Elends in Erscheinung tritt, wächst auch die Gefahr, daß diese Initiativen . . . im Endeffekt noch Wasser auf die Mühlen der staatlichen Sanierungsplanung gießen, weil . . . sie dem Senat bzw. den Eigentümern die Folgekosten der von ihnen verursachten Misere weitgehend ersparen.“ (Hefte für Demokratie und Sozialismus, März 1981)

Kommunistischer Bund Westdeutschland: Es wird gewarnt „vor Illusionen über Wirkungen einer Nationalisierung von Grund und Boden für die Lösung der Wohnungsfrage. Es hat sich gezeigt, daß die meisten Erscheinungen des Wohnungselends Resultat der ökonomischen Gesetze des Kapitals und nicht des Grundeigentums . . . sind . . . Wahrscheinlich erzielt man mehr Wirkung mit dem Standpunkt, daß es dafür (für die Nationalisierung von Grund und Boden und kommunale Verwaltung) längst Zeit war, die Maßnahme aber nicht ausreicht.“ (Kommunismus und Klassenkampf, 3/1981)

Grüne: Im baden-württembergischen Landtag „plädierte der Abgeordnete Erichson im Wohnungsbau für mehr Möglichkeit zur Selbsthilfe und verwies auf das sogenannte Genossenschaftsmodell. Dabei geht es darum, daß Wohnungssuchende sich zusammenschließen, um sich gegenseitig zu helfen und das geschaffene selbst zu verwalten. Er erneuerte die Forderung nach Wiedereinführung des Sozialpandabriefes. Damit wäre es im Vergleich zum sog. Bauherrenmodell möglich, beim gleichen Einsatz von Staatsmitteln die dreifache Zahl von Wohnungen zu schaffen.“

Deutsche Kommunistische Partei: „Schluß mit Spekulation und Wucher: das Wohnungswesen muß zu einer sozialen Aufgabe erklärt werden. Der persönliche und Familienbesitz an Wohnhaus ist zu sichern und zu schützen. Der Wohnhausbesitz von Banken, Versicherungen und Konzernen mit mehr als 100 Wohnungen ist in gemeinnützige Eigentumsformen zu überführen. Grund und Boden für den sozialen Wohnungsbau ist . . . in demokratisch kontrolliertes öffentliches Eigentum zu überführen. Neben diesen Grundsatzforderungen schlägt die DKP eine Reihe von besonders dringlichen Maßnahmen vor. Dazu gehören die Erhöhung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau, ein sofortiger Mietstopp bis zur Einführung einer gesetzlichen Begrenzung der Mieten, der Ausbau des Kündigungsschutzes und die Bestrafung von Miet- und Bodenwucher . . . Solche Veränderungen des Boden- und Mietrechts, die . . . den Forderungen nach angemessenen Wohnungen zu tragbaren Mieten entsprechen.“ (UZ vom 28.3.1981) „Häuser, die zum Zwecke der Spekulation abgerissen oder zerstört werden sollen, sind wegen Mißbrauchs des Eigentums . . . zu enteignen . . . Die Entschädigung bei Enteignung erfolgt . . . zu dem Wert, den die Eigentümer zwecks Besteuerung angegeben haben.“ (Beilage zur UZ vom 28.3.1981)

Drastische Eingriffe in das Eigentumsrecht bei Zweckentfremdung zu verlangen, liegt nahe, und die vorgeschlagene Entschädigungsregelung ist vertretbar. Gleichwohl ist die Frage, ob mit der Forderung nach Enteignung im Zentrum eine Richtung eingeschlagen ist, die sich halten läßt. Jedenfalls ist das Problem, daß es einen breitgestreuten Grund- und Hausbesitz in der Arbeiterbevölkerung gibt, nicht dadurch zu erledigen, daß man die Forderung nach Nationalisierung von Grund und Boden für historisch überfällig erklärt. Die Gegenkräfte, die sie mobilisieren kann, möchten größer sein als das, was mit dieser Forderung jetzt bewirkt werden kann. Wie relativ wenig etwa mit der Enteignung der Versicherungen durch den imperialistischen Staat gewonnen ist, sieht man leicht daran, daß die Wohnungen hier ja reale Sicherheiten sind für reale Versicherte, die gewährleistet sein müssen. Wenn man diese Frage schon aufwirft, so liegt vielleicht eine Propaganda näher, die angreift, daß die gesetzlichen Sozialversicherungseinlagen die Deckungsreserve der Kapitalistenklasse für Krieg und Wiederaufbau abgeben mußten, wohingegen die privaten Versicherungsgesellschaften ihre Anlagen z.B. im privaten Wohnungsbau suchen könnten.

Die Forderung nach vermehrtem sozialen Wohnungsbau bezieht sich auf einen Bestand von unterdurchschnittlichen Mieten dämpfend auf das gesamte Mietniveau wirkt. Dies dürfte aber nur so lange der Fall sein, wie nicht das niedrigste bewohnbare Niveau über einen völlig anderen Wohnstandard definiert wird. Wenn man in der Senkung des Lohnstandards eine wesentliche Ursache der gegenwärtigen Versorgungskrisis und die Verschärfung, die diese Entwicklung durch ein weiteres Einreißen des Reproduktionsstandards in Bezug auf Wohnen erfahren muß, sieht, so wird man gut tun, der Forderung nach angemessenem Wohnraum, d.h. der Garantie von Mindeststandards für Wohnungen, großes Gewicht zu geben. Sie würde nicht den gleichen entschiedenen Gegensatz des Grund- und Hausbesitzes hervorrufen müssen und vor allem die Position der Arbeiterbewegung bei der Verteidigung des Lohnstandards stärken. Was aber nicht über die Lohnzahlung in irgendeiner Weise in den Konsumtionsfonds der Arbeiterbevölkerung eingeflossen ist, kann auch nicht für Konsumtionsmittel, etwa für Wohnungen, verausgabt werden.

TÜV-Hauptuntersuchung

Höhere Sicherheit nur bei teureren Autos

Hat man den angerosteten Golf Baujahr '75 vor Augen, der so eben auf dem Weg zur Arbeit mit Motorschaden verendet ist, will man es kaum glauben: Stabiler, leistungsfähiger, sicherer denn je sollen sie sein, die Automobile der 80er Jahre. Jedenfalls sind die Scheidungsurteile, die der TÜV anlässlich der periodisch fälligen Hauptuntersuchungen auszusprechen pflegt, rückläufig, desgleichen die Anzahl der mit schweren Mängeln behafteten Fahrzeuge und der wegen Verkehrsunsicherheit stillgelegten KFZ. Das geht aus dem TÜV Auto-Report '81 hervor.

Den bayerischen Wirtschaftsminister Jaumann hat das flugs zu dem Vorstoß beim Bundesverkehrsminister veranlaßt, die erste TÜV-Hauptuntersuchung nicht wie bisher nach zwei, sondern erst nach vier Jahren zu verlangen (bei Neuwagen). Die Versicherungskapitalisten haben durch ihren HUK-Verband bereits schwerste Bedenken angemeldet, weil sie eine Erhöhung des Schadenbedarfs fürchten und mithin eine Schmälerung der offen und versteckt gemachten Profite aus der Kraftfahrtversicherung. Vier Jahre bis zum ersten TÜV-Vorführungstermin könnte ihrer Meinung nach Hersteller und Halter dazu verführen, weniger Sorgfalt und auch Kosten für die Instandhaltung der Fahrzeuge zu verwenden und deshalb mehr Schäden zu verursachen.

Tatsache ist: Die Anzahl der in den verschiedenen TÜV-Reports statistisch erfaßten leichten Mängel ist bei Neufahrzeugen seit 1971 rückläufig, bei solchen über sechs Jahren jedoch um 25% gestiegen. Dagegen sind hier die schweren Mängel um 22% zurückgegangen, bei den Neufahrzeugen um 70%. Die folgende Tabelle beruht auf den Untersuchungen des TÜV, veröffentlicht im TÜV-Report '81.

Festgestellte Mängel durch die TÜV-Hauptuntersuchung (leichte – schwere – verkehrsunsicher) auf je 100 Fahrzeuge

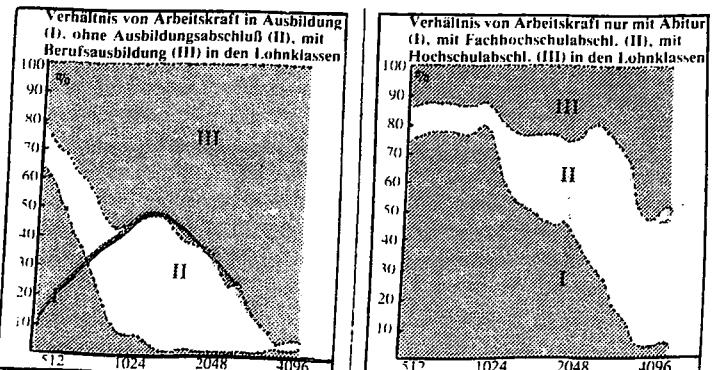
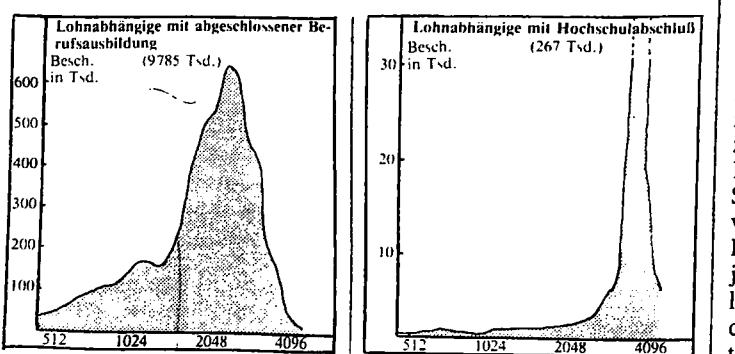
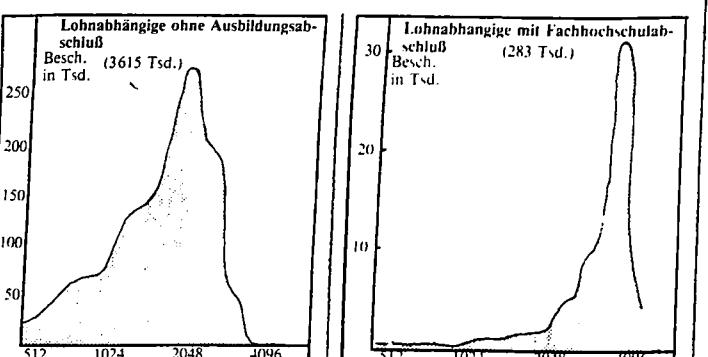
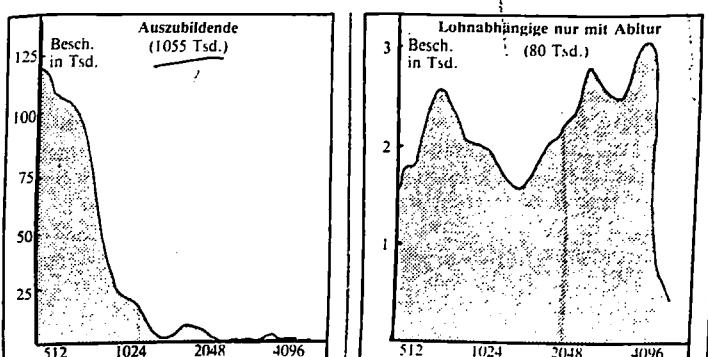
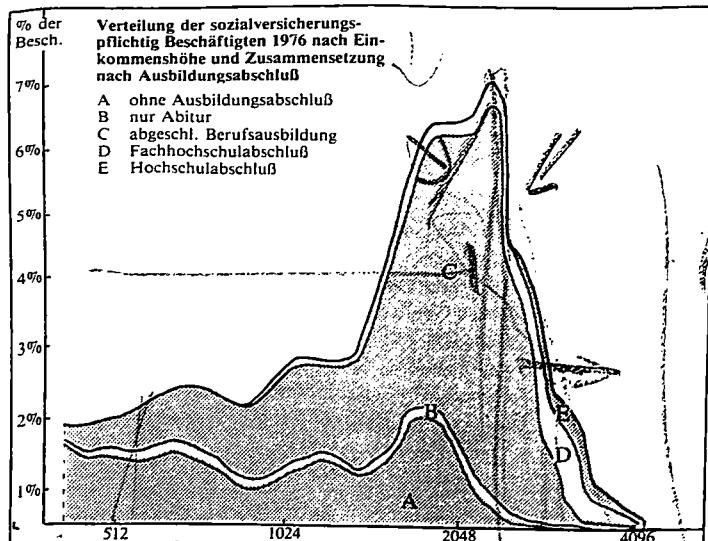
	Alter der Fahrzeuge				
	1 – 2 Jahre	3 – 4 Jahre	über 6 Jahre		
71	26,3	24,4	0,1	29,5	30,4
73	27,1	18,7	0,1	29,6	25,4
75	27,1	17,0	0,0	30,6	25,8
77	26,3	12,9	0,0	30,8	21,3
79	26,5	11,9	0,1	30,4	18,7
80	24,4	7,5	0,0	30,6	17,0
				0,0	0,0
				30,4	43,8
				0,5	

Die schweren Mängel sind also zugunsten des Zuwachses der leichten erheblich zurückgegangen. Und tatsächlich: Nach vierjähriger Dauer seit Neuzulassung sind ebensowenig KFZ aus dem Verkehr gezogen worden wie nach zweijähriger, nämlich so gut wie null Prozent. Der anscheinend klare Trend ist aber gar nicht so klar, weil die angegebenen Zahlen Durchschnittswerte sind, man aber kein Durchschnittsauto fährt, sondern einen Golf, Kadett, Escort, Mazda usw. Die Bandbreite der Mängelhäufigkeit, aus denen der Durchschnitt gebildet ist, ist frappierend:

	Autos ohne Mängel bis zwei Jahre alt (in %)			
	1971	1975	1979	1980
schlechtester Typ . . .	17	29	30	30
bester Typ	62	66	71	75

Im Klartext: Erstens sind bereits nach zwei Jahren die billigen Autos – zu 70% mit Mängeln behaftet, die zur Wiedervorführung beim TÜV verpflichten, die teuren Modelle jedoch nur zu 25%. Zweitens hat es offenbar bei den (jeweils) billigen Typen seit '75 keinen, bei den teureren aber einen Rückgang der Wiedervorführungsfälle um immerhin rund 10% gegeben. Die Ersparnis von Reparaturkosten ist entsprechend. Keiner will behaupten, daß der Golf billig sei, jedenfalls kommt jeder zehnte Golf, Polo und Scirocco nach zwei Jahren erst nach Wiedervorführung durch den TÜV, bei den „kleinen Japanern“ ist es jeder sechste, und beim Renault 4 jeder fünfte, ebenso wie beim Ford Fiesta, einem „Renner“ für '81 (als „Festival“-Ausführung). Besitzer von Volvo, Daimler Benz, Audi 100 und 80 müssen dagegen nur mit 6%iger Wahrscheinlichkeit zweimal zum TÜV – jeder 17. Dafür zahlen sie eben vorher – im Kaufpreis –, wobei es den einen sicher leichter fällt als den anderen.

Lohnhöhe und Ausbildung (I)



Die bisherige Untersuchung der Lohnsummenverteilung (s. Pol.Ber. 3/81 bis 8/81) zielte darauf ab, für die vorgefundene Rangordnung der Bezahlung verschiedenartiger Arbeiten Gründe aus der Organisation des kapitalistisch betriebenen Arbeitsprozesses zu finden. Ausschlaggebendes Merkmal für die Höhe der Lohn- und Gehaltszahlung war nach diesen Untersuchungen der Umfang des bei Gelegenheit dieser Arbeiten übertragenen konstanten Kapitals. Nur ergaben diese Untersuchungen zwar einen plausiblen Grund für die Rangordnung der Bezahlung der konkreten Arbeiten, aber keineswegs für die Höhe dieser Bezahlung.

Der für den Verkauf von Arbeitskraft erzielbare Preis bemäßt sich allgemein nach den Reproduktionskosten dieser Ware. Die Reproduktionskosten für die Ware Arbeitskraft streuen erheblich, und, wenn man so will, auch noch in verschiedener Richtung. Zunächst sind die Erziehungs- und Ausbildungskosten sehr verschieden. Sodann sind die Kosten sehr verschieden, die zur täglichen Pflege und Wiederinstandsetzung einer konkreten Arbeitskraft entstehen können. Ferner werden die Reproduktionskosten, die über die Generationenfolge vermittelt anfallen, nur zum Teil im Rahmen der Familie verausgabt und zu einem größeren vermittelt über Steuerzahlung und öffentliche Haushalte. Ebenso Umverteilungen über die Versicherungen. Bevor diese komplizierten Verhältnisse in Betracht gezogen werden, ist die Darstellung der Beziehung von Ausbildungsstatus und Lohn- bzw. Gehaltshöhe nötig.

1980 wurde eine Untersuchung veröffentlicht, die auf Verrechnung aller von der Rentenversicherung erfaßten Vollzeitbeschäftigte in der BRD und Westberlin beruht. Auskünfte über Teilzeitarbeitskräfte, Arbeitskräfte ausländischer Nationalität und über verbeamtete Arbeitskräfte enthält diese Statistik leider nicht, gleichwohl sind einige Schlußfolgerungen aus dem aufbereiteten Datenmaterial zugänglich.

Arbeitskräfte „ohne abgeschlossene Berufsausbildung“ verdienen im Durchschnitt weniger als solche „mit abgeschlossener Berufsausbildung“. Der Streubereich, in dem Arbeitskräfte „ohne ...“ Beschäftigung finden, überlappt sich jedoch mit dem Streubereich, in dem Arbeitskräfte „mit ...“ Beschäftigung finden, praktisch vollständig. Daß Arbeitskräfte „mit ...“ so weit unten auf der Lohnskala anzutreffen sind, erklärt sich nur zum Teil aus der Vermutung, daß sie eben eine Beschäftigung haben, die ihrer Ausbildung nicht entspricht. Daß Arbeitskräfte „ohne ...“ so relativ weit oben auf der Lohnskala angetroffen werden, erklärt sich nur durch die Annahme, daß die konkreten Fertigkeiten, welche für den Lohnrang einer konkreten Arbeit ausschlaggebend sind, eben nur zum Teil im Rahmen einer Berufsausbildung erworben werden. Festzustellen ist, daß alle Arbeitskräfte, die kein Abitur haben, in einen gemeinsamen Streubereich auf der Lohnskala fallen.

Anders verhalten sich die Sachen bei Arbeitskräften, die schulisch bis zum Abitur und weiter ausgebildet sind. Der Streubereich, der für Arbeitskräfte, die nur das Abitur haben, freilich ziemlich weit nach unten reicht (hier mögen vielerlei berufliche Bildungsverhältnisse enthalten sein), reicht eindeutig über den Streubereich hinaus, der von Arbeitskräften ohne Abitur belegt wird. Die Lohn- und Gehaltsverteilungen der Arbeitskräfte „mit Fachhochschulabschluß“ und „mit Hochschulabschluß“ streuen jedoch in den im vorigen Absatz beschriebenen Teil der Lohnskala kaum noch ein. Hier muß auch noch die Schwäche der verwendeten Statistik bedacht werden, die den großen Teil der verbeamteten akademisch gebildeten Arbeitskräfte nicht ausweist und einen großen Teil der in Industrie und Geschäftsbüro beschäftigten auch nicht, weil sie nicht in der Sozialversicherung sind.

Der Arbeitsmarkt würde – nach Auskunft dieser Statistik – in zwei recht deutlich voneinander abgegrenzte Sphären zerfallen, zwischen denen Wechsel relativ selten sein sollten: Eine Sphäre hauptsächlich beruflich, also hauptsächlich durch Arbeit gebildeter Arbeitskräfte, und eine Sphäre hauptsächlich schulisch gebildeter Arbeitskräfte.

Ob diese Trennung tatsächlich so kräftig ausfällt, wie die hier herangezogene Statistik vermuten läßt, und ob diese Trennung z.B. einen qualitativen Unterschied in Bezug auf das – gemeinsame – Merkmal der Lohnabhängigkeit ausmacht, soll in den nächsten Heften untersucht werden.

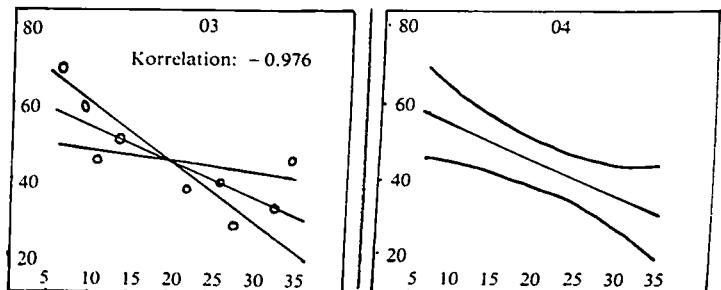
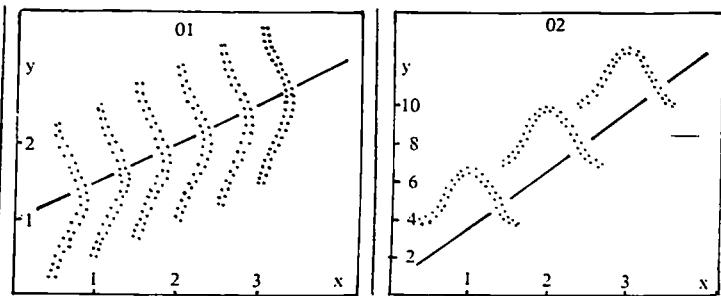
Quelle der Daten: „Zur Entwicklung der qualifikationspezifischen Einkommensrelationen in der BRD“. Mitteilungen für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 2/1980

Statistische Methoden zur Prüfung von Zusammenhängen

Das lineare Modell (Regressionsmodell)

Indem eine Gerade „möglichst gut“ an ein Wertefeld angepaßt wird (vgl. Pol. Ber. Nr. 6/81), sucht man eine Aussage über den Charakter und die Stärke des Zusammenhangs zwischen zwei Größen X und Y . Zugrunde liegt ein „lineares Modell“. Man faßt die eine Variable X (z.B. des Durchschnittslohnes) in linearer Weise bestimmt, wobei dieser Zusammenhang durch den Einfluß anderer Größen in zufälliger Weise gestört wird. Den linearen Zusammenhang erfaßt eine Geradengleichung $Y = aX + b$. Die Störung kommt darin zum Ausdruck, daß man die abhängige Variable Y als zufällige Größe ansieht, die mit fester Streuung in Y -Richtung und Mittelwert auf der Geraden $Y = aX + b$ normalverteilt ist. Das Wertefeld, das man beobachtet, faßt man

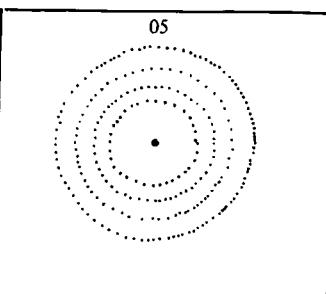
als von diesem Modell „erzeugt“ auf. Unter dem Regressionskoeffizienten versteht man die Steigung der berechneten Geraden und unter den Modellannahmen kann man Überlegungen über die Genauigkeit der Schätzung für die Steigung der Geraden und den Mittelwert in Y -Richtung anstellen (Bild 3 und 4). Das „Band“, das man erhält, ist keine Aussage darüber, wo die „wahren Werte“ zu liegen haben, sondern welche Geraden bzw. welche Mittelwerte in der Y -Richtung noch herangezogen werden können, um das zu analysierende Wertefeld mit einer gewissen Plausibilität zu erklären. Schließt die Bandbreite der Geradensteigung auch eine Parallelle zur X -Achse ein, so ist auch die Möglichkeit keines oder eines negativen Zusammenhangs in Be-



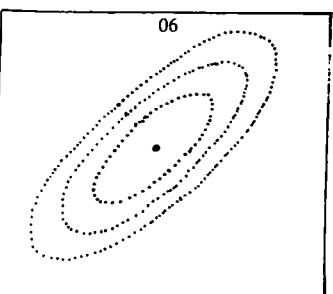
tracht zu ziehen. Sonst kann man dies mit relativ hoher Sicherheit ausschließen. Man ist also interessiert an schmalen Konfidenzintervallen und erhält

diese um so eher, je besser die Gerade in das Punktfeld „paßt“ und je mehr Werte man hat.

01: Y als abhängige Variable. Räumliche Verteilung der Wertepaare um die Regressionsgerade $Y = 0.5x + 1$, Streuung 1. 02: X als abhängige Variable. Regressionsgerade $Y = 3x + 5$, Streuung .5. 03: Punktfeld mit Regressionsgerade und Vertrauensintervall für die Geradensteigung, Korrelation -0.976 . 04: Konfidenzband für den Mittelwert des Punktfeldes.



ber deutlich von Null verschoben. Man kann sich des Zu-



sammenhangs relativ sicher sein.

05: Zweidimensionale Normalverteilung mit Korrelation 0.0. 06: Zweidimensionale Normalverteilung mit Korrelation 0.8.

Das Modell der zweidimensionalen Normalverteilung (Korrelation)

Auch der Korrelationskoeffizient ist ein Maß für den Zusammenhang zwischen zwei Größen. Das zugrundeliegende Modell geht aber, im Unterschied zur Regressionsrechnung davon aus, daß man zwei zufällige Größen X und Y hat, die in Abhängigkeit von einander normalverteilt sind. Man erhält somit das Bild einer zweidimensionalen Normalverteilung (05). Der Korrelationskoeffizient ist ein Maß von deren Schärfe und elliptischen Deformation (06). Er

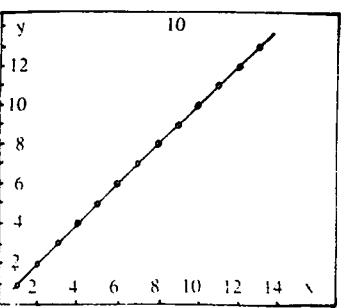
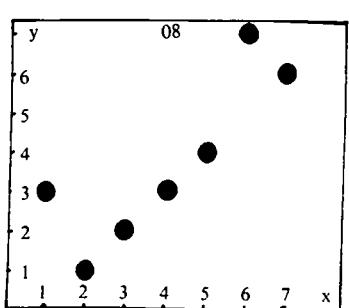
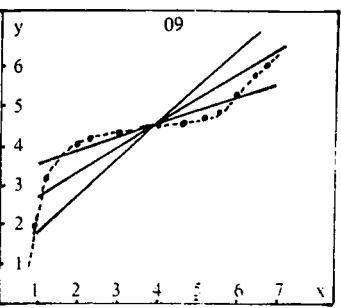
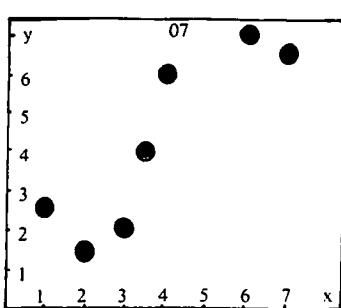
gibt dadurch an, wie stark die Y -Werte durch die X -Werte „festgelegt“ sind, ist aber kein Maß für Abhängigkeit überhaupt, sondern genau dafür, wie nahe die Wertepaare um eine Gerade, die man bei vollständiger Deformation einer schiefen zweidimensionalen Normalverteilung erhält, gruppiert sind. Er ändert sich infolgedessen etwa beim Übergang von einer linearen zu einer logarithmischen Skala. Bei einer Wertezahl von 30 sind Koeffizienten vom Betrag .3 und grö-

Rangkorrelation

Ohne die Normalverteilungs- und die Linearitätsannahmen kommen Verfahren aus, die nur die Anordnung der Wertepaare berücksichtigen. Man ordnet jedem X -Wert seinen Rang, d.h. seine Platzzahl unter den X -Werten zu, desgleichen jedem Y -Wert. Die Wertepaare in Bild 07 ergeben die Rangpaare in Bild 08. Analog zum Korrelationskoeffizienten kann man einen Rangkorrelationskoeffizienten für diese Rangzahlen berechnen, den sog. Spearmanschen Rangkorrelationskoeffizienten. Er ist ein Maß dafür, wie nahe die Anordnung der Wertepaare der strikt wachsenden Anordnung $(1,1), (2,2), \dots (n,n)$ kommt. Man prüft also nur die Aussage „je größer X , desto größer Y “ vorliegt.

größer Y “, ohne Linearität vorauszusetzen (09 und 10). In diesem Modell kann man nun die „Gegenthese“, daß nämlich kein Zusammenhang zwischen X und Y besteht, einer Überprüfung unterziehen.

Man geht davon aus, daß dann jede mögliche Anordnung der Wertepaare mit gleicher Wahrscheinlichkeit auftritt und stellt fest, wie wahrscheinlich es ist, daß dennoch eine Rangordnung auftritt, die der strikt wachsenden nahekommt. Würde die festgestellte Rangordnung etwa nur in 5% der Fälle übertroffen werden können, so kann man mit relativer Sicherheit schließen, daß die Beziehung „je größer X , desto größer Y “ vorliegt.



07–08: Punktfeld und dazugehörige Rangpaare. 09: Punktfeld mit Konfidenzintervall der Geradensteigung und Regressionsgerade. Korrelation = 0.897. 10: Dazugehörige Rangpaare. Rangkorrelation = 1

Rüstungspolitik

Christliche Zweifel am „Frieden durch Aufrüstung“

CDU-Bundespräsident findet sich in einer Front mit SPD-Verteidigungsminister und SPD-Bundeskanzler gegen die Kirchen, so weit diese sich unterstehen, die Politik der westdeutschen Monopolbourgeoisie moralisierend zu prüfen. Gott, der einen Ernstfall meist so wollte wie die je herrschende Klasse, macht anscheinend Schwierigkeiten. Welche Haltung soll die Arbeiterbewegung zur religiös verkappten Kritik an der Politik der herrschenden Klasse einnehmen?



Osteuropa

Welche Rolle sollen die Gewerkschaften zukünftig haben — Parteitage 1981

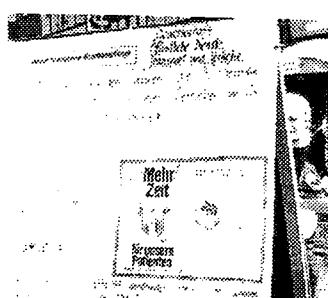
„Als Ergebnis des zweiten Jahrzehnts (1971–80) wird die materiell-technische Basis des Kommunismus errichtet ...“, diese Festlegung aus dem Parteiprogramm der KPdSU ist auf dem Parteitag im Februar dieses Jahres in Frage gestellt worden. Muß die Führung der KPdSU damit eingestehen, daß noch immer Klassen existieren? Zeichnet sich ein Er-

starken der Gewerkschaftsbewegung in den osteuropäischen Ländern ab? Welche Rechte haben die Gewerkschaften in den Staatsverfassungen? Welche Auswirkungen haben die Beschlüsse der KPdSU auf den Verlauf der Parteitage der sozialistischen und kommunistischen Parteien in der DDR, CSSR und Bulgarien?



BRD

Entwicklung und Rolle der psychiatrischen Krankenanstalten



Einem Arzt wird gekündigt, weil er die Zustände in einem schleswig-holsteinischen Landeskrankenhaus für psychisch Kranke offenlegt und die Initiative der Patienten nach Beseitigung ihrer Isolierung unterstützt. In der Auseinandersetzung werden Forderungen zur Aufhebung der geschlossenen Anstalten für psychisch

Kranke entwickelt. Nicht in jedem europäischen Land ist die Gefangenhaltung und Entrechtung der in den Psychiatriien Behandelten so perfekt wie in der BRD. Worauf beruhen die Rechtsvorstellungen über die Behandlung der psychisch Kranke? Entwicklung, Anzahl und Rolle der Landeskrankenhäuser.

Internationaler Metallgewerkschaftsbund

Unterstützung für Gewerkschaftsaufbau in Niedriglohnländern

Die imperialistischen Monopole kommandieren ein wachsendes Arbeiterheer in aller Welt. Der Kapitalexport zwingt das internationale Proletariat, sich einheitliche Gewerkschaftsorganisationen zu schaffen gegen den gemeinsamen Gegner. Am 24.5. tritt der IMB, der 14 Mio. Metallarbeiter organisiert, zum 25. Weltkongreß zusammen. Welchen Beitrag zum Aufbau der Gewerkschaften in Niedriglohnländern konnte er leisten?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich — Preis 2,- DM

Nachrichtenheft
erscheint vierzehntäglich mit
acht verschiedenen Titeln
Preis pro Heft 0,70 DM
01. Stahl- und Metallindustrie
02. Druckindustrie
03. Chemie und übrige Industrien
04. Handel, Banken, Versicherungen
05. Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
06. Schul- und wehrpflichtige Jugend
07. Studierende Jugend
08. Kommunalverbände
09. Landwirtschaft und kleine Selbständige
10. Politische Berichte und Nachrichtenheft werden herausgegeben von
Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1
Kamekestr. 19
Tel. 0221/ 51 7376
Sie erscheinen im
Verlag GNN Verlagsgesell-
schaft m.b.H.
5000 Köln 1
Kamekestr. 19
Tel. 0221/ 51 7457

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement incl. Versand 29,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 58,- DM

Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten: Halbjahresabonnement incl. Versand 40,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 80,- DM

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement incl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 28,- DM

Jeder weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM

Bestellungen sind zu richten an:
GNN Verlagsgesellschaft
m.b.H.
5000 Köln 1
Kamekestr. 19
Tel. 0221/ 51 7457